

Situations- und Ressourcenanalyse für den Lokalen Aktionsplan des Landkreis Sonneberg



Gliederung

Vorbemerkung	4
1. Problemstellung	7
2. Aufbau der sozialräumlichen Situations- und Ressourcenanalyse Forschungsdesign	10
3. Der Rechtsextremismusbegriff	13
4. Ergebnisse der Situations- und Ressourcenanalyse	18
4.1 Quellen- und Literaturanalyse	18
4.1.1 Rechtsextremistische Strukturen in Thüringen	18
4.1.2 Die Rechtsextreme Musikszene	27
4.1.3 Jugendcliquen/Mischszene	30
4.1.4 Fazit	30
4.2 Folgend es demographischer Wandel im für die Lebensqualität im Landkreis Sonneberg	33
4.3 Auszüge aus der quantitativen Erhebung.....	39
4.3.1 Forschungsrahmen	39
4.3.2 Zugehörigkeit Jugendgruppen	40
4.3.3 Vertrauenspersonen	45
4.4 Auswertung der qualitativen Erhebung	49
4.4.1 Forschungsdesign	49
4.4.2 Vorläufige Betrachtung	50

4.5	Ethnologische Betrachtungen	68
4.5.1	Kirchweihen und Kirmes – Gradmesser für die Funktionstüchtigkeit ländlicher Gemeinschaften	68
4.5.2	Rechtsextreme Parteien im Stadtrat Lauscha.....	74
5.	Zusammenfassung der Ergebnisse	81
5.1	Potentiale und Ressourcen im Gemeinwesen	71
5.2	Konzeptionelle Ebene	82
5.3	Handlungsorientierte Ebene	83
5.3.1	Die politische Ebene	82
5.3.2	Die gesellschaftliche Ebene	85
6.	Schlussbemerkungen	89
	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	91
	Anhang	93



Die Bürgergesellschaft im Landkreis Sonneberg

Situations- und Ressourcenanalyse zu zivilgesellschaftlichen Strukturen

„...Wir brauchen auch weiterhin ein entschlossenes gemeinsames Handeln von Politik, staatlichen Organen und Gesellschaft, um verfassungsfeindlichen Bestrebungen effektiv und differenziert entgegenzutreten...“.

(J.Geibert Thür. Innenminister, 2010¹)

Vorbemerkung

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

aufgrund politischer Willensbildung hat sich der Landkreis Sonneberg im Dezember 2010 für das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ beworben.

Das zeugt vom Verantwortungsbewusstsein der Politik für die anstehenden Herausforderungen im Landkreis.

Das Bundesprogramm "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zielt darauf ab, ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz zu fördern. Hierfür stehen dem Landkreis bis 2014 jährlich ca. 90.000 Euro an Bundesmitteln zur Verfügung. Dabei sind alle Bürger angesprochen. Kinder, Jugendliche, Eltern und Senioren, Pädagogen, Vereine, Feuerwehr und Kirche sowie Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik.

Bei der Erstellung der Studie ist uns immer wieder aufgefallen, dass unter den Bevölkerungsjahrgängen, welche den Transferprozess – vom ehemaligen abgeschotteten DDR-Grenzgebiet (über die Währungs- und Wirtschaftsunion) bis zur Globalisierung – bewusst erlebt haben, eine große Politikverdrossenheit vorherrscht.

¹ J.Geibert; In: Verfassungsschutzbericht 2010; Thür. Innenministerium; Freistaat Thüringen 2011; S.3



Die Menschen wurden aus einem repressiven System, welches nicht nur eine freie Meinungsäußerung unterdrückte, sondern auch dem Bürger letztendlich keine freie Entfaltung seines politischen Willens zugestanden hatte, in eine freie Welt gesetzt, mit einer Entscheidungsvielfalt, die vorher gänzlich unbekannt und undenkbar war.

Nach der Wende wurde viel versprochen, doch noch immer belastet das wirtschaftliche Erbe der DDR vor allem die Städte und ländlichen Gemeinden, die nach der Wende wenig oder kaum an die wirtschaftlichen Erfolge der Industrie- und Ballungszentren anknüpfen konnten. In dieser Zeit mussten die Währungs- und Wirtschaftsunion sowie verschiedene Finanz- und Wirtschaftskrisen verkraftet werden. Und letztendlich bringt die zunehmende Globalisierung auch Nachteile mit sich.

In dieser wirtschaftlich angespannten Lage droht eine weitere Gefahr. In den Städten und Gemeinden, wo die Politikverdrossenheit zu und die Zukunftsperspektiven abnehmen, steigt die Anfälligkeit für Einflüsse von rechts. In den neuen Bundesländern ziehen Mitglieder der NPD in Kreis- und Landtage ein. Ihre Zahl ist zwar noch gering, trotzdem zeugen diese Beispiele von einer gewissen Akzeptanz rechtsextremer Einflüsse in unserer Gesellschaft.

Eine mangelnde Auseinandersetzung mit den politischen und arbeitsmarktrelevanten Situationen, ungenügende Mitwirkungsmöglichkeiten an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und/ oder eine schlecht vermittelte Politik sind potentielle Risikofaktoren für eine Anfälligkeit zu extremen, insbesondere rechtsextremen Gedankengut.

Und genau hier setzt diese Studie an. Jeder Ort und jedes Gebiet hat Stärken und Ressourcen. Diese gilt es zu erkennen und darzulegen. Stärken müssen gefördert und Schwächen abgebaut werden, damit auch in Zukunft der Landkreis mit seinem ganz besonderen Flair als eine lebens- und vor allem lebenswerte Heimat fortbesteht und von rechtsextremen Tendenzen frei bleibt.

Zur Umsetzung des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZEN STÄRKEN“ wird ein Lokaler Aktionsplan durch zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure und Vertreter von Verwaltung und Politik entwickelt. Um aber erfolgreich den rechtsextremen Einfluss entgegen zu treten, braucht es letztendlich ein umfassendes Engagement aus allen Teilen der Bevölkerung. Auch von Ihnen!

Am Anfang eines solchen Programms braucht es notwendigerweise eine Stärken- und Ressourcenanalyse. Der Auftrag hierfür wurde an das Bürgerradio „LOTTE in Weimar“ e.V. Anfang Juli 2011 herangetragen.



Radio LOTTE ist nicht nur die Kommunikationsplattform für Weimar und Umgebung, sondern realisiert auch zahlreiche Projekte auf Landes- und EU-Ebene. Regelmäßig moderiert Radio LOTTE Prozesse im Gemeinwesen und bereitet komplizierte Sachverhalte aus Politik und Kultur redaktionell und sachlich auf, so dass sie allgemeinverständlich werden. Darüber hinaus ist das Bürgerradio aufgrund seiner breiten Verankerung in der Region seit 2007 Träger des Lokalen Aktionsplans für die Stadt Weimar und den Kreis Weimarer Land in diesem Bundesprogramm.

Anfang Juli 2011 legten das Jugendamt und die Vertreter der Steuerungsgruppe für den Landkreis Sonneberg mit Radio LOTTE das Forschungsdesign fest. Dabei sollen 4 Teilbereiche im Mittelpunkt der Studie stehen:

- Auswertung der vorhandenen Quellen und Literatur
- themenzentrierte Auswertung der quantitativen Erhebung des Jugendamtes zu „Jugend im Landkreis Sonneberg“
- Durchführung und Auswertung von qualitativen Interviews in 6 Planungsgebieten mit je 5 Meinungsführern aus Jugendarbeit, Wirtschaft, Vereinsleben, Gemeindevertretern, Bildung
- Sozialräumliche Beobachtungen von Kirchweihfeiern/Kirmessen und Auswertung des Verhaltens der Vertreter der NPD/DVU im Stadtrat

Der Schwerpunkt der Studie liegt dabei auf der Darstellung der Stärken der bürgerschaftlichen Strukturen sowie der Erfassung von demokratie- und menschenfeindlichen Meinungspotentialen und extremistischen Strukturen und dem Aufzeigen von Entwicklungspotentialen und Ressourcen. Die Frage, die dabei gestellt werden muss, ist, ob eine umfangreiche Erfassung solcher Daten gelingt oder ob sogenannte „weiße Flecken“ ebenso in einer Form berücksichtigt werden müssen. Die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen bilden einen Aspekt bei der Erarbeitung entsprechender Handlungsziele für den Lokalen Aktionsplan.

Anmerkung:

Aus Gründen der Textökonomie werden in der vorliegenden Studie weibliche Formen nicht immer explizit aufgeführt. Es sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich alle personenbezogenen Formulierungen grundsätzlich gleichermaßen auf Frauen und Männer beziehen!



1. Problemstellung

Der Landkreis Sonneberg befindet sich am Südhang des Thüringer Waldes und wird landschaftlich von Rennsteig, Kerbtälern, Wäldern oder geographischen Merkmalen wie dem Itzgrund geprägt. Laut Selbstdarstellung des Amtes für Kreisentwicklung haben...

„... seine fleißigen Menschen dazu beigetragen, dass er seit je her sowohl ein Standort von bedeutenden Industrieansiedlungen als auch ein Ort für Freizeit und Erholung ist. Durch seinen hohen Waldanteil, seine touristischen Einrichtungen und vielen Sehenswürdigkeiten ist er ein beliebtes Erholungs- und Wintersportgebiet. Kulinarische Spezialitäten, wie die Thüringer Klöße, Pfannkuchen und Thüringer Rostbratwürste haben die Region weit über ihre Grenzen hinaus bekannt gemacht.

Die Wirtschaftsstruktur ist breit gefächert und reicht von Landwirtschaft über die Glasindustrie, die Bauindustrie, die Keramikindustrie, den Maschinenbau, die Oberflächenveredlung, die Kunststoffverarbeitung, die Elektrotechnik/Elektronik, die Spielwarenherstellung,....

(aus der Präambel der Kreiskarte-Wirtschaft-Tourismus; 2010)²

Obwohl der Landkreis eine der geringsten Arbeitslosenquoten in Thüringen - 4,8%³ - aufweist und die Bewohner des Landkreises sich selbst als stark heimatverbunden bezeichnen, hat der Landkreis mit verschiedenen Entwicklungstendenzen zu kämpfen, welche die Lebensqualität entscheiden beeinträchtigen:

- mit dem demografischen Wandel und der starken Abwanderung
- mit der immer noch fortschreitenden industriellen Umgestaltung des ehemals stark abgeschotteten Grenzgebietes
- mit den stagnierenden Zukunftsperspektiven für Jugendliche, für gut ausgebildete junge Fachkräfte und für junge Familien
- mit fehlenden oder nicht implementierten Leitbildern/Entwicklungskonzepten für die Region
- mit mangelnden Haushaltsmitteln in den Gemeinden

² Landratsamt Sonneberg; Amt für Kreisentwicklung; Kreiskarte-Wirtschaft-Tourismus; Verwaltungs-Verlag München; 2010

³ Bundesagentur für Arbeit; Arbeitsmarktdaten für kreisfreie Städte und Landkreise; Thür.; Juni 2011



Trotz der unmittelbaren Nachbarschaft zu Coburg, dem wirtschaftlichen Oberzentrum Nordbayerns und eine der reichsten Kommunen in Deutschland⁴, profitiert der Landkreis nur teilweise davon.

Ein Zeichen für die Unzufriedenheit über die ungewissen Zukunftsperspektiven für junge Akademiker kann man unter anderen in sozialen Netzwerken wie StudiVZ erkennen. Dort bildeten sich beispielsweise Gruppen wie „Bitte, lass es nicht in Sonneberg enden“. Gleichzeitig sind es aber genau die jungen Menschen, welche sich am intensivsten im Gemeinwesen ihres Ortes engagieren, um eine lebbare Zukunft zu gestalten.

In dieser Melange aus Heimatverbundenheit und ungewisser Zukunft liegt es an der Stärke der bürgerschaftlichen Strukturen, wie die Bürger gegenüber populistischen Parolen, menschenfeindlichen Einstellungen oder der Abwertung schwacher Gruppen reagieren. Meist geben sich die Vertreter rechtsextremer Parteien einen bürgerlichen Anstrich und suchen die nachbarschaftliche Nähe zu den Bürgern einer Gemeinde. Hinzu kommt, dass meist eine Auseinandersetzung mit den Programmen und Zielen dieser Parteien fehlt und kaum einer ist im Umgang mit Persönlichkeiten dieser Gruppen sensibilisiert. Das alles bedeutet ein großes Gefahrenpotential, da dadurch eine Normalisierung von demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Tendenzen gefördert wird.

Gerade Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus höhlen das friedliche Zusammenleben in den Gemeinwesen aus und verstärken die Ausgrenzung von schwachen Gruppen. Die Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte in der Krise - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“, der Thüringen Monitor - POLITISCHE KULTUR im Freistaat Thüringen“ oder die Studie der BÖLL-Stiftung „Nazis im Parlament“ haben deutlich diese Gefahr für die demokratische Gesellschaft nachgewiesen. Um dieser Herausforderung entgegen treten zu können, bedarf es eines breit aufgestellten und in der Bürgerschaft wie auch Verwaltung verankerten Handlungsansatzes, wie z. B. der Stärkung des Gemeinwesens mit seinen zivilgesellschaftlichen Strukturen und der Sensibilisierung im Umgang mit rechtsextremen Inhalten und Aktionen. Dazu gehört aber auch eine zielgerichtete Präventionsstrategie, um den Einfluss demokratie- und menschenfeindlicher Strö-

⁴ Wirtschaftsraum Coburg. Daten und Fakten. Ausgabe 2009/2010 siehe:
http://www.coburg.de/Portaldata/2/Resources/dokumente/00-wifoeg/Coburg_Daten_Fakten_2009_10.pdf – (eingesehen am 13.08.2011 um 16:30uhr)



mungen entgegenzuwirken. Dabei spielt die aktive Bürgergesellschaft eine zentrale Rolle.

Das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ zielt genau in diese Richtung. Zur Förderung der demokratischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen und zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Bundesprogramm aufgelegt. Bis 2013 werden dafür 24 Millionen Euro jährlich an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt.

Der zentrale Schwerpunkt dieses auf langfristige und nachhaltige Wirkungen abzielenden Programms bildet die Erarbeitung von Lokalen Aktionsplänen. Solche Aktionspläne sollen Handlungsimpulse für die Entwicklung regionaler Bündnisse für Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus liefern sowie die Demokratieentwicklung befördern. Einen Ansatzpunkt bilden dabei konkrete sozialräumliche Situations- und Ressourcenanalysen.

Der hier vorgelegte Befund gibt einen ersten Einblick in regionale Problemlagen sowie Erfordernisse einer aktiven und kontinuierlichen Auseinandersetzung mit extremistischen Aktivitäten im Landkreis.



2. Aufbau der sozialräumlichen Situations- und Ressourcenanalyse - Forschungsdesign

Der Hauptteil der vorliegenden Studie fasst die wichtigsten Ergebnisse der qualitativen Experteninterviews sowie der quantitativen Umfrage zusammen. Die ethnografische Beobachtung eines Sozialraumes ergänzt diesen empirischen Teil.

Die Annäherung an soziale Realität mittels qualitativer Forschung erfolgt durch offene Verfahren. Zu den typisch qualitativen Forschungsmethoden zählen die unstrukturierte oder wenig strukturierte Beobachtung, das qualitative Interview und die Erhebung und Analyse von Dokumenten, welche öffentlich zugänglich sind. Für die Analyse wird gleichermaßen das qualitative Interview als auch die sozialwissenschaftliche Datenerhebungsmethode verwendet.

Für die Situations- und Ressourcenanalyse des Landkreises Sonneberg wird nachfolgendes Methodenset aus qualitativen und empirischen Sozialforschung angewandt:

- Auswertung bestehender Quellen
- Leitfadenorientierte themenzentrierte Interviews (qualitativ) mit deutungsmächtigen Akteuren in 6 Regionen des Landkreises
- Auswertung der Befragung von Jugendlichen unter dem forschungsspezifischen Schwerpunkt (quantitativ)
- Ethnografische Beobachtungsansätze wie
 - a) die Sozialraumbegehung
 - b) die Auswertung des beobachtbaren Verhaltens der DVU-Vertreter im Stadtrat

Teil A – Quellen- und Literaturanalyse

In diesem Teil wird die Auswertung bestehender Quellen wie Wahlergebnisse, der Thüringer Monitor, der bayrische und thüringische Verfassungsschutzbericht, Einwohnerdaten, das Vereinsleben sowie die Angebote der Jugendkulturarbeit und der offenen Jugendhilfe, Internetseiten der Parteien und Youtube vorgenommen. Darüber hinaus wurden aktuelle Untersuchungen, wie z. B. „Demografischer Wandel und soziale Infrastruktur“ des TMFBLM (2009), „Die Mitte in der Krise - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ der Friedrich- Ebert-Stiftung oder die Studie der BÖLL-Stiftung „Nazis im Parlament“, verwendet.



Teil B - Leitfadenorientiertes, problemzentriertes Interview

Die Einzelfallbezogenheit der qualitativen Methoden lässt vom im Forschungsprojekt untersuchten Einzelfall auf die Gemeinheit schließen. Durch die Auswahl von 3 ländlichen Gemeinden und 3 Städten, wobei aber deutungsmächtige Akteure aus den gleichen Organisations- oder Institutionsformen befragt werden, lassen sich die erhobenen Aussagen auf den gesamten Landkreis verallgemeinern. Je Sozialraum werden mind. 4 bis max. 6 Experten befragt, so dass insgesamt 26 Experten befragt werden, welche man als Vertreter lokal einflussreicher sowie deutungsmächtiger Akteursgruppen einstufen kann. Ziel ist es, die persönlichen Einschätzungen sowie Erfahrungen zu bürgerschaftlichen Engagement und (rechts)extremen Strukturen herauszufiltern.

Zielgruppe der Situations- und Ressourcenanalyse sind VertreterInnen von Initiativen, Vereinen und Behörden, die über unterschiedliche Handlungsfelder des sozialen und kommunalen Lebens verfügen:

1. Gemeindeverwaltung/Politik
2. Bildungseinrichtungen
3. Jugendarbeit
4. Sport
5. Wirtschaft
6. Vereine/Feuerwehr/Kirche

Abzufragende Themenkomplexe sind hier:

- das Erfassen der lebendigen bürgerschaftlichen Strukturen der Gemeinde
- das Abfragen der Ziele und Problemstellungen in den Gemeinden
- die Abfrage des Handlungsbedarfs
- die Feststellung extremistischer Strukturen
- die Erfassung wahrgenommener Akzeptanz gegenüber rechter Organisationen bei den Zielgruppen im Landkreis
- die Erfassung der menschenfeindlichen Wahrnehmungen bei den Zielgruppen
- die Erfassung der Angebote von Trägern/Vereinen zur Überwindung von menschenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen
- die Beschreibung des Umgangs der Medien mit dem Thema Extremismus sowie



- die Erfassung des Weiterbildungsbedarf zu Themen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Teil C - Quantitative Erhebung

Für den Bereich der quantitativen Datenerhebung und Auswertung kann auf den teilstandardisierten Fragebogen bzw. auf das erhobene Datenmaterial von Frau Alexandra Masak: „Aspekte jugendlicher Lebenswelten im Landkreis Sonneberg“ zurückgegriffen werden. Für die Analyse wurde u.a. eine themenzentrierte Auswertung in dem Erhebungsgebiet vorgenommen. Dabei wurde aus 1.300 Fragebögen eine repräsentative Stichprobe gezogen. Die hier relevanten Fragen betreffen vor allem die Jugendgruppenzugehörigkeiten der Jugendlichen, also wie stehen die Jugendlichen zu bestimmten Jugendgruppen. Zudem werden nach Vereinszugehörigkeiten und Problembereichen der Jugendlichen gefragt. Diese Ergebnisse werden nach Planungsgebieten ausgewertet und dargestellt.

Teil D - Ethnografische Beobachtungsansätze

Ergänzend zu den Experteninterviews werden ethnografische Beobachtungen vorgenommen. So sollen exemplarische und standardisierte Sozialraumbegehungen in den einzelnen Erhebungsgemeinden vorgenommen werden - insbesondere gerade an den Orten, an denen sich extreme Szenen zu profilieren versuchen.

Beobachtbares Verhalten der NPD/DVU im Kreistag:

Hier werden das Interaktions- und Kommunikationsverhalten der beiden NPD-Vertreter im Kreistag und seiner Ausschüsse ausgewertet. Dabei wird analysiert, worauf die Interaktionsformen des parteiförmigen Rechtsextremismus ausgerichtet sind, um Normalisierungs- oder Machtgewinne zu erreichen.

Sozialraumbegehung: Kirchweihen und Kirmes

Anhand von standardisierten Beobachtungsbögen wurde eine Einschätzung von verschiedenen Kirchweihen im Landkreis vorgenommen.



3. Der Rechtsextremismusbegriff

Der Begriff des Rechtsextremismus ist in der Forschung sehr umstritten und es fehlt bisher eine einheitliche Definition. Verschiedene Erklärungsansätze stehen sich teilweise gegenüber, so dass zuerst ein kurzer Abriss des Begriffes angebracht ist.

Der Begriff des deutschen Rechtsextremismus stammt aus verfassungsrechtlicher Praxis und wurde überwiegend in den Berichten des Verfassungsschutzes angewandt. Dabei markiert er verfassungsfeindliche Bestrebungen von „rechts“ mit nationalistischen und rassistischen Anschauungen. Dabei geht es um eine Vorstellung, dass der Wert eines Menschen von der Zugehörigkeit zu einer Rasse, einer Ethnie oder einer Nation abhängt. Damit steht dieses Verständnis im radikalen Widerspruch zum Grundgesetz. Der Begriff ist zudem geprägt „durch die Staatsrechtslehre, das Grundgesetz sowie einschlägige Gerichtsurteile, etwa die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) oder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in den 1950er-Jahren.“⁵ Damit gilt hier der Rechtsextremismus als verfassungsfeindlich, als eine Bedrohung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Der Begriff wurde später in die Forschung übernommen. Jedoch gehen hier die einzelnen Positionen auseinander. Wie in der kurzen Vergangenheit die beiden Studien „Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ und „Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden“⁶ deutlich gemacht haben, existieren viele unterschiedliche Bedeutungen von „Rechtsextremismus“, auch wenn sich dabei mehrere überschneiden. Beide versuchen daraufhin, eine enger gefasste Definition des Begriffs darzulegen.

In erstgenannter Studie werden zudem drei Probleme angesprochen, die sich aus dem Begriff des Rechtsextremismus ergeben. Das sind zum einen das „Mitte-Rand“-Problem, das „Links-Rechts“-Problem aber auch das „Theorie-Praxis“-Problem⁷.

⁵ Brähler, E., Decker, O., Kiess, J., Weißmann, M.: Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Friedrich-Ebert-Stiftung 2010, S. 11

⁶ Heitmeyer, W., Borstel, D., Grau, A., Wandschneider, S., Marth, J.: Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerliches Engagement in der Landeshauptstadt Dresden, Bielefeld 2010

⁷ „Mitte“, S. 11 ff.



Diese drei Aspekte sollen zeigen, wie schwierig es ist, den Begriff des Rechtsextremismus voll zu ergreifen.

Im ersteren geht das Problem von der Sprache aus. Dabei wird darauf verwiesen, dass der Begriff ‚Extremismus‘ nur mit einem Gegenbegriff wie etwa Normalität sinnvoll verwendet werden kann. Somit wird ein bestimmtes Demokratieverständnis als Normalität idealisiert. Das bedeutet, es gelten nur die ‚Extremen‘ als eine Bedrohung für die Demokratie, während angeblich von der Mitte keine Gefahren drohen. Hinzu kommt, dass sich die Grenze zwischen Extremismus und Normalität verschieben oder gar auflösen können. Dies passiert, wenn die Themen der Rechten sich mit den Themen der Mitte vermischen und/ oder überschneiden. Im Fokus stehen dabei nationalsozialistisch geprägte Begriffe, welche mit der Zeit auch wieder in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind - so wie z. B. ‚Nation‘ oder ‚Mittellage‘. Außerdem wird in diesem Abschnitt der „Friedrich-Ebert-Stiftung“-Studie klar gemacht, dass der Rechtsextremismus in weiten Teilen der Gesellschaft nicht nur zu finden ist, sondern auch verharmlost wird.

Ein weiteres Problem ist die Dichotomie von Rechts- und Linksextremismus. Die Begriffsspezifizierung suggeriert, dass beide Extreme gleichweit von der Mitte entfernt seien und demnach in gleichem Maße die Mitte, also die Demokratie bedrohen. Es wird aber klargestellt, dass die Gleichsetzung der ‚Extremismen‘ inhaltlich nicht möglich ist. Während der Rechtsextremismus auf einer radikalen Ungleichheitsvorstellung basiert, bildet ein radikaler Egalitätsgedanke den Unterbau linksextremer, aber äußerst heterogener Gruppen. „Da aber Egalitätsvorstellungen Kennzeichen der liberalen Demokratien seit der Französischen Revolution sind, zeigt sich das Problem des Extremismusbegriffs unter anderem sehr deutlich bei den als ‚linksextrem‘ Bezeichneten.“⁸

Das „Theorie-Praxis“-Problem wird in der politischen Anwendung des Extremismus-Begriffes deutlich. Ein Beispiel wäre die Hausordnung einer Einrichtung, in der explizit rechtsextreme Erscheinungen in Form von Kleidung, Sprüchen oder Musik nicht geduldet werden. Ersetzt man das ‚rechtsextreme‘ mit ‚extreme‘, dann wären auch andere, der Demokratie nicht feindlich gesinnte, beispielsweise linke Gruppen betroffen. „Das Beispiel zeigt nicht nur, dass das problematische Extremismuskonzept eine breite Akzeptanz erfährt, sondern auch, dass die

⁸ „Die Mitte in der Krise“, S. 15



Gleichsetzung von ‚Linksextremismus‘ mit ‚Rechtsextremismus‘ von rechter Seite instrumentalisiert wird.“⁹

Eine Auflösung der eben genannten Probleme ist möglich, indem man dem Begriff Extremismus den Begriff des Pluralismus statt der Normalität gegenüberstellt und den Extremismusbegriff nicht in Verbindung mit einem links-mitte-rechts Gefüge stellt¹⁰. In der „Mitte“-Studie wird dann folgende Definition für eine rechtsextreme Einstellung vorgestellt: „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich

in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus.

Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“¹¹

In der „Dresden“-Studie wird ebenso wie in der „Mitte“-Studie der Deutungsansatz von Wilhelm Heitmeyer ausgegangen¹². In ersterer wird aber noch deutlicher (auch wenn sie in der „Mitte“-Studie nicht fehlt) der Aspekt der Gewaltbereitschaft bzw. Akzeptanz von Gewalt als legitimes Mittel angesprochen. Von „einem rechtsextremen Orientierungsmuster [ist] dann die Rede, wenn: die strukturell gewaltorientierte Ideologie der Ungleichheit verbunden wird zumindest mit der Akzeptanz von Gewalt als Handlungsform.“¹³ Sie beinhaltet die „personen- und/oder gruppenbezogene Abwertung von Menschen z. B. durch Momente des Rassismus, Nationalismus und auch durch die Idee biologischer Homogenität“ sowie die „lebenslange Forderung nach Ausgrenzung in Form von sozialer, ökonomischer, kultureller, rechtlicher oder politischer Ungleichbehandlung von ‚Fremden‘ und ‚Anderen‘.“¹⁴ Die Ideologie der Ungleichheit trifft in diesem Verständnis des Rechtsextremismus mit einer allgemeinen Gewaltakzeptanz zusammen. Das bedeutet, dass Gewalt als legitime und übliche Handlungsform zur Lösung von Konflikten angesehen wird. Das kann eine Überzeugung von unabänderlicher Existenz von Gewalt, der Billigung fremd ausgeübter Gewalt, eigener

⁹ „Die Mitte in der Krise“, S. 16

¹⁰ Lipset, S. M.: Der ‚Faschismus‘, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Nolte, E. (Hrsg): Theorien über den Faschismus, Köln 1984

¹¹ „Die Mitte in der Krise“, S. 18

¹² „Dresden“, S. 9 ff.

¹³ „Dresden“, S. 10

¹⁴ „Dresden“, S. 10



Gewaltbereitschaft sowie Gewaltausübung beinhalten¹⁵. Des Weiteren wird der Begriff der Ungleichwertigkeit eingeführt. Während mit der Ungleichheit die Abgrenzung von Menschengruppen in materieller und sozialer Hinsicht durch gesellschaftliche Strukturentwicklungen (Klassen und Schichten) gemeint ist, bedeutet die Ungleichwertigkeit eine „gedankliche und systematische Abwertung schwacher Gruppen“, die Diskriminierungen, Ausgrenzungen und Gewalt legitimieren soll¹⁶.

Beide Studien berufen sich letztendlich auf Heitmeyer, der damit ein in der Forschung weitgehend akzeptiertes sowie anschlussfähiges Konzept für die Deutung des Begriffes Rechtsextremismus vorgelegt hat.

Somit soll auch diese Studie auf dessen Definition aufgebaut werden. Letztendlich wird, wenn in dieser Arbeit Rechtsextremismus benannt wird, folgende Definition zugrunde gelegt:

„**Rechtsextremismus** ist die Bezeichnung für ein **Einstellungsmuster**, in dem die Welt auf einer **Ungleichwertigkeit** der Menschen aufgebaut ist und das eine repressive Ordnung anstrebt.

Dieses äußert sich im **politischen Bereich** in der

- Affinität zu diktatorischen Regierungsformen,
- chauvinistischen Einstellungen und
- einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus.

Im **sozialen Bereich** sind sie gekennzeichnet durch

- antisemitische,
- fremdenfeindliche und
- sozialdarwinistische Einstellungen.

Das bedeutet, dass der Rechtsextremismus eine radikale **gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** beinhaltet. Hinzu kommt einem Gewaltpotential, welches

¹⁵ „Dresden“, S. 10

¹⁶ „Dresden“, S. 11



Gewalt, egal ob selbst- oder fremd ausgeführt, als legitimes Mittel zum Zweck beinhaltet, um die angestrebte Gesellschaftsordnung zu erlangen und erhalten.“

Selbst wenn dieses Gewaltpotential nicht mehr so häufig wie früher das öffentliche Bild prägt, lässt dies eher auf eine neue, mehr subtilere Art und Weise der Meinungsum- und -durchsetzung schließen und bedeutet nicht, dass die Gewaltbereitschaft und die Akzeptanz dafür nicht mehr oder zumindest weniger vorhanden ist. Denn nicht die Ausdrucksform bestimmt eine Einstellung, sondern die Einstellung selbst.



4. Ergebnisse der Situations- und Ressourcenanalyse

4.1 Quellen- und Literaturanalyse

4.1.1 Rechtsextremistische Strukturen in Thüringen

Die NPD

...die NPD (Anm. Verf.) ist angeschlagen, definitiv, finanziell. ...Sie hat keinerlei Wahlerfolge (2011 Anm. Verf.) verbuchen können. ... Aber sie ist, und das wird oft übersehen, sie ist in hunderten kommunalen Parlamenten... vertreten ...und ist dort präsent,.... Sie hat immer wieder Krisen gehabt...die (Mitgliederzahlen Anm. Verf.) sind rückläufig, aber das ist auch keine Aussage, wie viele Anhänger sie zu Wahlen mobilisieren kann...die Zahlen sind rückläufig, aber das sagt nichts über die politische Schlagkraft der Partei aus.

... Sie sitzt in zwei Landesparlamenten ... sie ist gefährlich insofern, dass sie über ihre Fraktionen, die im Parlament sitzen, Gelder bekommt und dadurch ihre Kader schulen kann. ... und sie ... versucht in die rechtsextreme Szene hinein Zeichen zu setzen und gleichzeitig aber auch wählbar zu sein für größere Teile der sogenannten bürgerlichen Mitte. Und da sehe ich die Hauptgefahr, weil viele Einstellungen, die die NPD vertritt, werden von einem großen Teil der Bevölkerung geteilt,...

Aus: „Die NPD auf dem absteigenden Ast?“ Interview mit Jan Bräuer bei mdr-Info am 13.8.2011

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschland“ (NPD) umfasst im Jahr 2010 bundesweit 6600 Mitglieder. Hinzu kommt, dass sie derzeit in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern in den Landtag eingezogen ist. Der Thüringer Landesverband zählt ca. 350 Mitglieder. Mehr als die Hälfte seiner Vertreter sowie ein erheblicher Teil der Vorstandsmitglieder auf Kreisverbandsebene sind vorbestraft. Obwohl die Mitgliedszahl des Landesverbands im Vergleich zum Vorjahr um 100 gesunken ist und die Partei in der landespolitischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird, intensivierte die NPD 2010 ihre Arbeit in Thüringen. Im vergangenen Jahr wurde mit Schmalkalden-Meinungen/Suhl der 17. Kreisverband im



Freistaat gegründet. Somit gibt es neben dem bereits genannten noch die Kreisverbände Altenburger Land, Eichsfeld, Erfurt/Sömmerda, Gera, Gotha, Greiz, Hildburghausen, Ilmkreis, Jena/Saale-Holzland-Kreis, Kyffhäuserkreis, Nordhausen, Saale-Orla-Kreis, Saalfeld-Rudolstadt/Sonneberg, Unstrut-Hainich-Kreis, Wartburgkreis und Weimar/Weimarer Land. 2009 holten die Kandidaten der NPD in den Kommunalwahlen 23 Mandate.

Kreis Eichsfeld (3,3 %: Thorsten Heise)

Stadt Eisenach (5 %: Patrick Wieschke, Jonny Albrecht)

Stadt Erfurt (2,6 %: Frank Schwerdt)

Stadt Gera (3,3 %: Gordon Richter, Frank Jahn)

Kreis Gotha (3,4 %: Sebastian Reiche, Mario Lehner (im Mai 2010 ersetzt durch Klaus Städler)

Kreis Greiz (3,8 %: Peter Nürnberger, Peter FUNGER)

Stadt Greiz (3,6 %: Peter Nürnberger)

Kyffhäuserkreis (3,9 %: Patrick Weber, Steffen Herzog)

Kreis Nordhausen (3,2 %: Roy Elbert, Ralf Friedrich)

Stadt Nordhausen (3,1 %: Marco Kreuzer)

Stadt Sondershausen (3,4 %: Patrick Weber)

Kreis Sonneberg (4,1 %: Uwe Bätz-Dölle, Frank Neubert)

Wartburgkreis (4,8 %: Tobias Kammler, Hendrik Heller)

Stadt Weimar (3,1 %: Jan Morgenroth)

Wie an den Ergebnissen zu erkennen ist, waren die Mandate bis auf eine Ausnahme nur deswegen erfolgreich, weil die 5-Prozent-Hürde zuvor abgeschafft wurde. Wenn aber von den Prozentzahlen ausgegangen wird, haben in einer Gemeinde mit 1.000 Einwohnern immerhin im Durchschnitt knapp 40 Personen die extreme Rechte gewählt. Hinzu kommt, dass die Thüringer NPD das neonazistische Personenpotenzial zu einem großen Teil integriert hat. Ebenso wurde das subkulturelle Spektrum von der Partei erfolgreich umworben. Durch Veranstaltungen, die aus einem Mix aus Parteipropaganda und rechtsextremistischer Musik bestehen,



fühlen diese sich durchaus angesprochen. Dadurch konnte die NPD ihr Mobilitätsfaktor erheblich steigern.

Der Thüringer Landesverband startete Ende März 2010 ein Zeitungsprojekt. Das Ziel, „den Lesern fernab der gleichgeschalteten Presse ein Gegenmedium“ anzubieten, „das kontinuierlich nationale Positionen verbreitet und wesentlich zum Ziel der kommunalen Verankerung der NPD beiträgt“, so hieß es in einem entsprechenden Beitrag auf der Website des NPD-Landesverbands. Inzwischen umfasst das Projekt die Regionalblätter „Bürgerstimme!“ (Region Erfurt), „Weimarer Landbote“ (Region Weimar/Weimarer Land), „Eichsfeldstimme“ (Region Eichsfeld), „Der Nordthüringen Bote“ (Regionen Nordhausen, Kyffhäuserkreis und Unstrut-Hainich-Kreis), „Der Rennsteig Bote“ (Region Gotha), „Wartburgkreis Bote“ (Region Eisenach/Wartburgkreis), „Ostthüringen Bote“ (Region Ostthüringen), „Südthüringen Stimme“ (Südthüringen) und „Saale Stimme“ (Region Saalfeld-Rudolstadt, Jena, Saale-Holzland-Kreis und Saale-Orla-Kreis). Dieses Konzept soll nach dem Nichteinzug in das Thüringer Parlament die kommunale und regionale Präsenz der Partei stärken, womit die Partei eine neue Strategie vertritt.

Um ihren Einfluss zu vergrößern, verfolgt die NPD ein vierstufiges Konzept, wobei jeder Punkt eigenständig nebeneinander steht.

- Kampf um die Straße
- Kampf um die Köpfe
- Kampf um die Parlamente
- Kampf um den organisierten Willen

Im **Kampf um die Straße** versucht die Partei mit Großveranstaltungen ebenso wie mit regionalen Demonstrationen Aufmerksamkeit zu erzielen. Dabei geht es nicht immer um rechtsextreme Themen, sondern die NPD greift zielgerichtet soziale und alltägliche Probleme auf, um sich als Teil einer Protestbewegung zu geben. Hinzu kommt das Zeigen von Stärke, um politische Gegner einzuschüchtern und von der Straße zu drängen. Dabei soll auch das gewaltbereite Potenzial des neonazistischen Spektrums genutzt werden.

Der **Kampf um die Köpfe** beinhaltet die Verbreitung ihrer Ideen in breiten Kreisen der Gesellschaft. Dazu zählen intellektuelle Netzwerke, das Einbinden von Persönlichkeiten und diverse Presseorgane, wie z. B. in Thüringen die bereits



aufgezählten Regionalblätter. Hinzu kommt die Schulung ihrer Mitglieder wie beispielsweise die Vorbereitung künftiger Mandatsträger, um ihnen gewisse Umgangsformen zu lehren.

Der **Kampf um die Parlamente** bildet dabei den größten Spagat für die Partei. Während die NPD sich eigentlich als parlamentsfeindlich versteht und dies auch so an ihre Anhänger kommuniziert, benutzt sie das Parlamentssystem um zu zeigen, dass es sich bei der Partei um eine ernstzunehmende politische Kraft handle und um Programm zu verbreiten. Nicht selten steht für diesen eingeschlagenen Weg die Parteiführung und Abgeordnete in der Kritik mit dem Vorwurf, das Bestreben nach Mandaten und Parlamentssitzen als persönliche Versorgung auszunutzen und nicht wie propagiert, es als Kampf gegen das bestehende politische System anzusehen.

Im **Kampf um den organisierten Willen** handelt es sich letztendlich um den Versuch, möglichst alle nationalistischen Kräfte zu mobilisieren. Das Ziel dabei ist, eine eigene rechtsextreme Denk- und Politikschule zu etablieren.

Der kommunalen Ebene kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Der Weg zwischen Politik/Politikern und Informationen zu den Bürgern ist hier besonders klein und Verbindungen können besonders eng geknüpft werden. Wenn auch einige Kandidaten blass bleiben, sind andere in den Kreistagen und Stadträten besonders aktiv und treten ebenso besonders oft und gezielt in der Öffentlichkeit auf. Mit dem Einzug in die kommunalen Entscheidungsorganen erreicht die NPD ihre ersten Ziele: der NPD wird ein Gesicht gegeben, dem Bürger wird gezeigt, dass die Partei eine ernst zu nehmende, politische Kraft sei. Somit bildet der Erfolg auf Kommunalebene einen Ausdruck einer wachsenden regionalen Verankerung der Partei und zeigt eine gewisse Unterstützung extrem rechter Inhalte in Teilen der Bevölkerung. Es wird eine Normalisierung angestrebt. Das bedeutet, neonazistische Positionen werden zunehmend als legitimer Teil des demokratischen Meinungsspektrums erachtet. Zudem bietet sich hier die Möglichkeit, öffentlich wirksam Bürgernähe zu demonstrieren. Dabei dienen Bürgerinteressen und Alltagsthemen den rechtsextremen Mandatsträgern als Instrumente. Zusätzlich eröffnet ein Wahlerfolg wie beispielsweise der Zugriff auf öffentliche Gelder oder eine funktionierende Infrastruktur weitere Ressourcen. Die Arbeit auf kommunaler Ebene und die fortschreitende Verankerung in der Gesellschaft sollen dann als Sprungbrett für den Erfolg auf Landesebene dienen.

Auch wenn die NPD sich öffentlich als demokratische Partei gibt und die Instrumente unserer Demokratie nutzt wie jede andere Partei auch, bleibt ihre Grundideologie, nach der sich ihr Endziel richtet, erhalten. Matthias Heyder, Spitzenkandidat der NPD



in Sachsen-Anhalt für die letzten Landtagswahlen, bringt es auf den Punkt: „Das Ziel ist und bleibt die Systemüberwindung. Der Weg dahin führt über gefestigte Strukturen in- und außerhalb der Parlamente.“¹⁷ Die NPD steht für einen völkischen Kollektivismus und weist eine fremdenfeindliche sowie antisemitische Gesinnung auf. Ziel ist eine „ethnisch homogene Volksgemeinschaft“, die sich durch „gemeinsame Abstammung, Sprache, geschichtliche Erfahrungen und Wertvorstellungen“ definiere. Dies ist zugleich die Grundlage für die – anstelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – angestrebte „Volksherrschaft“. Die pauschale Überbewertung der aufgrund ethnischer Zugehörigkeit definierten „Volksgemeinschaft“ beschneidet die vom Grundgesetz garantierte Freiheit, sich persönlich zu entfalten. Die Rechte und Interessen des Einzelnen werden eingeschränkt¹⁸. Somit stehen sich Demokratie und ihre Vorstellungen wie dem Gleichheitsgrundsatz vor dem Gesetz oder den Menschenrechten mit der grundlegenden Unantastbarkeit der Würde aller Menschen dem Rechtsextremismus mit seiner Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen gegenüber und sind miteinander unvereinbar.

Um die angestrebte **Normalisierung** (die Akzeptanz und Unterstützung der Ideologie) zu erreichen, kann ein 4-Stufen-Konzept, das von Wilhelm Heitmeyer ausgearbeitet wurde, herangezogen werden. Dabei spielt die Zusammenarbeit der NPD mit den anderen rechtsextremen Gruppierungen eine große Rolle. Dazu aber später. Das Konzept beinhaltet folgende vier Punkte:

- Provokationsgewinne
- Räumungsgewinne
- Raumgewinne
- Normalisierungsgewinne

In der ersten Phase (**Provokationsgewinne**) versuchen die rechtsextremen Gruppen über erste öffentliche Auftritte und das Markieren von Räumen durch Symbole, Plakate oder Sprühereien sich als ernst zu nehmende Gruppe zu präsentieren. Damit soll lediglich eine Aufmerksamkeit erreicht werden, um ihre Existenz und Ideen anzuzeigen.

Das Ziel der zweiten Phase (**Räumungsgewinne**) beinhaltet bereits die Verdrängung von anderen nichtrechtsextremistischen Gruppen. Darunter zählt das

¹⁷ Matthias Heyder am 15. April 2009 in einer Presseerklärung der NPD Sachsen-Anhalt

¹⁸ Verfassungsschutzbericht Thüringen 2010, S. 24



Eindringen und Unterwandern dieser Gruppen (beispielsweise Sport- oder Kirmesvereine). Damit wollen sie die kulturelle Entwicklung des Raumes beeinflussen und letztendlich bestimmen. Dabei wird auch auf Aspekte wie Angst gesetzt.

Darauf folgt die dritte Phase (**Raumgewinne**), in der die rechtsextremen Gruppen öffentlich einen Raum als den ihren beanspruchen. Andere Gruppen meiden diese Orte, was bereits einer Ausgrenzung gleich kommt.

Diese Ausgrenzung von schwächeren Gruppen wird dann in der letzten Phase (**Normalisierungsgewinne**) in der Gesellschaft allgemein akzeptiert. Der Rechtsextremismus ist etabliert und bildet einen normalen Bestandteil der öffentlichen politischen Kultur und kann kaum noch kritisch thematisiert werden.

Um die kurz- und langfristigen Ziele der einzelnen Phasen zu erreichen, greifen sie auf probate Mittel zurück. Im demokratischen Rahmen bedeutet das, dass Themen der politischen Mitte aufgegriffen werden, da diese die breite Gesellschaft betreffen. Sie werden in Wahlkämpfen und der Arbeit in den Kommunalparlamenten in den Vordergrund gerückt. Somit werden „konkrete Problemlagen angesprochen, die in der Lebensrealität vieler Menschen einen wichtigen Stellenwert einnehmen, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Bildung oder Umwelt, und hinsichtlich der Ursachenzuschreibung und der Lösungsvorschläge mit den ideologischen Grundlagen der NPD verbunden“¹⁹. Parteipolitische Themen der NPD, wie der Geschichtsrevisionismus und andere demokratiefeindliche Programmpunkte, spielen, obwohl für die Partei intern wichtig, nach außen keine Rolle und bleiben unangesprochen. Diese Zurückhaltung ist strategisches Kalkül und somit entsteht bei vielen politischen Gegnern in den Kommunalparlamenten nicht selten die Einstellung, dass sich Kommunalpolitik über die Parteigrenzen hinaus an Sachfragen orientieren muss und mit Parteipolitik nichts zu tun haben darf. Der Vertreter wird als gleichberechtigter Partner angesehen. Damit geht von politischer Seite ein Zeichen an die Bevölkerung aus, das eine Akzeptanz und (Gleich-)Berechtigung der rechtsextremen Partei signalisiert, was den Normalisierungsprozess schleichend vorantreibt.

Das Engagement der NPD-Mandatsträger in den Kommunalparlamenten ist sehr unterschiedlich. Während beispielsweise Frank Schwerdt im Erfurter Stadtrat kaum

¹⁹ Virchow, Fabian (2008): Hat die NPD eine Strategie der Machtergreifung? In: Virchow, Fabian; Dornbusch, Christian (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach / Ts., S.71f.



aktiv ist, bilden Eisenach mit Patrick Wieschke im Stadtrat und der Wartburgkreis mit Tobias Kammler und Hendrik Heller im Kreistag das Gegenstück dazu. Das Parlament der Landeshauptstadt blieb weitgehend von Anträgen, Initiativen oder Reden von Schwerdt verschont. Die wenigen Aktionen waren meist geprägt von nationalistischen Inhalten²⁰. Dies spiegelt auch die Webseite der NPD Erfurt wider. Sie wird selten aktualisiert und lediglich zwei der wenigen Anträge werden dort gelistet. In der Öffentlichkeit ist er kaum präsent. Ein ganz anderes Bild zeigt sich in Eisenach. Einen großen Erfolg für die Normalisierungsstrategie erzielte Patrick Wieschke 2006. „Mit einem Schild vor der Brust ‚Rettet unser Theater‘ hatte der in der Stadt bekannte NPD-Aktivist im Sommer in einer Reihe mit Bürgerinnen und Bürgern gestanden, die in der Stadt um den Erhalt ihres Theaters kämpften. Monate später, im Dezember 2006, erschien dann ein klar erkennbares Foto von ihm bei der Aktion auf der Titelseite einer Sonderzeitung des Landestheater Eisenachs, die in hoher Auflage in der Stadt verteilt wurde. Zweieinhalb Jahre vor der Kommunalwahl hatte Wieschke es so an einem Punkt geschafft: In der Öffentlichkeit konnte sich der NPD-Aktivist an der Seite der Bürger als engagierter Politiker präsentieren.“²¹ Die zwei NPD-Mandatsträger stellten im Eisenacher Stadtrat weit über 20 Anträge, rund 35 Anfragen und meldeten sich regelmäßig mit Reden zu Wort, in denen sie einerseits berechnete Interessen aufzugreifen und zu besetzen versuchten. Andererseits wurden parlamentarische Initiativen eingebracht, die „explizit und unverhohlen den rassistischen und antidemokratischen Charakter der Partei deutlich werden lassen.“²²

Lt laut Thüringer Innenministerium existiert in Sonneberg seit 2002 kein eigener NPD-Kreisverband mehr. Dieser wurde dem Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt angegliedert. Trotz der damit einhergehenden untergeordneten Bedeutung der Parteimitglieder vor Ort war es ihnen dennoch möglich, Mandate zu erlangen. Obwohl parteiförmig organisierte Strukturen in Sonneberg in den Hintergrund treten, gibt es eine aktive neonazistische Szene.

DVU

Deutschland- als auch thüringenweit hat die „Deutsche Volksunion – Die neue Rechte“ (DVU) eingebüßt. Ihre Mitgliedzahl hat im gesamten Bundesgebiet mit 3.000 einen Tiefpunkt erreicht. In Thüringen gehören lediglich 50 dem Landesverband an.

²⁰ Paul Wellsow, Zuerst die Kommunen – Die NPD in Thüringer Kommunalparlamenten, in: Nazis im Parlament Thüringen, Heinrich-Böll-Stiftung, S. 30 ff.

²¹ Ebd. S. 31

²² Ebd. S. 32



Abgesehen von der Verschmelzung mit der NPD trat sie kaum in der Öffentlichkeit in Erscheinung und ist wegen ihrer umstrittenen Führungsfunktionären weitgehend von der rechtsextremistischen Szene isoliert. Trotzdem erreichten sie zwei Mandate in den letzten Kommunalwahlen in Thüringen.

Stadt Lauscha (11,8 %: Uwe Bätz-Dölle, Manuel Franke)

In Hildburghausen existiert hinzu das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“, welches in gleicher Stadt ein Mandat im Stadtrat erhielt (2,1 %: Tommy Frenck) und eng mit der DVU zusammen arbeitet.

Kurz vor dem letzten Jahreswechsel wollten DVU und NPD fusionieren. Dies wurde auf Parteitag der beiden rechtsextremen Parteien kurz vor Ende 2010 beschlossen. Allerdings verbot im Januar 2011 das Landgericht München der DVU, den Fusionsvertrag zu unterschreiben, da die Rechtmäßigkeit der Urabstimmung unter den Mitgliedern der DVU angezweifelt wurde. Im Mai wurde dieses Urteil abermals von einem Gericht bestätigt. Die Fusionsvertreter konnten die Vorwürfe nicht ausräumen, dass bei der Urabstimmung Ende vergangenen Jahres keine schwerwiegenden, mit der Demokratie nicht vereinbaren Mängel auftraten. Deswegen ist bis zu diesem Zeitpunkt die Fusion von NPD und DVU immer noch nicht rechtsgültig. Trotzdem traten bereits DVU-Mitglieder in diesem Jahr für die NPD in verschiedenen Landtagswahlen an. Obwohl immer wieder von der vollzogenen Fusion gesprochen wird, gab beispielsweise der ehemalige Vorsitzender der DVU Matthias Faust eine eidesstattliche Erklärung ab, aus der DVU ausgetreten zu sein, da im Bremer Wahlgesetz eindeutig festgeschrieben ist, dass ein Kandidat nur Mitglied einer Partei sein darf.

Freie Kameradschaften in Thüringen

Im Gegensatz zu den gesunkenen Mitgliederzahlen der rechtsextremen Parteien ist die Zahl der Neonazis bundesweit auf 5.600 gestiegen. Diese stellen allerdings ein äußerst zersplittertes Spektrum dar, wobei sich ein Teil in der NPD engagiert und gar Führungspositionen einnehmen. In Thüringen beträgt ihre Zahl ca. 180. Die Neonaziszene teilt sich auf Kameradschaften, Autonome Nationalisten und auf sonstige Personenzusammenschlüsse auf. Zu ersteren gehören die Kameradschaft „Freies Netzwerk Jena“ und der „Kameradenkreis um Thorsten Heise“ aus Fretterode im Landkreis Eichsfeld. Während die Jenaer Kameradschaft über das Jahr mit mehreren Aktionen auffiel (Demonstrationen, Flugblätter-Aktionen, Verteilung von



Schulhof-CDs), tritt die Kameradschaft aus Fretterode öffentlich kaum auf, organisieren aber wöchentliche Kameradschaftsabende und nehmen an szenetypischen Veranstaltungen teil. Heise betreibt einen Versandhandel für Bild- und Tonträger sowie Geschenkartikel und Militärkleidung. Ein Buchverlag gehört ebenso dazu. Für die NPD sitzt er im Kreistag von Eichsfeld.

Die Autonomen Nationalisten sind rechtsextreme Gruppierungen, die eher einem Aktionsbündnis als einer Organisation gleichen. Es handelt sich dabei überwiegend um junge aktionsorientierte Rechtsextremisten, die ihre politischen Überzeugungen schnell in die Tat umsetzen wollen und in der Mehrzahl grundsätzlich auch bereit sind, hierfür Gewalt einzusetzen. Die Zahl der Gruppen fluktuiert stark, wobei die meisten nur von kurzer Dauer sind und kaum in Erscheinung treten. Erwähnenswert sind AN-Anhänger im Raum Apolda, Autonome Nationalisten Nordthüringen, die überwiegend im Internet aktiv sind, und die Autonomen Nationalisten Weimar. Letztere existiert seit Anfang 2009 und fiel bis heute hauptsächlich durch einzelne Propagandaaktionen auf. In einer Selbstdarstellung steht unter anderem: „Unser Sozialismus soll die Gesellschaftsform der Zukunft werden. Wobei der Sozialismus immer die Keimzelle in der Gemeinschaft finden müsse, begonnen bei der Familie und endend bei der Rassegemeinschaft. [...] Wir Deutschen haben keine Schuld für das, was vor mehr als 2 Generationen passiert sein soll.“²³

Das Thüringer Innenministerium benennt die Kameradschaft Sonneberg. Diese ist erstmals überregional bei »Rock für Deutschland« in Gera sowie beim »Nationalen-Sozialen-Thüringer-Arbeiter-Tag« in Hildburghausen im Juli 2010 in Erscheinung getreten. Auch infrastrukturell ist die Szene gut aufgestellt.

Eine ehemalige Fabrikhalle wird als Treffpunkt durch das Innenministerium benannt, welcher als Proberaum und Veranstaltungsort für Konzerte dient. Entsprechend existiert vor Ort auch eine Band namens »Unbeliebte Jungs«, die vom Innenministerium als aktive neonazistische Musikgruppe klassifiziert wird.

Dem Thüringer Innenministerium benennt weiterhin in Sonneberg das Gewerbe »Barn's Shop«, welches Lifestylemode zum Verkauf anbietet und gleichzeitig als Nagelstudio dient. Als Sponsor mit eigenem Logo ist der Modeladen als Link auf der Webpräsenz des Sportvereins 1951 Sonneberg zu finden. Auch propagandistische, strafbewährte Aktivitäten konnten im Landkreis verzeichnet werden: Das

²³ Verfassungsschutzbericht Thüringen 2010, S. 57 ff.



Innenministerium zählte im Jahr 2009 in 27 Fällen die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und in vier Fällen den Straftatbestand Volksverhetzung. Von den Lokalmedien aufgegriffen wurde eine im November 2009 durchgeführte Transparentkampagne, zu der an der Stadtumgebung Parolen wie »Deutsche Ehrenmale statt jüdische Mahnmale« und »Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen« zu lesen waren (Freies Wort vom 03.11.2009). Dem Innenministerium ist auch ein Fall von gefährlicher Körperverletzung bekannt, der überregional für Aufsehen sorgte: Im November 2009 wurde eine Personengruppe von Neonazis überfallen. Unter den Geschädigten befand sich auch ein Kreistagsmitglied einer demokratischen Partei. Obwohl die Angreifer Lieder mit antisemitischen Parolen skandierten, wurde ein rechter Hintergrund bei Gericht nicht belegt. Die Strafen, die die drei Angeklagten erhielten, bewegten sich zwischen Freispruch und 120 Stunden gemeinnütziger Arbeit (Freies Wort v. 30.03.2010).²⁴

4.1.2 Die Rechtsextreme Musikszene

Ein wesentlicher Identifizierungsfaktor jugendlicher Subkulturen der rechtsextremistischen Szene ist die Musik. Sie besitzt als allgegenwärtiges Kommunikationsmittel einen hohen Stellenwert. In rechtsextremistischen Liedtexten werden mit höchst unterschiedlicher Deutlichkeit rassistische, antisemitische, menschenverachtende oder gewaltverherrlichende Ansichten propagiert, staatliche Institutionen verunglimpft oder die national-sozialistische Gewaltherrschaft glorifiziert. Auch Jugendliche, die nicht der rechtsextremen Szene zugehören, sich aber in dieser Umgebung bewegen, sind anfällig für solche Musik. Auch wenn an anderen Stellen der Musik ein weit geringer Stellenwert zum Einstieg zugeschrieben wird, kommt man nicht umher zu sagen, dass die Musik trotzdem als zusätzlichen Attraktivitätsmoment gilt, sodass sie die Annäherung an diese Szene erleichtert und den Einstieg so unterstützen kann. Dennoch kommt der Musik eine bedeutende Stabilisierungs- und Verstärkungsfunktion gleich. Sie fördert rechtsextreme Orientierungen sowie Aktivitäten und stabilisiert die Szenenzugehörigkeit. Hinzu kommt, dass – vor allem in Verbindung mit Alkohol – die Musik zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft beitragen kann. „Auf gewalttätige Eskalation wirkt sie auch insofern förderlich, als sie provozierend wirkt und auch gezielt als Provokationsinstrument eingesetzt wird.“²⁵ Allerdings darf nicht vergessen werden,

²⁴ <http://www.nip-thueringen.de/sud/sonneberg>

²⁵ Gabi Elverich / Michaela Glaser / Tabea Schlimbach / Anna Schnitzer, Rechtsextreme Musik – Ihre Funktion für jugendliche Hörer/innen und Antworten der pädagogischen Praxis, 2009, S. 76



dass die Musik auf ein gewisses soziales Umfeld trifft und der Umgang mit der Musik in einem hohen Maße davon abhängt. Das bedeutet, dass nicht die Musik als die alleinige Ursache für eine Zuwendung zum rechtsextremistischen Gedankengut herhalten kann, sondern letztendlich die sozialen Umstände des Betroffenen. Die Musik dient hierbei letztendlich als Katalysator. Das bedeutet aber auch, dass die Musik nur eine notwendige, nie aber eine hinreichende Bedingung für die Empfänglichkeit rechtsextremer Ideen sein kann und nicht muss.

Der Inhalt der Musik reicht von althergebrachten Werten über die Verherrlichung des Skinheaddaseins, Kampfansagen an die bürgerliche Gesellschaft (den politischen Gegner, staatliche Institutionen), der Verharmlosung der Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg sowie Sympathie zu Adolf Hitler bis hin zu der Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus, der Propagierung eines Führerstaats und fremden- und ausländerfeindliche Hetze. Neben dem Gemeinschaftsgefühl auf Konzerten stoßen die Liedtexte bei der enttäuschten und perspektivlosen Jugend auf offene Ohren. Damit avanciert die Musik zu einem bedeutenden Propagandamittel der rechtsextremistischen Szene und gilt nicht umsonst als eine Möglichkeit, in die Szene einzutauchen. Die Zahl der Bands ist mit den Jahren stetig gestiegen. Während man 2002 noch von bundesweit 90 Gruppen ausgegangen ist, ging man 2008 bereits von 152 Bands aus. Das ist eine Steigerung von mehr als 66 Prozent.

Große mediale Aufmerksamkeit erlangten die sogenannten **Schulhof-CDs**. Die NPD und andere rechtsextreme Gruppierungen produzierten von 2004 bis 2010 insgesamt 9 verschiedene Versionen der Schulhof-CDs. Meist wurden sie im Zusammenhang mit Bundes- oder Landtagswahlen verteilt. Dieses Beispiel zeigt, welchen Stellenwert das rechtsextreme Liedergut für die Agitation einnimmt. Ebenso bilden die Konzerte eine wichtige Rolle und tragen enorm zu einem Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Szene bei. Den rechtsextremistischen Organisatoren solcher Konzerte ist bewusst, dass sie mit ihren Veranstaltungen immer noch auf Ablehnung stoßen. Deswegen treten bei Anmietung für Räumlichkeiten meist Personen auf, die weder in der Öffentlichkeit noch bei Polizei oder Ämter aufgefallen sind. Konzertdaten werden meist nicht öffentlich bekannt gegeben, sondern durch Mundpropaganda inklusive moderner Medien verbreitet. Folgende Bands werden in Thüringen als rechtsextremistische Musikgruppen gezählt:

- „12 Golden Years“ – Apolda
- „Bloodline“⁵⁷
- „Brainwash“ – Altenburg/Dresden



- „Eternal Bleeding“ – Altenburg
- „Eugenik“ – Gera
- „Isolfur“ – Gera
- „Kinderzimmerterroristen“ (KZT) – Raum Suhl
- „Last Man Standing“ – Raum Erfurt
- „Moshpit“ – Altenburg/Dresden
- „Ostfront“ – Gera
- „PAK 88“ – Erfurt
- „Radikahl“ (nur noch Sänger) – Weimar
- „SKD“ – Gotha
- „Sköll Dagaz“ – Luisenthal/Ohrdruf
- „System Infarkt“ – Raum Ilmenau
- „Totenburg“ – Gera
- „Unbeliebte Jungs“ – Sonneberg

Die Bands „Extreme Rage“, „Frontal18“, „Askeregn“, „MG 42“ und „Hermunduren“ werden als Verdachtsfälle klassifiziert.

Die Band „**Ungeliebte Jungs**“ gründete sich 2005 und besteht aus den Mitgliedern der in den 90er Jahren unter den Namen „Volksverhetzer“ bekannt gewordenen Band. Nach deren Auflösung spielten die Mitglieder zwischenzeitlich in der Band „Sturmangriff“. Ein Textbeispiel aus dem Lied „Blutrausch“ lautet wie folgt:

„Du gehst wie jeden Freitag in die Kneipe rein und da steht er da, so ein buntes Schwein. Mitten im Gefecht hörst du auf zu denken, du willst ihn nur noch töten, keiner kann dich lenken. Du hast ihn vor der liegen, hilflos schon am Boden, da nimmst du noch mal Anlauf und springst ihn in den Hoden.... Du bist im Blutrausch, ja im Blutrausch, deine Bestie kommt jetzt raus...“.

Inzwischen scheinen sie auch wieder unter dem alten Namen „Volksverhetzer“ aufzutreten.

Eine der bedeutendsten Liedermacher der rechtsextremen Szene ist **Annett Müller**. Auf dem Internetportal YouTube liegt die Anzahl der Abrufe bei einigen ihrer Musiktitel in einem hohen sechsstelligen Bereich. Ein Song liegt sogar kurz vor dem



Erreichen der 1-Million-Marke. Mehr als die Hälfte davon gab es seit Anfang 2010. Diese Nachfrage zeugt davon, dass die Lieder bzw. ein Teil davon über die Grenzen der rechtsextremen Gruppen hinaus bekannt sind. Die Frage ist, welche Klientel für die Musik von Müller empfänglich ist. Die Anzahl der Aufrufe verschiedener Lieder liegt weit auseinander, was auf eine punktuelle Nachfrage der Songs von Müller hinweist. Das zeigt, dass die Lieder mit hoher Nachfrage Gesellschaftsgruppen erreichen, die eigentlich nicht der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind. Das wiederum bedeutet aber auch die Akzeptanz einer Persönlichkeit aus der rechtsextremen Szene in einem Teil der Gesellschaft. Vor allem die Kommentare zu ihren Liedern auf Youtube zeugen von einer demokratiefeindlichen Gesinnung ihrer Hörer und zeigen jedem, zu welchem politischen Lager die Sängerin zuzuordnen ist. Sie gehen auch so weit, die fast weltweit geächtete Todesstrafe für spezielle Straftaten zu fordern.

4.1.3 Jugendcliquen/Mischszene

Neben der mehr oder weniger organisierten Neonaziszene existieren auch weitgehend unstrukturierte Gruppen, in denen eine rechtsextremistische Grundgesinnung vorhanden ist. Das sind Jugendgruppen und Cliques, die sich vor allem im ländlichen Raum bilden, da hier attraktive soziale Alternativen fehlen. Ganz dem Vorbild aus der Neonaziszene wählen sie für ihre Gemeinschaft mitunter die Bezeichnung Kameradschaft und fallen meist mit martialisch klingenden Phantasienamen auf. Sie treffen sich in Privatwohnungen, Gaststätten, an Tankstellen, Garagenkomplexen und anderen öffentlichen Plätzen. Sie zeichnen sich durch ein hohes Zusammengehörigkeitsgefühl aus. Zudem stehen gemeinsame Freizeitaktivitäten, die Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen und Konzerten sowie das gemeinschaftliche Auftreten im Vordergrund. Zwar mangelt es diesen Gruppen an einen abgegrenzten Aktivistenstamm bzw. einer Struktur, allerdings fallen sie immer wieder durch provokatives Verhalten in der Öffentlichkeit aus, zu dem Propagandadelikte, Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen zählen.²⁶

²⁶ Verfassungsschutzbericht Thüringen 2010, S. 53



4.1.4 Fazit

Trotz der marginalen Erfolge der NPD-Politiker in den Wahlen der vergangenen Jahre entwickelt sich ein Prozess, der schleichend und letztendlich von einem großen Teil der Gesellschaft unerkannt vonstattengeht.

Dieser Prozess fördert die Akzeptanz von Agitatoren aus dem demokratiefeindlichen Spektrum, in dem Ungleichwertigkeit und eine gruppenbezogene Menschenverachtung als Grundlage der Ideologie dient.

Die NPD steht, wie Matthias Heyder, Spitzenkandidat der NPD in Sachsen-Anhalt, es auf den Punkt bringt, für eine Partei, die ihr Ziel in der Systemüberwindung sieht. Außerdem weist sie eine fremdenfeindliche sowie antisemitische Gesinnung auf. Es soll eine ethnisch homogene Volksgemeinschaft, die sich durch gemeinsame Abstammung, Sprache, geschichtliche Erfahrungen und Wertvorstellungen definiert, geschaffen werden. Dies ist zugleich die Grundlage für die – anstelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – angestrebte „Volksherrschaft“. Die pauschale Überbewertung der aufgrund ethnischer Zugehörigkeit definierten „Volksgemeinschaft“ beschneidet die vom Grundgesetz garantierte Freiheit, sich persönlich zu entfalten. Die Rechte und Interessen des Einzelnen werden eingeschränkt. Somit stehen sich Demokratie und ihre Vorstellungen wie dem Gleichheitsgrundsatz vor dem Gesetz oder die Menschenrechte mit der grundlegenden Unantastbarkeit der Würde aller Menschen dem Rechtsextremismus mit seiner Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen gegenüber und sind miteinander unvereinbar.

Es kann nicht genügend darauf hingewiesen werden, dass jeder Handschlag mit einem Mandatsträger in einem Kreistag, jede Zustimmung für Vorschläge eines NPD-Mitglieds diesen Hintergrund zunehmend normalisieren lässt. Es ist ein schleichender Prozess, der im Kleinen beginnt und sich immer weiter ausbreiten soll. Auch wenn ganz triviale politische Probleme in einem Kreis- oder Landtag scheinbar ernsthaft von einem der rechten Partei zugehörigen Mitgliedern aufgegriffen und behandelt werden, steht immer noch die demokratie- und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit der Partei im Hintergrund. Diese Normalisierung soll dazu führen, dass eine rechtsextreme Partei mit ihrer Ideologie sich als eine ernstzunehmende Kraft in der politischen Welt etablieren kann. Diese Etablierung kann eben nur durch das Engagement für die Alltagsprobleme der Gesellschaft gefördert werden. Später wird dann diese Akzeptanz bzw. Normalisierung in den Kreis- und Landtagen durch die politischen Vertreter der demokratischen Parteien zunehmend in die Bevölkerung getragen, die bereits von verschiedenen Seiten



beeinflusst wird. So seien hier die politischen Parolen von Alltagsproblemen genannt (Zeitarbeit, Lohndumping, Kriminalität), die sich beispielsweise in der Werbung für Wähler wiederfindet. Ebenso dienen aussagekräftige Aktionen wie die von Patrick Wieschke 2006 diesem Ziel, als er es auf das Titelblatt einer Sonderzeitung des Landestheater Eisenachs geschafft hat, die in hoher Auflage in der Stadt verteilt wurde. Dies alles fördert die Akzeptanz und führt zu einer Normalisierung einer rechtsextremistischen Partei.

Dass diese Betrachtungen ernst zu nehmen sind, zeigt der Thüringen-Monitor 2011²⁷. Karl Schmitt und Jürgen H. Wolff vom Institut für Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität zeigen in ihrer Studie einen Anstieg der rechtsextremen Gesinnung in Thüringen auf. Verdeutlicht wird dies vor allem in der Zustimmung rechtsextremer Einstellungen. Nachdem in den vergangenen Jahren die Zustimmung der sechs Bereiche Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, Nationalismus, Verharmlosung der NS-Diktatur, Antisemitismus und Aufbau einer rechtsextremen Diktatur meist rückläufig war, stieg die Befürwortung seit 2010 in vier Bereichen zum Teil nicht unerheblich an. Die Dimensionen, die eine Zunahme verzeichneten, sind die Ausländerfeindlichkeit, der Nationalismus, die Verharmlosung der NS-Diktatur und Antisemitismus.

²⁷ Karl Schmitt, Jürgen H. Wolff, Thüringen-Monitor 2011, <http://www.thueringen.de/imperia/md/content/homepage/politisch/thueringenmonitor-2011-gesamtdokument-final3.pdf>



4.2 Die Folgen des demographischer Wandel auf die Lebensqualität des Landkreis Sonneberg²⁸

SON33: „Der Bevölkerungsrückgang ist dramatisch. Wir haben viel mehr Todesfälle als Geburten. Das ist eigentlich schade. Daran hängt natürlich die Zukunft von 3 Kindergärten und auch der Schule ab. Also wir haben keine positive Bevölkerungsentwicklung. Das ist wohl ein allgemeines Problem. Aber das Vereinsleben ist noch rege. Also im Kirmes- und Trachtenverein, im Gesangverein und natürlich in den Feuerwehrvereinen, den Sportvereinen usw. Jeder Ortsteil hat natürlich immer mehrere Vereine. Aber es zeichnet sich auch dort ein Rückgang ab. Die Zahl wird natürlich zwangsläufig immer geringer.“

Der Ausschnitt aus einem Interview macht deutlich, dass für die „Stärken- und Ressourcenanalyse“ ein Blick auf die demographische Entwicklung unerlässlich ist. Denn schon heute weisen die Tendenzen auf zukünftige schwerwiegende Probleme hin. Zusammengefasst gesagt, wir werden älter und weniger. Das zieht natürlich weitreichende Konsequenzen nach sich, was sich auch im Haushalt des Landkreises auswirken wird. So werden

1. die Einnahmen aus Steuern und Finanztransfers des Landkreises stärker sinken.
2. die Ausgaben für die Infrastruktur sinken trotz der sich verringernenden Einwohnerzahlen kaum und die Aufwendungen belasten die Haushalte der Kommunen.
3. die Ausgaben im Sozialbereich mit dem zunehmenden Durchschnittsalter steigen.
4. junge Akademiker die Region verlassen.
5. Feuerwehren ihre Einsatzfähigkeit mangels Überalterung und fehlendem Nachwuchs verlieren.
6. die demokratischen Parteien an Mitgliedern und damit an Bedeutung für ein gesellschaftspolitisches Engagement verlieren und keine Alternative zu etwaigen undemokratischen und menschenfeindlichen Weltbildern bieten.

²⁸ Alle Daten, die für dieses Kapitel herangezogen wurden, stammen aus der Studie Sedlacek, Peter (2011); „Demographischer Wandel in Thüringen – gestern und morgen“; LzpB Thüringen S23ff. sowie vom Thüringer Landesamt für Statistik (<http://www.tls.thueringen.de/> eingesehen am 4.10.11 um 10:00Uhr



7. Diese Folgen sind nur Beispiele eines demographischen Wandel, der die Veränderung der Bevölkerungszahlen nach ihrer Menge sowie Zusammensetzung nach Alter, Geschlecht, Herkunft und anderen Merkmalen beschreibt. Der Prozess mit seinen vielen Aspekten soll detaillierter im zweiten Teil dieses Kapitels beschrieben werden, während zunächst schon auf einige der wichtigsten Folgen eingegangen wird.

Ausführliche Betrachtungen der Folgen des Demographischen Wandels

Die Alterung der Bevölkerung wird sich nachhaltig auf die sozialen Sicherungssysteme auswirken. Der Anteil an kranken und pflegebedürftigen Menschen wird steigen und erfordert damit erhöhte Anstrengungen der zunehmend schrumpfenden arbeitenden Bevölkerung bei gleichen Standards. Es wird dabei davon ausgegangen, dass der Platzbedarf in Pflegeheimen bis 2020 um ca. 45 Prozent und bis 2030 sogar um ca. 60 Prozent steigen wird. Damit verbunden ist ein erheblicher zusätzlicher Personalbedarf und Investitionsaufwand. Inwieweit dieser von öffentlicher oder privater Hand getragen wird, ist noch unklar. Dennoch werden die Sozialhilfeausgaben und Ausgaben zur Hilfe zur Pflege ansteigen. Das resultiert unter anderem auch aus dem zukünftigen Risiko der Altersarmut in Ostdeutschland.

Die Abnahme der erwerbsfähigen Bevölkerung (bzw. der Bevölkerung im Allgemeinen) wird einen spürbaren Einfluss auf die öffentlichen Finanzen haben. So werden beispielsweise die Einnahmen aus Einkommenssteuer und Umsatzsteuer sinken. Zahlreiche Finanztransfers wie der Länderfinanzausgleich oder die Zuweisungen an die Kommunen sind an die Einwohnerzahl gekoppelt. Sinkt diese, werden auch weniger Gelder transferiert. In der sozialen Infrastruktur werden kinder- und jugendbezogene Einrichtungen weniger beansprucht. Ebenso wird dem Vereinsleben in den Dorfgemeinschaften der Nachwuchs ausgehen. Das betrifft nicht nur den Sportsektor, sondern auch gesellschaftliche Institutionen wie den Heimat- oder Kirmesvereinen. Die schulischen Zentren werden aus- und Außenstellen davon abgebaut. Dadurch konzentrieren sich die möglichen Aktivitäten an einem Ort, der für Kinder und Jugendliche allerdings schwer zu erreichen ist. Dies fördert auch der zurückgehende öffentliche Personalverkehr. Zudem werden zunehmend die Kosten für den Schülertransporte in Frage gestellt. Bereits jetzt zeichnet sich dies schon in einigen Gemeinden ab und oft wurde das auch in den Interviews bestätigt:



SON14: „Mehr Kinder müssten gezeugt werden. Geld müsste in die Gemeindekasse, damit das Leben im Dorf weitergeht, weil momentan stirbt es irgendwann aus. Die Gemeinden kommen immer mehr in die Haushaltssperre. Die Notsituation der Bundesrepublik wirkt sich auf die kleinen Gemeinden mit aus. Das hat die Auswirkung, dass es keine Arbeitsstellen gibt. Die Jungen, die heute ein Haus bauen, die zieht es morgen weg in die Ballungsgebiete. Dann stehen die Häuser eins nach dem anderen leer. Das ist ☠️😞💣👉!“

Eine für diese Studie besonders wichtige Folge des demographischen Wandels ist die Entwicklung der politischen Landschaft in weiten Teilen des Landkreises. Parteien finden teilweise jetzt schon keine kritische Masse mehr, um eine aktive Mitgestaltung des Gemeindelebens zu erhalten. So kann es vorkommen, dass nur noch eine politische Partei in bestimmten kleinen Gemeinden vorkommt, was dem Engagement trotz vorhandenen politischen Interesses entgegenwirkt. Diese fehlende Präsenz schafft demokratiefeindlichen Einflüssen einen weiten Raum. Hinzu kommt, dass Gemeinderäte oft durch Mitglieder von Feuerwehren, Sportvereinen und anderen Organisationen besetzt sind, was deren inhaltliche Entscheidungen nicht schlechter macht. Allerdings fehlt hier meist eine gute Kommunikation auf den höheren Ebenen der politischen Entscheidungsträger, was sich wiederum auf die Gestaltung der Gemeinden auswirkt.

Einen Wandel wird es auch in der medizinischen Versorgung und bei den Feuerwehr- und Rettungsdiensten geben, da Nachwuchskräfte fehlen. Die kleiner werdende Bevölkerungsdichte macht zum einen Arztpraxen nicht mehr rentabel, zum anderen verliert das Berufsbild des Haus- und Landarztes immer mehr an Attraktivität. Das Gleiche gilt für Apotheken. Sie leiden ebenso an dem Bevölkerungsrückgang, was sich auf die Rentabilität auswirkt. Hinzu kommt, dass Feuerwehren zunehmend Probleme bekommen, einsatzfähig zu bleiben. Das ist zum einen auf die schrumpfende Bevölkerung zurückzuführen. Zum anderen beeinflusst die älter werdende Bevölkerung die Einsatzkraft der Feuerwehr, vor allem wenn man bedenken muss, dass die Feuerwehrleute mit 60 aus dem Dienst ausscheiden müssen. Schon jetzt sind Feuerwehren vielerorts durch die vielen Pendler in den Gemeinden während der Woche kaum einsatzfähig.

Doch warum kommt es zu diesen Folgen, wie genau sieht der demographische Wandel aus? Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland schrumpft seit 2003 ebenso wie die Bevölkerung in Thüringen. So sank die Einwohnerzahl des



Freistaates von 2,9 Millionen im Jahr 1950 auf 2,27 Millionen im Jahr 2010 und soll weiter auf ca. 1,8 Millionen im Jahr 2030 zurückgehen. Der demographische Wandel als ein Prozess ist nur unwesentlich zu beeinflussen. Umso entscheidender ist es, die Auswirkungen und Folgen so zu gestalten, dass zukünftige Generationen sie bewältigen können. In Hinblick auf die Thematik dieser Studie ist ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung im Landkreis unumgänglich. Ausschlaggebend für die Veränderung der Bevölkerungszahl ist die Geburten- und Sterbe- sowie die Wegzugs- und Zuzugs-Rate. Die Ursachen für erstere sind unter anderem auch in der Vergangenheit zu suchen. So reproduziert sich beispielsweise ein Geburtenknick nach 25 bis 30 Jahren erneut, da zu diesem Zeitpunkt die Zahl der potenziellen Mütter zu vorheriger Periode gesunken ist.

In Thüringen ließ nach 1990 die unsichere wirtschaftliche Situation viele Paare von einem Kinderwunsch Abstand nehmen. Außerdem verschob ein nicht unwesentlicher Teil der Paare den Wunsch auf Nachkommen auf ein höheres Lebensalter. Hinzu kommt, dass damals viele junge Frauen den Freistaat verließen, um in den alten Bundesländern einer Beschäftigung nachzukommen. Zur gleichen Zeit gab es außerdem keinen vergleichbaren Zuzug.

Einen deutlichen Unterschied gibt es zwischen den kreisfreien Städten Erfurt, Weimar und Jena, den kleineren Städten in den Kreisen und den Landkreisen selbst. Während vor allem in den Landkreisen der eben genannte Rückgang in der Bevölkerungszahl zu sehen ist, konnten Erfurt, Weimar und Jena zulegen. Die Entwicklung in Gera und Suhl gleichen allerdings den Landkreisen. Sie weisen erhebliche Einwohnerverluste auf. Eisenach verliert zwar auch an Bevölkerung, dies jedoch nur in einem moderaten Maße. Hinzu kommt, dass die Städte in den Landkreisen relativ stabil bleiben, da hier der Zuzug vom Umland die Geburten-Sterbe-Rate einigermaßen ausgleicht. Die zwei Hauptgründe für den Zuwachs der kleineren Städte und Ballungszentren sind zum einen die Altenwanderung, da dort eine bessere medizinische und allgemeine Versorgung vorgefunden wird. Zum anderen zieht es viele junge Menschen in die Universitätsstädte, um dort ein Studium aufzunehmen.

Derzeit sterben in Thüringen weit mehr Menschen als geboren werden. Dieser Trend wird bis 2030 zunehmen. Ab dann wird die Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen einigermaßen konstant bleiben und erst ab 2050 wieder sinken. Des Weiteren sind 2009 ca. 8.000 Menschen mehr aus Thüringen weggezogen als zugezogen. Bis 2026 wird sich dieser Abstand verkleinern und in den darauffolgenden Jahren wird eine positive Bilanz angenommen. Diese fällt allerdings



im Vergleich zur Geburten-Sterbe-Rate recht gering aus. Einzig die kreisfreien Städten Erfurt, Weimar und Jena werden von 2010 bis 2030 eine positive Wanderungsbilanz aufweisen, ebenso Eisenach und der Ilmkreis. Alle anderen Kreise und Städte weisen eine negative Bilanz auf.

Im Landkreis Sonneberg wird in diesem Zeitraum die Einwohnerzahl um rund 16.500 sinken. Größter Faktor ist hier der Unterschied zwischen Sterberate und Geburtenrate. Nur etwas mehr als ein Viertel fällt auf die negative Bilanz zwischen Zuzug und Wegzug und beträgt in etwa 4.500. Dieser Trend wird sich bis 2060 fortsetzen, wobei die Differenz zwischen Zuzug und Wegzug zwar marginal, aber immer geringer wird. Das bedeutet, dass die Einwohnerzahl hauptsächlich durch den Unterschied zwischen Sterbe- und Geburtenzahl sinkt. Allerdings darf dies nicht über den nicht gerade geringen Wanderungsverlust hinwegtäuschen. Die Gründe hierfür liegen vor allem in den strukturschwachen und ländlichen Gebieten am Mangel von Arbeitsplätzen und den damit verbundenen Umzügen in die Nähe des Arbeitsplatzes. Zukünftig werden höhere schulische Abschlüsse zunehmen, was bedeutet, dass junge Menschen zur Aufnahme eines Studiums wegziehen und selten zurückkehren. Damit entsteht zugleich ein Defizit an innovativen Akteuren, die an der Ortsentwicklung teilnehmen, was eine fehlende Modernisierung und wenig attraktive Stadtbilder zur Folge hat. Darunter wird auch die Infrastruktur leiden. Die medizinische Versorgung wird zurückgehen. Ebenso verringert sich das Schulangebot und Einrichtungen des öffentlichen Lebens. Die Nahversorgung wird darunter leiden, wie auch das Angebot an sportlichen, kulturellen wie politischen Aktivitäten. Aufgrund des Fortzugs junger Menschen überaltern diese Gebiete, was eine hohe Sterbequote zur Folge hat.

Mit der fortschreitenden Entwicklung im Medizin- und Pflegebereich erhöht sich auch die Lebenserwartung. Während 2006/08 die durchschnittliche Lebenserwartung von Jungen in Thüringen 75,9 Jahre betrug, lag sie bei den Mädchen bei 81,93 Jahren. Es wird angenommen, dass diese sich weiter erhöhen. 2060 beträgt das durchschnittlich zu erwartende Alter eines Jungens 84,73 Jahre, während die Mädchen im Durchschnitt 89 Jahre alt werden. Diese Zahlen gelten ebenso im Landkreis Sonneberg. Das bedeutet auch, dass die Bevölkerung älter wird. So steigt das Durchschnittsalter von 45,3 Jahren im Jahr 2008 auf 52,3 Jahren 2060 an. Während die Bevölkerungszahl der Altersstufen von den unter 80 Jährigen (vor allem unter 70 Jahren drastisch) abnimmt, wird es bis 2060 zu einem Anstieg der Zahl der über 80 Jährigen kommen, und zwar um knapp 75 Prozent. So war beispielsweise 1995 in Landkreis Sonneberg die Zahl der unter 15-Jährigen in etwa so groß wie die der über 65-Jährigen. Bis 2020 wird sich dies drastisch ändern. Dann wird es mehr



als dreimal so viele über 65-Jährige geben als unter 15-Jährige. Damit wird aber auch die Zahl in den für das Arbeitsleben relevanter Arbeitsgruppen negativ beeinflusst. In Zukunft wird vor allem die erwerbsfähige Bevölkerung abnehmen. Während in Thüringen 2009 noch fast 1,5 Millionen erwerbsfähige Menschen in Thüringen lebten, sinkt diese Zahl 2020 auf knapp 1,2 Millionen. 2030 wird diese Zahl unter 1 Million liegen und bis 2050 unter 750 000 fallen. So kamen 2008 auf 100 Erwerbsfähige 60,4 Personen, die nicht mehr oder noch nicht erwerbsfähig sind (angenommen ist ein Renteneintrittsalter von 65 Jahren). 2050 wird diese Zahl auf über 110 steigen. 2020 werden in Sonneberg auf 100 Erwerbsfähige ca. 70 Personen kommen, die noch nicht oder nicht mehr arbeiten können. Diese Zahl wird sich bis 2060 wie in gesamt Thüringen noch drastisch erhöhen.

Ein weiterer Punkt wird die zunehmende Internationalisierung sein. Thüringen lag 2009 allerdings mit einem Ausländeranteil von 2,1 Prozent weit unter dem Bundesdurchschnitt von 8,7 Prozent. Dabei lebten zwei Drittel von ihnen in Jena dank dessen wissenschaftlicher Ausrichtung. In Sonneberg gab es 1998 einen Ausländeranteil von rund 2 Prozent, der bis 2009 auf knapp 3 Prozent gestiegen ist. Es ist schwierig, eine Prognose für die weitere Entwicklung abzugeben. Sie ist abhängig von mehreren Faktoren, wie politischer und gesetzlicher Vorgaben. Die Öffnung des Arbeitsmarktes nach Osteuropa wird zunehmend Arbeitskräfte nach Deutschland und auch nach Thüringen bringen. Wie stark diese Einwanderung allerdings sein wird, ist kaum zu beantworten. Allerdings ist anzunehmen, dass es die Mehrzahl in die größeren Städte ziehen wird.



4.3 Auszüge aus der quantitativen Erhebung

Für die Stärken- und Ressourcenanalyse konnte auf das umfangreiche Material der Studie von Alexandra Masak zum Thema „Jugendzentren, Jugendgruppenzugehörigkeiten und problematische Lebensbereiche im Landkreis Sonneberg“ zurückgegriffen werden.

Für die Analyse wurde eine dem Untersuchungsgebiet entsprechende Stichprobe ausgewählt.

Forschungsgegenstand war im Bezug auf die hier relevante Fragestellung, wie Jugendliche zu links- oder rechtsorientierten Jugendgruppen stehen und welche Vertrauenspersonen Jugendliche kontaktieren, wenn sie Probleme haben.

4.3.1 Forschungsrahmen

Zielgruppe waren alle Kinder und Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren des Landkreises Sonneberg, welche zu ihren Einstellungen und ihrem Freizeitverhalten befragt werden sollten. Dabei wurde von einer Grundgesamtheit von 2.984 Personen²⁹ ausgegangen. Da es aus Kosten- bzw. Zeitgründen nicht möglich war, eine Vollerhebung vorzunehmen, wurde eine Stichprobe gezogen. Dazu wurde der Fragebogen an alle Schüler der Klassen 5, 7 und 9 ausgegeben, was 1.255 Fragebögen entspricht. Die Lehrer der o.g. Klassenstufen waren beauftragt, die Fragebögen mit den Schülern im Unterricht auszufüllen. Diese Klumpenstichprobe wurde gewählt, um den Schulbetrieb so wenig wie möglich zu stören und das Erhebungsverfahren effizient zu gestalten. Auf diese Art und Weise konnte eine große Stichprobe mit verhältnismäßig geringem Aufwand gezogen werden. Die Rücklaufquote aus dem Erhebungsgebiet Landkreis Sonneberg lag bei 1.125 Fragebögen, das entspricht 80,6%.

Während sich in der qualitativen Erhebung der Stärken- und Ressourcenanalyse der Fokus auf 6 ausgewählten Planungsgebieten lag, lies sich dies nicht für die quantitative Erhebung anwenden, da in den 6 ausgewählten Gebieten nicht alle Schultypen gleichmäßig verteilt waren. Da dies eine Verschiebung im Hinblick auf die Bildungsabschlüsse bedeutete, wurde eine Stichprobe von 10% (= 300 Fragebögen) der Grundgesamtheit des Landkreis zur Auswertung herangezogen. Für diese Auswahl wurde eine Gleichverteilung nach Planungsgebiet, Schulart, Alter und

²⁹ Einwohnerdaten der Einwohnermeldeämter Landkreises Sonneberg, Stichtag: 31.12.2010



Geschlecht vorgenommen, um ein möglichst genaues verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit und somit Repräsentativität zu gewährleisten.

4.3.2 Zugehörigkeit Jugendgruppen

Für die Stärken- und Ressourcenanalyse sind besonders relevant die Daten zu den Jugendgruppenzugehörigkeiten. Diese Daten liefern eine Momentaufnahme der Jugendgruppenzugehörigkeiten der 10-18-jährigen. Die Frage, die den Jugendlichen gestellt wurde, war:

Frage 20: Je nach Hobbies, Überzeugungen, Musik, Kleidung etc. finden Jugendliche in Gruppen zusammen. Wie stehst du zu folgenden Gruppen, falls du sie kennst?³⁰

	Ich rechne mich selbst dazu	Gehöre nicht dazu, finde sie aber gut	Sind mir egal	Find ich nicht gut	Noch nie von denen gehört
Faschos/Neonazis					
Linke					
Rechte					
Skinheads					
Antifas					

Die Kategorie „noch nie von denen gehört“ wurde eingefügt, um dem Alter der Befragten Rechnung zu tragen. In dieser Analyse werden nur die für das Thema wichtigen Jugendgruppen dargestellt.

Auswertung

Es existieren rechtssympathisierende Jugendliche

An Abb. 1 kann abgelesen werden, dass eine große Mehrheit der befragten Jugendlichen (60%) die Jugendgruppe Faschos/Neonazis mit „find ich nicht gut“ bewerten. 15, 3% der Jugendlichen hat noch nie von dieser Jugendgruppe gehört,

³⁰ Item modifiziert entnommen aus dem Fragebogen Farin, K. und Weidenklaff, I.. Studie zum Thema Jugend- und Jugendkulturen in Thüringen. Unveröffentlichte Skripten einer Tagung. 1999.



was damit zusammenhängen kann, dass 10-jährige noch keine eindeutige Zuordnung zu diesem Thema vornehmen können.

7 Jugendliche bezeichnen sich selbst als Faschos/Neonazi und 5 gehören nicht dazu, finden sie aber gut. Insgesamt macht das 4% der befragten 10 bis 18-jährigen aus, die klare Sympathien für diese Jugendgruppe zeigen.

Im direkten Vergleich zu der Jugendgruppe „Rechte“ zeigen sich doch deutliche unterschiedliche Bewertungen der Jugendlichen. Die Anzahl der Jugendlichen, die noch nie von der Jugendgruppe gehört haben, ist annähernd gleich, aber nur 44% der Befragten finden „Rechte“ nicht gut. Der größere Unterschied ist aber, dass 25 Befragte angaben, dass sie selbst nicht zu den „Rechten“ gehören, diese aber gut finden. 14 gaben offen an, rechts zu sein, was beides zusammen 13% der Befragten darstellt, die mit rechtsextremen Strukturen sympathisieren.

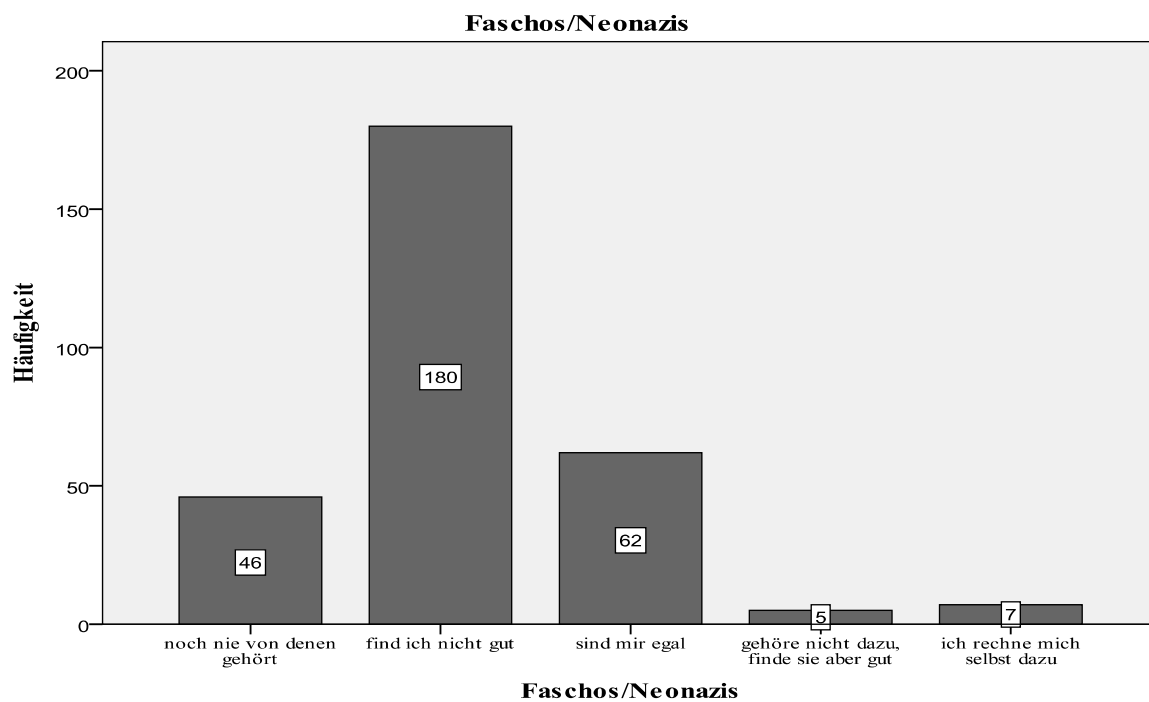


Abb. 1: Häufigkeitsverteilung der Antwortmöglichkeit „Faschos/Neonazis“ auf die Frage 20: „Je nach Hobbies, Überzeugungen, Musik, Kleidung etc. finden sich Jugendliche in Gruppen zusammen. Wie stehst du zu folgenden Gruppen, falls du sie kennst?“ Eigene Berechnung und Darstellung



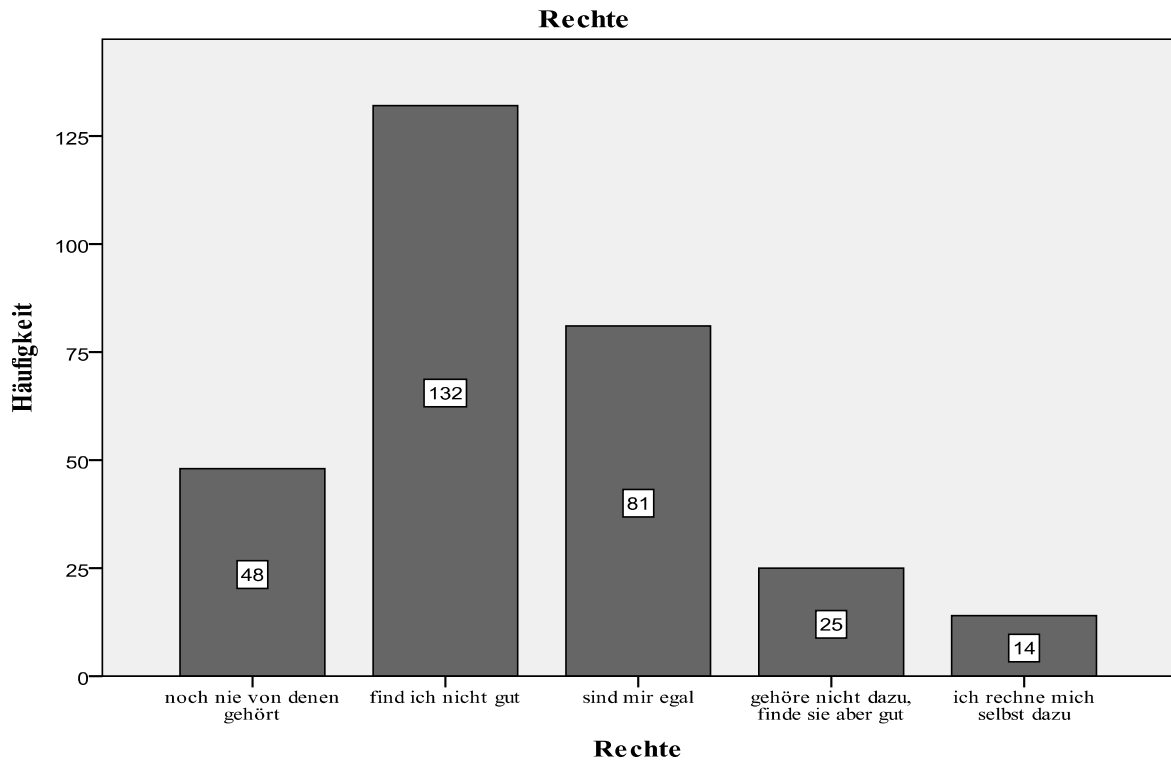


Abb. 2: Häufigkeitsverteilung der Antwortmöglichkeit „Rechte“ auf die Frage 20: „Je nach Hobbies, Überzeugungen, Musik, Kleidung etc. finden sich Jugendliche in Gruppen zusammen. Wie stehst du zu folgenden Gruppen, falls du sie kennst?“ Eigene Berechnung und Darstellung

Gruppen, welche dem linken politischen Flügel zuzuordnen sind, haben einen höheren Stellenwert als rechtsextreme Gruppierungen

Im Gegensatz zu den rechtsextremen Gruppen weisen sogenannte linke Gruppen wie „Linke“ und „Antifa“ eine wesentlich größere Anhängerschaft im Landkreis Sonneberg auf. 19% der befragten Jugendlichen sympathisieren mit den Linken oder zählen sich selbst dazu. Dies gilt auch für 15% bezüglich der Antifa.

Der Großteil der Befragten (39%) gibt jedoch an, dass ihm die Linken egal sind. Von der „Antifa“ haben 44% der Befragten noch nie etwas gehört.



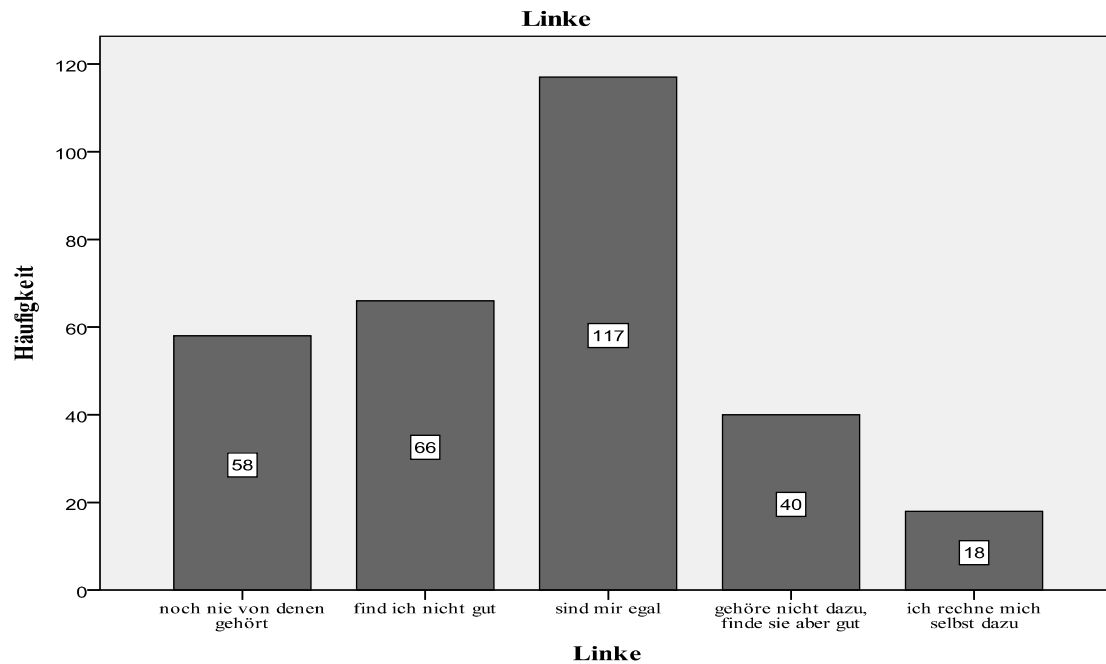


Abb.:3 Häufigkeitsverteilung der Antwortmöglichkeit „Linke“ auf die Frage 20: „Je nach Hobbies, Überzeugungen, Musik, Kleidung etc. finden sich Jugendliche in Gruppen zusammen. Wie stehst du zu folgenden Gruppen, falls du sie kennst?“
Eigene Berechnung und Darstellung

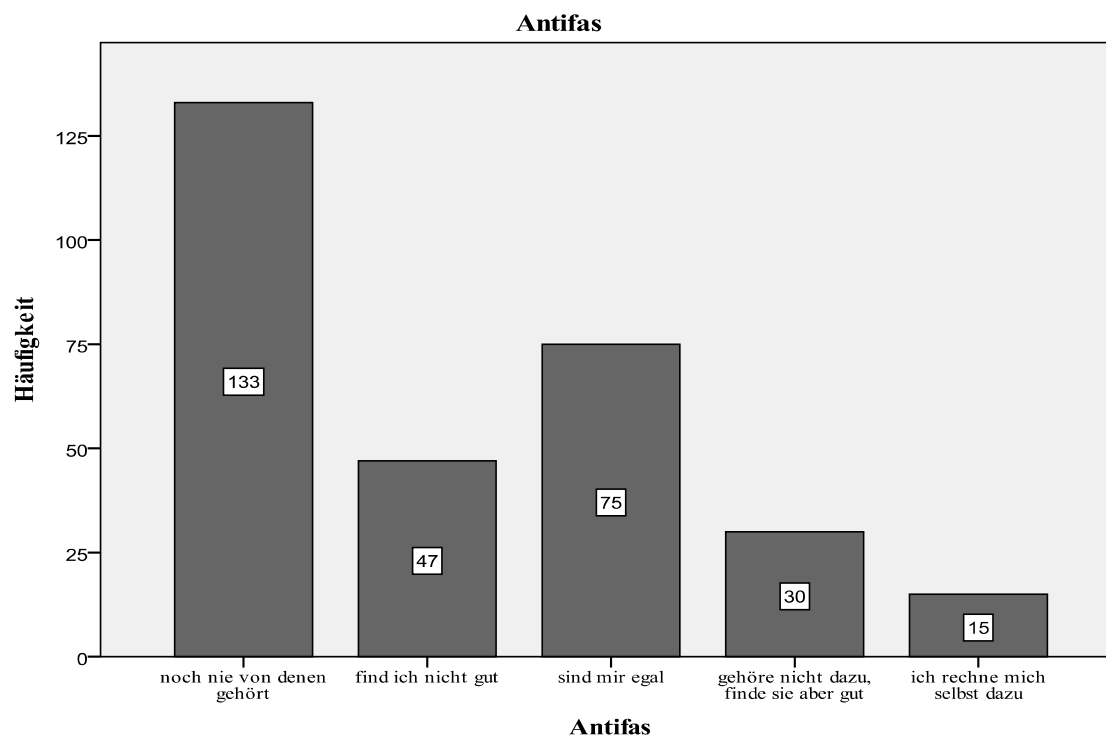


Abb. 4: Häufigkeitsverteilung der Antwortmöglichkeit „Antifas“ auf die Frage 20: „Je nach Hobbies, Überzeugungen, Musik, Kleidung etc. finden sich Jugendliche in Gruppen zusammen. Wie stehst du zu folgenden Gruppen, falls du sie kennst?“ Eigene Berechnung und Darstellung



Fazit

Wie bereits in der 16. Shell-Jugendstudie 2010 festgestellt, ordnet sich ein großer Teil der Jugendlichen in seiner politischen Ausrichtung links von der Mitte ein³¹ bzw. mit dessen idealistischen Vorstellungen von Zusammenleben, Frieden, Verteilung des Reichtums etc. Im Umkehrschluss lässt sich auch daraus ableiten, dass bei den Jugendlichen ein Anstieg des Interesses an Politik zu verzeichnen ist, auch wenn das politische Interesse bei Jugendlichen weiterhin deutlich unter dem Niveau der 70/80er Jahre liegt³².

Auch wenn die Sympathien für die rechtsextreme Szene geringer sind, ist ein Anteil von 25 (8,33%) Sympathisanten und 14 (4,66%) Personen, die sich dazugehörig zählen, von insgesamt 300 Befragten enorm. Die Anzahl derjenigen, die sich dazugehörig zählen, entspricht dabei dem Wahlverhalten zur Bundes- und Landtagswahl. Mit anderen Worten ist die NPD in der Lage, eine feste Stammwählerschaft zu mobilisieren, welche in allen Generationen vorhanden ist. Es stellt sich die Frage, wie sich die Sympathisanten bei zukünftigen Wahlen entscheiden werden. Da die NPD intensiv an einer Normalisierung bzw. ihrer Akzeptanz als „normale“ Partei arbeitet, scheint es nur noch eine Frage der Zeit, wann sie das Unzufriedenheitspotential für sich zu nutzen vermag und damit die 5%-Hürde für den Einzug in den Landtag schafft.

Weiterhin ist auffällig, dass fast die Hälfte der befragten Jugendlichen von den hier relevanten Jugendgruppen noch nie etwas gehört hat.

Da gerade Jugendliche sich ausprobieren und ihr eigenes Weltbild entwickeln wollen, gilt es, ihnen die vielfältigsten demokratischen Kultur- und Lebensentwürfe aufzuzeigen und sie für undemokratische oder menschenverachtende Bestandteile in ihren Kultur- und Wertvorstellungen zu sensibilisieren.

³¹ http://www-static.shell.com/static/deu/downloads/aboutshell/our_commitment/shell_youth_study/2010/youth_study_2010_press_release_140910.pdf (eingesehen am 16.09.2011 um 20:09Uhr)

³² ebenda



4.3.3 Vertrauenspersonen

Kinder und Jugendliche haben ein natürliches Bedürfnis nach sozialer Bindung. Dieses grundlegende Bedürfnis wird durch mindestens eine Bezugsperson mehr oder minder gut erfüllt. Diese Beziehung wird durch Nähe, Empathie, Verfügbarkeit und Verlässlichkeit der Bezugsperson/en gekennzeichnet. Diese Bindungen stellen Erfahrungen dar, die das zukünftige Bindungsverhalten und den Umgang mit anderen Menschen mitbestimmen.³³ Mit zunehmendem Alter wendet sich das Beziehungsinteresse des Kindes auch den Gleichaltrigen zu. Im Jugendalter können sich enge Freundschaften zu Bindungen weiterentwickeln. Auch hier ist die zunehmende Ablösung und Abgrenzung von den Eltern bzw. den Bezugspersonen nicht mit einem Abbruch und einer Beendigung der Beziehungen zu verwechseln. Die frühen Beziehungen bieten dem Heranwachsenden als „Basisstation“ Rückzugsmöglichkeit und Unterstützung.

Als größerer Rahmen kann dem Bedürfnis nach sozialen Beziehungen und Verbundenheit das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, nach stabilen unterstützenden Gemeinschaften und nach kultureller Kontinuität zugeordnet werden. Soziale Kontakte, faire durchschaubare und respektvolle gemeinschaftliche Verhältnisse und gemeinschaftlich getragene Werte und Normen, aber auch die Auseinandersetzung mit Anderen und die Akzeptanz Anderer können die Entwicklung der Persönlichkeit und sozialer Verantwortung unterstützen³⁴.

Somit nehmen die Vertrauens-/Bezugspersonen eine relevante Position in der Entwicklung der Jugendlichen ein. Aus diesem Grund wurde nach der Art der Bezugspersonen und ihrem Stellenwert geforscht.

Frage 25: An wen würdest du dich wenden, wenn du Probleme hast? (Du kannst mehrere ankreuzen!)³⁵

- | | | |
|---|--|---|
| <input type="checkbox"/> Eltern | <input type="checkbox"/> Geschwister | <input type="checkbox"/> Freund/Freundin |
| <input type="checkbox"/> Clique/Freundeskreis | <input type="checkbox"/> Lehrer/-in | <input type="checkbox"/> Jugendsozialarbeiter/-in |
| <input type="checkbox"/> Jugendclubleiter/-in | <input type="checkbox"/> sonstige: _____ | |

³³ Vgl. Werner, Annegret. Was brauchen Kinder, um sich altersgemäß entwickeln zu können? <http://db.dji.de/asd/13.htm> (eingesehen am 16.09.2011 20:22Uhr)

³⁴ Ebenda

³⁵ Item modifiziert entnommen aus dem Fragebogen zur Situation von Kindern und Jugendlichen im Landkreis Sonneberg. Unveröffentlichte Befragung zum Jugendförderplan.



Die Fragestellung ließ Mehrfachnennungen zu, weshalb die zusammengezählten Prozentwerte mehr als 100% erreichen.

An wen würdest du dich wenden, wenn du Probleme hast? Du kannst mehrere ankreuzen.

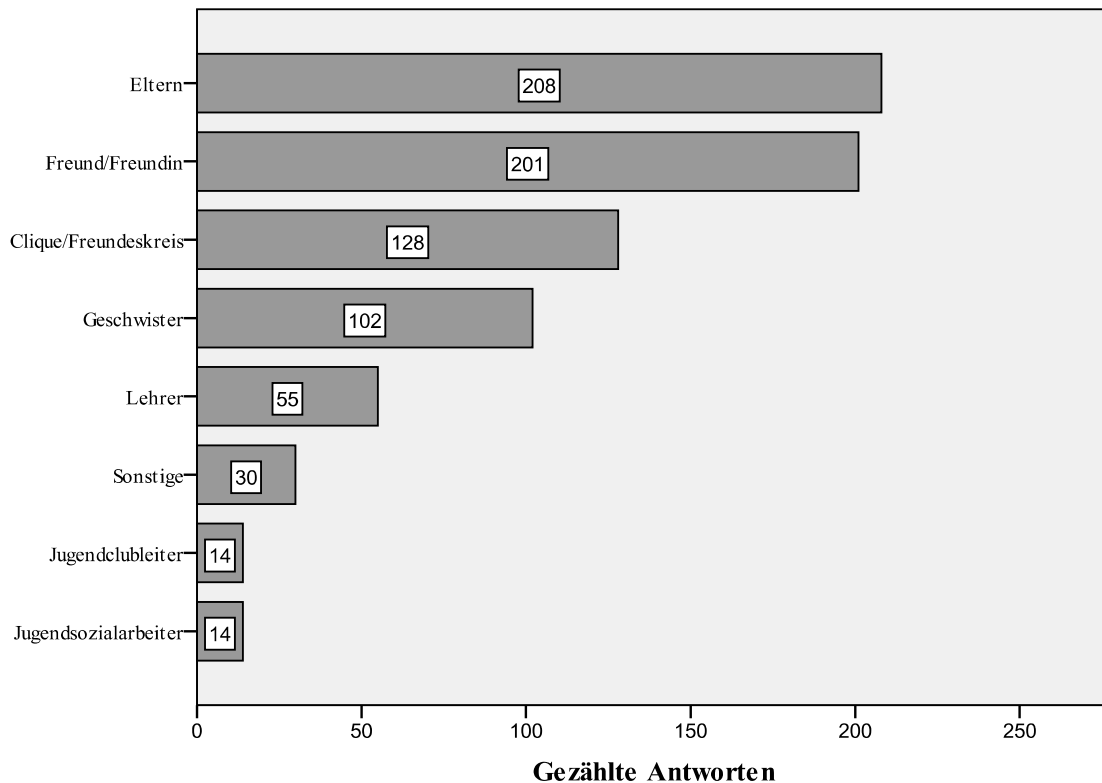


Abb. 5: Häufigkeitsverteilung der Antworten auf Frage 25: „An wen würdest du dich wenden, wenn du Probleme hast? Du kannst mehrere ankreuzen.“ Eigene Berechnung und Darstellung

Auswertung

Jugendliche wenden sich eher an die Familie oder den Freundeskreis als an pädagogisches Personal

69,3% der befragten Jugendlichen gaben an, dass sie bei Problemen Hilfe bei den Eltern zu suchen. Somit stellen Eltern die wichtigsten Vertrauenspersonen für die Jugendlichen im Landkreis dar. 67,0% bezeichnen den Freund und/oder die Freundin als wichtigste Vertrauensperson.

Der Freundeskreis kommt auf 42,7% und Geschwister immerhin auf 34,0%.



Als professionelles pädagogisches Personal sind Lehrer mit 18,3% der Befragten die Vertrauenspersonen, zu denen die Jugendlichen am meisten Probleme herantragen würden. Mit lediglich 4,7% sind beide Berufsgruppen der Jugendsozialarbeiter und Jugendclubleiter die kleinste Gruppe der Vertrauenspersonen. Dies kann aber auf ein geringes Kontaktpotential zurückgeführt werden.

Weitere Vertrauenspersonen, die angegeben wurden, waren weitere Verwandte wie Großeltern oder Cousins mit 21 Angaben sowie Vertrauenslehrer und Integrationshelfer, an die sich 3 Jugendliche wenden würden. 6 Jugendliche gaben an, sich an ihren PC, das Haustier oder an niemanden wenden zu können.

Fazit

Die aktuelle quantitative Erhebung bestätigen die Ergebnisse der Shell-Jugendstudie von 2010³⁶. Die Bedeutung der Familie für Jugendliche ist weiterhin sehr stark. Mehr als zwei Drittel (69,3% im Landkreis Sonneberg, 76% im Bundesvergleich) streichen die Familie als notwendige Bezugsinstanz heraus. Es zeigt sich einmal mehr, dass in Zeiten, in denen die Anforderungen in Schule und Ausbildung steigen, der Großteil der Jugendlichen bei den Eltern Rückhalt und emotionale Unterstützung finden. Neben den Eltern bilden gleichaltrige Freunde in der Jugendphase ebenso eine der wesentlichen Bezugspersonen.

Das bedeutet, dass Eltern und Gleichaltrige mit ihren Wert- und Kulturvorstellungen bzw. Einstellungen zu Demokratie, Politik oder Globalisierung sehr stark die Jugendlichen formen. Insofern ist es notwendig, den Fokus des Bundesprogramms nicht nur auf die Jugendlichen, sondern auch auf die anderen Sozialisationsinstanzen zu legen.

Beim pädagogischen Personal sind das die Lehrer, also Personen, mit denen sie die meiste Zeit des Tages verbringen und somit als Bezugspersonen relevant sind. Im Kontext der Stärken- und Ressourcenanalyse wurde jedoch bereits festgestellt, dass hier eine deutliche Stellungnahme zu Themen außerhalb des zu vermittelnden Lehrstoffes kaum erfolgt. Im Entwicklungsprozess der Jugendlichen werden damit die Tendenzen der Politikverdrossenheit bzw. abnehmenden gesellschaftlichen Engagementbereitschaft sowie der Rückzug ins Private verstärkt. Denn gerade

³⁶ Ebenda



Jugendliche fordern heute sozialmoralische Regeln ein, die für alle verbindlich sind und an die sich alle halten. Eine funktionierende gesellschaftliche Moral ist für sie auch eine Voraussetzung, ihr Leben eigenverantwortlich und unabhängig gestalten zu können.³⁷

³⁷ Vgl. http://www-static.shell.com/static/deu/downloads/aboutshell/our_commitment/shell_youth_study/2010/youth_study_2010_press_release_140910.pdf (eingesehen am 16.09.2011 um 20:09Uhr)



4.4 Auswertung der qualitativen Interviews

4.4.1 Forschungsdesign

Den wesentlichen Bestandteil der sozialräumlichen Analyse bilden die leitfadengestützten qualitativen Interviews. Die Einzelfallbezogenheit der qualitativen Methoden lässt vom untersuchten Einzelfall auf die Allgemeinheit schließen. Deswegen wurden je 5 Personen aus 3 ländlichen Gemeinden und 3 Städten befragt. Die Aussagen der im Landkreis lebenden Befragten können auf eine gewisse Allgemeinheit schließen. In Anlehnung an die Jugendhilfeplanung wurden Experten aus folgenden 6 Planungsgebieten des Landkreises befragt:

- Föritz (PG 9) (Gemeinde)
- Sonneberg (PG 8) (Stadt)
- Schalkau (PG 4) (Stadt)
- Oberland am Rennsteig (PG 3) (Gemeinde)
- Lauscha (PG 2) (Stadt)
- Scheibe Alsbach (PG1) (Gemeinde)

Je Sozialraum werden bis zu 5 Personen befragt. Diese sind Bürger, welche aufgrund ihres Engagements in der Gemeinde, ihres Berufes oder ihrer Position über ein besonderes sozialraumbezogenes Wissen und/oder Erfahrungen besitzen und in den unterschiedlichen Handlungsfeldern des sozialen und kommunalen Lebens verankert sind. Sie wurden u.a. zu den vorhandenen bürgerschaftlichen Strukturen der Gemeinde, den Zielen und Problemstellungen in den Gemeinden, den wahrgenommenen extremistischen Strukturen, der Akzeptanz gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und demokratieverachtender Einstellungen oder zum Verhalten der Medien zum Thema Extremismus befragt.

Insgesamt wurden 26 Personen aus den Bereichen

1. Gemeindeverwaltung/Politik
2. Bildungseinrichtungen
3. Jugendarbeit
4. Sport
5. Wirtschaft
6. Vereine/Feuerwehr/Kirche

herangezogen.



Dabei wurde folgendermaßen vorgegangen:

- Auswahl der Befragten in Absprache mit dem Jugendamt
- Kontaktaufnahme und Vereinbarung über die Anonymisierung
- Aufzeichnung der per Telefon oder der vor Ort geführten Interviews
- Transkribieren der Interviews
- Auswahl der mehrfach wiederkehrenden relevanten Aussagen zu den Untersuchungsaspekten
- Interpretation und Ableitung von Handlungsempfehlungen

4.4.2 Vorläufige Betrachtung

Folgende 10 Arbeitsthesen lassen sich für die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen eines Lokalen Aktionsplanes aus den Interviews herleiten:

1. Die befragten Personen sehen ihren Lebensmittelpunkt im Landkreis und fühlen sich mit ihm verbunden.
2. In allen Planungsgebieten sind vielfältige bürgerschaftliche Strukturen auszumachen, jedoch sind Angebote für Jugendliche zum Teil wenig breit gefächert.
3. Seitens der Bürgergesellschaft gibt es eine weitgehend realistische Einschätzung der lokalen Situation und Bedürfnisse für die Gemeinde.
4. Orte für die gepflegte demokratische Streitkultur sind rar geworden.
5. Orte, welche von Rechtsextremen dominiert werden, sind im Landkreis vorhanden. Sie werden nur selten in der eigenen Gemeinde ausgemacht oder benannt, sind aber latent vorhanden.
6. Rechtsextreme sind in der Öffentlichkeit durch Auftreten, Veranstaltungen und Aktionen präsent und suchen nach Profilierung.
7. Im Landkreis ist keine Zunahme menschenfeindlicher oder demokratieverachtender Einstellungen zu verzeichnen.



8. Der so genannte Normalisierungsprozess rechtsextremistischer Parteien schreitet voran.
9. Medien haben eine hohe Bedeutung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.
10. Trotz des großen Unbehagens gegenüber extremistischen Gruppen gibt es in den Gemeinden kaum eine gemeinsame Gegenstrategien oder methodische Ansätze.

1. Die befragten Personen sehen ihren Lebensmittelpunkt im Landkreis und fühlen sich mit ihm verbunden.

Eine große Stärke der kleinen Gemeinden im Landkreis ist die Heimatverbundenheit der Menschen. Die meisten sind in der Region geboren und sehen auch dort ihren Lebensmittelpunkt. Sie schätzen vor allem die Nähe zur Familie, Freunden und den Nachbarn, weswegen auch ein tiefes Zusammengehörigkeitsgefühl dominiert. So wurde die Frage, ob sie gerne im Landkreis Sonneberg leben, stets sehr positiv beantwortet.

SON24: „Man ist dort geboren und mit der Geschichte verbunden. Ganz einfach weil man dort einen Lebensinhalt hat, die Leute kennt und weil man gut zu Recht kommt.“

SON41: „Ich lebe gerne hier. Ich liebe das dörfliche Leben, die Gemeinschaft. Also für die Kinder ist es sehr schön hier. Sie können raus gehen. Und trotzdem liegt es irgendwo auch an der Bahnverbindung, die ist da. Der Große kann mit dem Zug fahren oder mit dem Bus. Ich mag auch das Ruhige hier, aber vor allem auch die Gemeinschaft, das Miteinander ist sehr eng.“

SON54: „Ich lebe gerne hier, weil es meine Heimat ist und weil ich ein naturverbundener Mensch bin. Der Großteil meines Freundeskreises ist hier und weil wir einen Verein vor 10 Jahren gegründet haben und der uns jetzt auch zusammen hält.“

Neben der Heimatverbundenheit und dem Zusammengehörigkeitsgefühl wird vor allem auch bei den ländlichen Gemeinden die Nähe zur Natur positiv hervorgehoben.



2. In allen Planungsgebieten sind vielfältige bürgerschaftliche Strukturen auszumachen, jedoch sind Angebote für Jugendliche zum Teil wenig breit gefächert

Die Gemeinden verfügen über ein breites Angebot an bürgerschaftlichen Strukturen. Es existieren Kirmes- und Kirchweihvereine, Sport-, Schulförder-, Kultur- und Traditionsvereine sowie die Freiwillige Feuerwehr und die dazu gehörigen Feuerwehrvereine. Die Angebotsbreite ist allerdings auch von der Größe der Gemeinde abhängig. Hinzu kommen Probleme:

1. Die Vereine sind zwar für alle Jugendliche offen, aber außerhalb der Vereinsstrukturen gibt es kaum jugendkulturelle Angebote.
2. Die Attraktivität für junge Menschen ist gering.
3. Der demographische Wandel – mit der rapiden Zunahme älterer Menschen und dem allgemeinen Bevölkerungsrückgang – ist auch im Vereinsleben spürbar.

SON13: „Es gibt wenig Kultur in Sonneberg, zumindest das, was mich interessiert. Also Theater oder Konzerte. Das gefällt mir weniger. Dann ist es so, dass viele Jugendliche weggehen.“

SON23: „Es gibt relativ viele Vereine mit auch teilweise sehr hohen Mitgliederzahlen, die teilweise über eine sehr lange Tradition verfügen und die in den letzten 150 Jahren sich heraus gebildeten Stärken weiterführen und ausbauen. Das ist eine relativ hohe Dichte an Gesangs- und Musikvereinen, die sich auch in den letzten 30 Jahren verlagert haben auf Musikschaffende, die nicht in einem Verein, sondern in einer Band spielen, und die im Grunde in der Nachfolge dieser Tradition stehen. Dann gibt es Sportvereine, einen Schützenverein, einen Faschingsverein bei uns. Es ist so, dass ein großer Teil der Unterhaltungs- und Kulturveranstaltungen von solchen Vereinen durchgeführt werden. [...] Es sind Veranstaltungen, die nicht von einem Kulturamt durchgeführt, sondern von Vereinen organisiert werden. [...] Es gibt halt Veranstaltungen, die stärke Rentner ansprechen. Dann gibt es Veranstaltungen, die sich mit den Jugendlichen beschäftigen, also Musikveranstaltungen bis hin zu Bandcontests usw.“

SON24: „Vereinsleben gibt es für alle, das muss man so sagen, und wir haben einen sehr großen Faschingsverein, der ist mehr mit der Jugend



organisiert. Dann haben wir Chöre, das sind mehr ältere Menschen, die das organisieren. Dann haben wir einen großen Feuerwehrverein, der ist gemischt organisiert. Fußballvereine, Sportvereine usw. Da ist schon einiges, wo die Leute organisiert sind und ihre Freizeit verbringen. Es gibt einen Wintersportverein, der die Schanze betreibt, was auch sehr viele junge Leute anspricht. Es gibt dort eine gute Zusammenarbeit. Es ist für alle Generationen etwas da. Die die wollen, die finden auch etwas.“

SON33: „Der Bevölkerungsrückgang ist dramatisch. Wir haben viel mehr Todesfälle als Geburten. Das ist eigentlich schade. Daran hängt natürlich die Zukunft von 3 Kindergärten und auch der Schule. Also wir haben keine positive Bevölkerungsentwicklung. Aber das ist wohl ein allgemeines Problem. Aber das Vereinsleben ist noch rege. Also im Kirmes- und Trachtenverein, im Gesangverein und natürlich in den Feuerwehrvereinen, den Sportvereinen usw. Jeder Ortsteil hat natürlich immer mehrere Vereine. Aber es zeichnet sich auch dort ein Rückgang ab. Die Zahl wird natürlich zwangsläufig immer geringer.“

SON36: „Es ist doch mehr oder weniger auf den Fußball begrenzt. Das heißt also auf männliche Jugendliche, die sich da engagieren. Im Nachbarort gibt es noch einen Tischtennisverein, wo auch jüngere Sportler tätig sind, genauso wie der Sportverein, der sich mehr auf Gymnastik beschränkt. Ich würde mal sagen, nicht für alle Jugendliche sind für diese Sportvereine geeignet. Und wenn ich jetzt mal darüber hinaus schaue, ist für die Jugend dann doch irgendwo eine Lücke, ein weißer Fleck. Feuerwehrvereine: ja, das ist auch wieder eine spezielle Geschichte. Und dann hört es auf.“

SON45: „Das Freizeitangebot ist sehr begrenzt auf ein paar wenig Kneipen, wo man hin gehen kann. Ab und an Kirmes. Aber ansonsten ist hier nichts los. Kein Jugendclub, die Disko, da sind wir alten Hasen irgendwann raus. Ja es gibt eigentlich nur die Familie, der Freundeskreis. Mehr fällt mir dazu wirklich nicht mehr ein.“

3. Seitens der Bürgergesellschaft gibt es eine weitgehend realistische Einschätzung der lokalen Situation und Bedürfnisse für die Gemeinde

Die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis setzen sich aktiv mit den Bedürfnissen und Probleme der Gemeinden auseinander. Auf die Frage, was in den nächsten 2 Jahren am dringendsten in Ihrer Gemeinde verbessert werden müsse, erfolgt eine



realistische Darstellung der Problemlagen der Gemeinden. Allerdings werden auch Grenzen benannt, wo beispielsweise die Politik gefordert ist. Dennoch wird klar, dass hier bei den Menschen in der Bürgerschaft ungenutztes Potential und Ressourcen gibt, welche für die Gestaltung der Gemeinden aktiviert werden können.

SON24: „Ein Grund für die geringe Arbeitslosigkeit ist die Nähe zur bayrischen Landesgrenze. Es gibt viele Pendler, die in Bayern arbeiten und hier wohnen. Da fällt der Lohnunterschied sehr drastisch aus Es gibt für die gleiche Arbeit weniger Geld in Thüringen. Das stört mich. So viele Jahre nach der Wende dürfte das meiner Ansicht nach nicht mehr sein.“

SON36: „Wichtig ist in unserer Gemeinde, dass unsere Gemeinde lebens- und liebenswert bleibt. Mein Sohn studiert und ob er mal wieder kommt, das weiß ich nicht. Trotzdem hängt er sehr an seiner Heimat. Aber ob er einmal hier eine Lebensgrundlage finden wird, das ist in meinem Erachten nach ziemlich ungewiss. Schon seit 20 Jahren müssen die Leute zur Arbeit fahren, das ist das Problem nicht. Das Problem ist einfach, die Leute hier zu behalten. In einer Kommune, die lebenswert ist, wo man sich wieder finden kann. Vereinsmäßig, Infrastrukturmäßig. Nur das ist ein ganz schwieriges Problem. Die Bevölkerungszahl geht jährlich zurück. (Seit 1997 hat die Gemeinde über 700 Personen verloren, das sind 24% der Gesamtbevölkerung der Gemeinde. Anm. Verf.) Das ist also erschreckend. Nur damit die Kommune nicht eines Tages ausstirbt, müsste sie lebenswerter werden.“

SON41: „Auf jeden Fall muss darauf geschaut werden, dass der Kindergarten erhalten bleibt. Das ist die größte Sorge der Gemeinde. Durch die neuen Bestimmungen haben sie aber ein paar Probleme, weil das Finanzielle auch ein bisschen drückt. Da würde schon etwas Wichtiges wegbrechen“

Aus den Interviews kristallisiert sich heraus, dass die Problemlagen auf folgende Punkte zurückzuführen sind:

- dem **demographischen Wandel**,
- den **Haushaltsproblemen der Kommunen** und
- den **fehlenden oder schlecht bezahlten Arbeitsplätzen**.

Hier sind Entwicklungskonzepte seitens der Politik gefragt, die diese drei Schwerpunkte berücksichtigen.



4. Orte für die gepflegte demokratische Streitkultur sind rar geworden

Damit sich eine Gesellschaft weiter entwickeln kann, ist ein regelmäßiger Austausch oder konstruktiver Diskurs notwendig. Dazu sind öffentlichen Orte notwendig, um einerseits die Beziehungen zu seinen Mitmenschen zu pflegen und andererseits sich austauschen zu können. Offene Versammlungsorte sind jedoch rar geworden. Die vernachlässigte demokratische Diskussionskultur ist für eine aktive Bürgergesellschaft schädlich. Ein Rückzug ins Private zieht beispielsweise eine verringertes Engagement für die Gemeinde, schwindende Mitglieder bei Volksparteien und damit eine schlechtere Kommunikation zur Politik auf Kreis- und Landesebene nach sich.

SON33: „Wir haben noch die Möglichkeit, uns zu treffen, aber das wird sich in Zukunft nicht mehr halten können, und zwar aus finanziellen Gründen. Wir haben beispielsweise im Feuerwehrgerätehaus einen Versammlungsraum oder einen Vereinstrakt im Rathaus.“

SON34: „Wir bräuchten für alle Orte, die zur Rennsteig Gemeinschaft gehören, einen großen Saal, der für alle zugänglich ist und wo alle hinein dürfen. So etwas gibt es bei uns nicht. Im Moment ist die Politik auch eher nebensächlich.“

SON41: „Einen Versammlungsort gibt es nicht. Auf dem Dorf ist es so.“

Dennoch gibt es immer noch positive Beispiele für die Etablierung von vielschichtig genutzten Versammlungsorten.

SON14: „Wir haben uns im Feuerwehrhaus einen Schulungsraum eingerichtet, dort können sich die Menschen treffen. Das ist unser Versammlungszentrum. Dort werden Geburtstage gefeiert, Jugendweihe oder es finden dort andere Veranstaltungen statt. Außerdem treffen sich hier verschiedene Vereine und Gemeinschaften.“

SON43: „Wir haben ein Dorfgemeinschaftshaus, wo man sich treffen kann. Wir haben dort eine Art Bürgerversammlung. Das ist nicht das Nonplusultra. Aber wenn der Bedarf besteht, dann wird zu einer Versammlung eingeladen, um verschiedene Themen öffentlich zu erörtern. Wie beispielsweise der Bau des Marktplatzes oder der neuen Turnhalle. Besonders ältere Menschen schaffen sich so ein Bild.“



5. Orte, welche von Rechtsextreme dominiert werden, sind im Landkreis vorhanden. Sie werden nur selten in der eigenen Gemeinde ausgemacht oder benannt, sind aber latent vorhanden

Während der Interviews ist aufgefallen, dass rechtsextreme Erscheinungsformen selten für die eigene Gemeinde beschrieben wurden. In den meisten Fällen werden andere Orte im Landkreis benannt oder man sieht sich aufgrund fehlender Kenntnisse zu keiner Aussage in der Lage. Trotzdem wird deutlich, dass es im Landkreis Orte gibt, die von rechtsextremen Gruppen geprägt werden. Hinzu kommt, dass rechtsextreme Aktivitäten zwar nicht als Bagatelle bezeichnet werden, aber manchmal doch als geringfügig bewertet werden.

SON13: „Es gibt gewisse Gegenden, wo man nicht hin geht, also wo ich auf keinen Fall hin gehe. Das sind teilweise die Problembezirke, z. B. der Wolkenrasen in Sonneberg. Er gilt als prekäres Gebiet.“

SON13: „Es gibt sicherlich Konzerte. Zum Beispiel von einer Band aus Sonneberg, die eigentlich deutschlandweit bekannt ist. Die heißen „Unbeliebte Jungs“. Bei denen sind wirklich stadtbekannte und verfassungsschutzbekannte Neonazis dabei. Vor 2 oder 3 Jahren war auch einmal in Rauenstein ein Nazikonzert geplant. Nachdem die Gesinnung bekannt wurde, wurde es sofort abgesagt. Wie es aber momentan aussieht, das weiß ich nicht, weil die rechte Szene in Sonneberg derzeit zerstritten ist und eher gegeneinander arbeitet als miteinander.“

SON23: „Also bei der linken Szene kann ich mir solche Orte vorstellen, wo sich die Leute treffen. Die rechte Szene ist in Lauscha stärker ausgeprägt. Es gab einmal die DVU-Kameradschaft, die haben sich immer in dieser Wanderherberge getroffen. Die ist aber mittlerweile geschlossen. Ich weiß auch nicht, ob es die Kameradschaft noch gibt. Aber das ist doch eine zugelassene Partei gewesen. Wo fängt das an mit Extremen? Eine NPD-Geschäftsstelle gibt es nicht. Die treffen sich schon, aber wahrscheinlich privat in einer Garage oder so“.

SON34: „Bei uns gibt es keine Rechtsextreme. 5,6 Orte weiter vielleicht. Aber das zählt jetzt nicht zum Rennsteig. Aber bei uns direkt am Rennsteig gibt es solche extremen Richtungen nicht. Zum Beispiel Lichte oder



Schmiedefeld. Dort gibt es viele rechtsextreme Personen und viel Streit und immer Prügeleien. Und in Tettau oder auch Sonneberg leben viele Ausländer. Dort gibt es schon sehr negative Einstellungen, wo auch öfter Parolen zur Geltung kommen. Wir haben das auch schon einmal miterlebt, da waren wir bei einem Fußballturnier, da gab es dann richtig heftig Streit.“

„Von meinen Kindern weiß ich, dass im Gymnasium sehr viele gegen rechts sind und das auch mit T-Shirts zum Beispiel offen kundtun. Gleich daneben steht die Realschule, wo viele rechts sind. Da gibt es viele Probleme. Oft auch Prügeleien oder Streit“

SON54: „Es gibt Kirmessen, auf denen ein bestimmtes Publikum verkehrt. Zum Beispiel ist die rechte Szene sehr stark in Gründer Kerwa.

6. Rechtsextreme sind in der Öffentlichkeit durch Auftreten, Veranstaltungen und Aktionen präsent und suchen nach Profilierung

Rechtsextreme Gruppen verfolgen die Strategie der Raumordnungsgewinne³⁸.

1. Provokationsgewinne - Das bedeutet, dass rechtsextreme Gruppen sich zunächst durch erste öffentliche Auftritte und durch das Markieren von Territorien mit Symbolen und Plakaten als ernst zu nehmende Gruppe im Sozialraum präsentieren.

2. Räumungsgewinne - Danach versuchen sie andere Gruppen von bestimmten Orten zu verdrängen. Es handelt sich um einen Raumordnungskampf mit dem Ziel, der kulturellen Hegemonie in begrenzten Räumen zu bestimmten Zeiten entgegenzuwirken.

3. Raumgewinne - In der letzten Stufe gilt ein bestimmter Raum als das Terrain von rechtsextremen Gruppen. Er wird von anderen Gruppen gemieden und potentielle Opfer begreifen diese Orte als Angstzonen. Diese verschiedenen Aktionsformen können immer wieder bei Veranstaltungen wie Volksfesten oder Sportwettkämpfen oder aber auch bei anderen Gelegenheiten erkannt werden.

³⁸ Wagner, Bernd, 2008: Neuer Rechtsextremismus und „kulturelle Subversion“. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4, S. 15f



SON13: „Ich persönlich gehe nicht mehr auf volksfestartige Sachen in Sonneberg. Es ist generell so, dass auf solchen Volksfesten immer so 40 bis 50 von solchen Typen da sind. Generell gibt es öfters Versammlungspunkte, wo man sie treffen kann oder wo man davon ausgehen kann, dass man sie trifft. Zum Beispiel treffen sie sich immer in einer Gaststätte, das muss das „Mocca“ sein. Aber das ist nur eine Mutmaßung, da ich das nur aus zweiter Hand weiß. Dann treffen sich solche Gruppen in der „Lachtaube“, was ich selbst mitbekommen habe.“

SON24A: „Die DVU ist in Lauscha nicht mehr nach außen aktiv. Außer die 2 Mann, die dort im Stadtrat sitzen. Es gibt aber kaum offene populistische Parolen von rechtsextremen Gruppen. Es wird immer mal geschimpft von einzelnen Leuten, die unzufrieden sind. Aber das gibt es immer. Aber ich kann mich an keine Parolen oder Polemik von rechtsextremen Gruppen erinnern.“

SON41: „Das Einzige, wo es immer wieder Probleme gibt, sind während unserer Festlichkeiten. Inzwischen müssen wir einen Sicherheitsdienst bestellen, weil die Rechten kommen. Woher, das weiß keiner. Sie kommen von außerhalb, versuchen zu provozieren, zu randalieren oder fangen Schlägereien an. Deswegen ist der Sicherheitsdienst notwendig geworden. Letztes Jahr musste sogar die Polizei gerufen werden. Das ist etwas, was einfach keiner will.“

SON54: „Letztes Jahr gab es eine große Plakatier-Aktion. Da wurde versucht, alles mit Naziaufkleber zu plakatieren. Das war das „freie Netzwerk, freie Kameradschaften“. Da wurde vor allem gegen den Islam und gegen die Antifa gehetzt.“

Die Interviews spiegeln deutlich, dass rechtsextreme Gruppen die Strategie der Raumordnungsgewinne verfolgen und damit zum Teil auch Erfolg haben.



7. Im Landkreis ist keine Zunahme menschenfeindlicher oder demokratieverachtender Einstellungen zu verzeichnen

In dieser Studie wird insbesondere nach einer Zunahme von menschenfeindlichen Einstellungen und/oder die Ausgrenzung schwacher Gruppe geforscht. Bei allen Interviews sind solche Vorstellungen nicht zum Ausdruck gekommen. Allerdings kann auch gesagt werden, dass Rechtsextremismus und die Auswirkungen davon sehr heikle Themen sind. Das zeigt nicht nur die allgemeine öffentliche Diskussion, auch die Reaktionen auf unsere Interviewanfragen machten dies deutlich. Die Interviews haben gezeigt, dass ungern über Rechtsextremismus in der Region gesprochen wurde. In diesem Licht müssen dementsprechend auch die Antworten beleuchtet werden. Um diesen Aspekt etwas zu umgehen, wurden auch Kultur- und Wertvorstellungen hinterfragt, um tolerante und humanistische Einstellungen, aber auch den Respekt gegenüber anderen Lebensperspektiven zu untersuchen. Die Frage nach der eigenen Reaktion und der Reaktion der Umwelt auf eine schwul-lesbische Lebensgemeinschaft hat sehr verschiedene Reaktionen ausgelöst.

SON23: „Ich beobachte da keine Besonderheiten. Es wohnen nicht viele hier. Und die, die ich kenne, die sind gut integriert. Völlig normal. Ich kenne auch einen Heterosexuellen, der ist hier überdurchschnittlich beliebt. Dann gibt es jedes Jahr eine Wanderung meist zum Männertag. Da kommen die Leute zum Beispiel aus Leipzig. Richtig bunt. Ist total okay. Findet positive Resonanz.“

SON33: „Eine gewisse Toleranz hat sich doch herausgestellt. Aber das wäre bei uns im ländlichen Raum immer noch etwas abwegig. Da werden die Lesben immer noch mehr akzeptiert als die Schwulen. Also ich persönlich kann mir das gar nicht vorstellen, egal ob Schwule oder Lesben. Ich kann mir nicht mal vorstellen, dass man für Liebe bezahlt. Letztendlich würde die Lesben-, Schwulen oder die Bordellszene im ländlichen Raum nicht auf die Akzeptanz stoßen.“

SON43: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass 99 Prozent sagen: „Jawohl, Schwule, das ist alles in Ordnung“. Ich bin ja nun schon ein wenig älter. Wir haben ja den größten Teil in der DDR gelebt. Da gab es so etwas nicht. Das war dermaßen verpönt, das sich niemand getraut hätte, sich „zu outen“. Das war genauso schlimm eigentlich wie im Nationalsozialismus. Das mag noch ein wenig in der Gesellschaft, die die



zweite Lebenshälfte überschritten hat, stecken. Da gibt es geteilte Meinungen dazu.“

SON36: „Auf alle Fälle würde das erst einmal abgelehnt werden. So wie die Mentalität hier in den Ortschaften ist, da werden die nicht akzeptiert.“

SON54: „Wenn ein Fremder hier her kommt, mag er denken, die sind total intolerant. Aber oft ist das nicht so. Also ich denk, die Leute kommen schon gut damit zurecht. Also sind nicht so intolerant, wie es nach außen scheint. Wenn z. B. jemand „Neger“ sagt, das sagt fast jeder hier, ohne dass er den diskriminieren will. Es gibt auch Schwarze, die das als völlig normal empfinden. So wie es ein Schwuler heute wahrscheinlich auch als normal empfindet, wenn man ihn schwul nennt und nicht Homosexueller.“

Auch wenn keine Zunahme von menschen- und demokratiefeindlichen Einstellungen zu erkennen ist, kann von einem Rückgang ebenfalls nicht die Rede sein. Deutlich kommt heraus, dass eine Diskrepanz im Umgang mit Personen herrscht, welche kein tradiertes Rollenverständnis oder andere Wertvorstellungen besitzen.

SON13: „In einer Gaststätte hatten sich öfters Linksalternative getroffen. Immer wieder sind Rechte aufgetaucht, haben provoziert und es gab öfters Schlägereien. Das hatte zur Folge, dass die Linksalternativen nicht mehr dorthin gegangen sind. Das war einigen von den Bewohnern dort gar nicht mal so unrecht. Das ist wohl eine latente Ausländerfeindlichkeit oder eine latente Fremdenfeindlichkeit, die da zum Tragen kommt. So wird beispielsweise an den Klamotten festgemacht, was gut oder schlecht sei. Ganz nach dem Motto, lasst die Rechten in Ruhe, die sind gut angezogen und im Gegenzug dazu, Punks, die können doch gar nicht arbeiten, wie die schon aussehen. Da sind schon Teile der Stadt froh drüber, wenn man solche Leute aus dem Stadtbild raus hat.“

SON43: „Der Sarrazin hat einmal die ungeschminkte Wahrheit ausgesprochen. Wobei er kein exzellenter Rhetoriker ist, aber er spricht die Wahrheit an. Das ist wichtig, dass man damit umgehen kann. Natürlich hat er begeisterungsfähige Zuhörer. Das ist eine offene Gesellschaft. Solange sich die Austauschkultur, die Gesprächskultur noch auf einen ordentlichen demokratischen Rahmen befindet, darf jeder sagen was er möchte.



8. Der Normalisierungsprozess rechtsextremistischer Parteien schreitet voran

Laut Thüringer Verfassungsschutzbericht 2010 propagiert die NPD einen völkischen Kollektivismus und agiert fremdenfeindlich und antisemitisch. Sie strebt nach einer „ethnisch homogenen Volksgemeinschaft“, die sich durch „gemeinsame Abstammung, Sprache, geschichtliche Erfahrungen und Wertvorstellungen“ definiert. Sie bilde zugleich die Grundlage für die – anstelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – angestrebten „Volksherrschaft“. Die pauschale Überbewertung der aufgrund ethnischer Zugehörigkeit definierten „Volksgemeinschaft“ beschneidet die vom Grundgesetz garantierte Freiheit, sich persönlich zu entfalten. Die Rechte und Interessen des Einzelnen werden eingeschränkt. Diesen Ansichten wird auch im Parteiprogramm Rechnung getragen. Demnach müsse Deutschland „das Land der Deutschen bleiben“ bzw. „dort, wo dies nicht mehr der Fall ist, wieder werden“. Für Fremde dürfe es grundsätzlich „kein Bleiberecht geben, sondern nur eine Rückkehrpflicht in ihre Heimat“. Die „Systemparteien“ hingegen nutzten Einwanderung und Überfremdung als Mittel, um sich, „durch Austausch des Volkes an der Macht (zu) halten“. In der von der NPD propagierten Gesellschaftsordnung sollen autoritäre Eliten vorherrschen. Der Anspruch auf Führerschaft steht im Widerspruch zum pluralistischen Mehrparteiensystem der Bundesrepublik.³⁹ Mit diesem Hintergrund kann nicht von einer normalen Partei gesprochen werden, auch wenn sie sich zunehmend ein volkstümliches Image geben will. Trotzdem ist der Normalisierungsprozess deutlich zu erkennen.

SON23: „Die NPD wurde gewählt. Nun sind sie im Stadtrat. Man kann sich seine Mannschaft nicht aussuchen. Dann bekommt man eine Mannschaft geschickt und mit der müssen sie spielen. Und zwar eine Wahlperiode lang.“

SON43: „Wir haben 2 NPD-Vertreter im Kreistag. Ich gebe jedem die Hand, wenn ich später komme, das mache ich immer so – schon seit 20 Jahren – und das mache ich auch weiterhin so. Und da sind die beiden Herren (Vertreter der NPD – Anm. Verf.) auch dabei. Die sind für mich keine Luft. Aber es gab zum Beispiel nie einen Angriffspunkt oder einen Meinungsstreit zu einem öffentlichen Problem. Mir ist auch kein interner bekannt, also in einer internen Sitzung.“

³⁹ Thüringer Innenministerium (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010. S. 24



9. Medien haben eine hohe Bedeutung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

In den Interviews wurde klar, dass den Medien eine besondere Rolle zukommt. Zum einen geht es um das Nachrichten-Problem. Darf und wenn ja, in welchem Umfang, über rechtsextreme Ereignisse und Positionen berichtet werden? Dabei geht es zum einen um die Frage, ob Nachrichten bereits als eine Art Werbung angesehen werden können und damit nicht in den Medien vertreten sein sollen. Zum anderen ist der Grad zwischen Verharmlosung und einer sogenannten „Panik-Mache“ von rechtsextremer Gesinnung sehr schmal.

SON13: „Die Medien gehen sehr offen mit dem Thema um. Es gibt in Sonneberg nur das „Freie Wort“. Das berichtet als wirklich großes Medium, mal abgesehen von „Amadeus“ und „Wochenspiegel“, die sich eigentlich kaum politisch beschäftigen. Das Thema wird häufig aufgegriffen und es wird viel darüber berichtet. Manchmal wirkt das in der Lokalpresse aber auch ein bisschen verharmlosend. Es ist in Sonneberg ein bisschen von der Politik der Trend Rechtsextremismus und Linksextremismus gleich zu setzen. Und das kommt auch ab und zu in der Presse durch. Ohne wirklich darauf einzugehen, was eigentlich der Unterschied zwischen Rechtsextremismus und Linksextremismus ist.

SON24: „Es wird halt darüber berichtet. Bei uns gibt es diese Ausschreitungen nicht. Die Tagespresse kann wenig darüber berichten, weil nicht viel stattfindet. Das meiste, was dort kommt, ist über Fernsehen oder Radio, was in weiterer Ferne stattfindet. Mehr kann ich dazu nicht sagen im Moment.“

SON41: „Man darf diesen Rechten nicht zu viel Bedeutung zukommen lassen. Sie wollen ja im Mittelpunkt und damit in der Zeitung stehen. Und dann bekommen sie das, was sie wollten. Man muss immer ein Mittelmaß finden, dass man ihnen nicht zu viel Beachtung schenkt. Und es wird meiner Meinung nach diesen Gruppen zu viel Aufmerksamkeit geschenkt. Dann fühlen sie sich auch in dem bestätigt, was sie tun.“



10. Trotz des großen Unbehagens gegenüber extremistischen Gruppen gibt es in den Gemeinden kaum eine gemeinsame Gegenstrategien oder methodische Ansätze

Positiv zu vermerken ist, dass alle interviewten Bürger und Vertreter der Gemeinden etwas gegen Extremismus unternehmen wollen oder bereits getan haben. Es gibt auch Vorstellungen, aber diese sind sehr individuell. Es fehlen methodische Ansätze und gemeinsame Strategien. Gleichzeitig ist anzumerken, dass eine aktive Auseinandersetzung mit den Zielstellungen und dem Parteiprogramm der NPD nicht wirklich erfolgt ist.

SON14: „Sollte einer kommen, der sich bei uns bewirbt und es wird bekannt, dass er rechts gesinnt ist, dann hat er keine Chance rein zu kommen. Die werden gar nicht aufgenommen.“

SON33: „Ich würde mich freundschaftlich mit ihnen unterhalten. Ich würde doch mal auf die väterliche Art und Weise versuchen, welchen Vorteil unser Rechtsstaat immer noch besitzt. Also unser wiedervereinigtes Deutschland, unser demokratischer Rechtsstaat ist es schon wert, dass man sich dafür einsetzt.“

SON34: „Wenn so etwas festgestellt wird, dass so extreme Leute bei uns sind, werden diese, falls das eintreten sollte oder ähnliches, nicht herein gelassen. Auch bei anderen Vereinen handeln sie so. Sie werden einfach nicht herein gelassen. Die werden dann auch von der Gesellschaft ausgeschlossen, sage ich jetzt einmal. Mehr habe ich aber bisher nicht gemacht.“

SON41: „Wenn mir so etwas begegnen würde, würde ich gerade heraus sagen, was ich denke. Ich habe auch keine Angst vor denen. Ich denke Angst ist etwas, wovon die profitieren. Die spielen ja damit, dass die Menschen Angst haben. Aber man muss sich zusammen zu tun. Vielleicht auch Verbündete suchen und sagen, Leute, das können wir uns nicht gefallen lassen. Das ist nicht in Ordnung so.“



11. „Keine Aussage ist auch eine Aussage!“ - Anmerkung zur qualitativen Befragung von Mitarbeitern von Bildungseinrichtungen

Im Rahmen der Studie war vorgesehen Pädagogen verschiedener Einrichtungen zu den Lebensperspektiven, demokratischen Strukturen, sozialräumlichen Gegebenheiten zu interviewen.

Jedem Menschen ist verständlich, dass Schulen - generell Bildungseinrichtungen - bei der Vermittlung von Werten eine grundlegende Rolle spielen. Schule als Sozialisationsinstanz hat die besondere Aufgabe demokratische Werte zu vermitteln und für Schüler erlebbar zu machen.

In den letzten Jahren wurden an den Schulen verschiedene niederschwellige bzw. jugendgerechte Partizipationsformen der demokratischen Mitbestimmung installiert.

Die Palette reicht von Schülerparlamenten, Klassenbeirat, das buddY - Programm oder der Förderung von selbstorganisierten jugendkulturellen Initiativen.

So werden im Rahmen des buddY-Programms⁴⁰ versucht die persönlichen Handlungskompetenzen nach dem Motto „Aufeinander achten. Füreinander da sein. Miteinander lernen“ von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Dabei übernehmen die Kinder in verschiedensten Projekten oder Teilbereichen Verantwortung für sich und andere, gestalten ihre Umwelt aktiv mit und lösen Konflikte im schulischen Bereich konstruktiv.

Im Landkreis Sonneberg sind verschiedenen Ansätze zu finden:

Das Gymnasium Neuhaus am Rennweg, verfolgt die Realisierung des Dalton-Plans. Der **Dalton-Plan** steht auf den Säulen

- freedom, also der Freiheit der Schüler Entscheidungen in der Arbeitsabfolge, Dauer der Bearbeitungszeit, den Lernort, die Sozialformen, die Arbeitsschwerpunkte und das Anforderungsniveau zu treffen,
- cooperation, die Beseitigung kooperationshemmender Strukturen im Schulleben und
- budgeting time, die Möglichkeit der Schüler die ihnen gestellten Aufgaben wann und in welcher Weise zu erledigen. Diese Säulen fördern die Selbstständigkeit der Schüler und dienen letztlich auch der Demokratieförderung⁴¹.

⁴⁰ Siehe <http://www.buddy-ev.de> eingesehen am 19.Sept.2011

⁴¹ Siehe <http://www.emsneustiftgasse.at/seiten/Dalton/seiten/dalton3.html> eingesehen am 3.10.2011



Die Joseph-Meyer Regelschule in Neuhaus-Schierschnitz hat eine eigene **Demokratieberaterin**, die sich um das Thema Demokratieförderung kümmert. Die Demokratieberaterin soll helfen, das eigenverantwortliche Handeln bei Schülerinnen und Schülern zu fördern und demokratische Strukturen an Schulen auszubauen. Sie wurde ausgebildet, ihr eigenes Verständnis einer demokratieförderlichen Schule zu reflektieren und eine realistische Vision zu entwickeln, wie Schule noch mehr als bisher zu einem Lern- und Lebensort mit vielfältigen Möglichkeiten zur Verantwortungsübernahme der Jugend gestaltet werden kann.⁴²

In allen Schule gibt es Schülervvertretungen, die sich für die Rechte der Schüler einsetzen sowie das Mediationsprogramm der **Streitschlichter**.

Allerdings scheint der offizielle Anspruch im täglichen Handeln wenig implementiert zu sein. Der Demokratiebaustein nimmt einen unteren Platz in der Prioritätenliste der zu vermittelnden Werte ein. Bei den Anfragen zu den Interviews war unter den verschiedenen Pädagogen ist eine gewisse Demotivation zum Thema festzustellen, was scheinbar mit den institutionellen Strukturen zusammen hängt. Letztendlich kam nicht ein Interview zustande. Es wurden die verschiedensten Gründen angeführt: das Interview müsse mit dem staatlichen Schulamt abgestimmt werden, keine Lust, die Demokratieförderung laufe nur neben vielen anderen Aufgaben und man fühle ich deshalb nicht kompetent genug,....

Das haben wir in anderen Projekten, von anderen Einrichtungen (z.B. Jugendzentren) oder Landkreisen bisher nicht erlebt.

Fazit:

Demokratische Erziehung beginnt mit der Primärsozialisation in den Familien, jedoch muss eine Weiterführung in den Schulen erfolgen. Hier ist Handlungsbedarf geboten, besonders im Hinblick auf eine öffentliche Positionierung der Pädagogen.

⁴² Siehe <http://bildungsklick.de/pm/35118/demokraten-fallen-nicht-vom-himmel-theodor-eschenburg-politikwissenschaftler/> eingesehen am 3. 10. 2011



Fazit

Drei entscheidende Hauptpunkte haben sich aus den Interviews herauskristallisiert. Zum einen nimmt ein Großteil der Bevölkerung **die Gefahr durch Rechtsextremismus** wahr. In den Interviews wird deutlich, dass bei der Mehrheit der Gesellschaft eine Grundeinstellung gegen rechts vorherrscht. Inwieweit diese gefestigt und belastbar ist, lässt sich durch den Gesprächsleitfaden nicht feststellen.

Wichtig ist erst einmal, festzuhalten, dass diese **demokratischen Grundeinstellungen das größte Potenzial** enthalten, um **gegen menschenverachtende und demokratiefeindliche Gesinnungen und Tendenzen** in der Gesellschaft vorzugehen und die Wehrhaftigkeit der Demokratie herzustellen.

Auf der anderen Seite lässt sich aber auch feststellen, dass es einen nicht gerade kleinen Teil der Bevölkerung gibt, der den populistischen Parolen rechtsextremer Gruppierungen aufgeschlossen gegenüber steht. Hier liegt die größte Gefahr, dass rechtsextreme Parteien wie die NPD Zulauf bei den Wählerstimmen erhalten könnten.

Der dritte Punkt ist, dass trotz der Mehrheit, die sich gegen rechte Einflüsse positioniert, oft eine Sensibilisierung und/oder Handlungsansätze fehlen, um rechtsextremen Aktionen oder Normalisierungsversuchen entgegenzutreten.

Meist unbewusst passieren Handlungsabläufe, die die Normalisierung und Akzeptanz der rechtsextremen Parteien unterstützen.

Ausschlaggebend dafür ist eine gewisse Unsicherheit, wie man mit rechtsextremen Parteien umgehen soll. Diese Unsicherheit ist auf allen Ebenen unserer Gesellschaft zu finden und sie ist (einmal abgesehen vom Rechtsextremismus an sich) eine nicht zu vernachlässigende Gefahrenquelle.

Die NPD wurde in den Interviews wenige Male als eine *normale* Partei bezeichnet. Das ist insoweit richtig, da ihre Gründung und Existenz auf das in Deutschland geltende Recht basiert, erfüllt aber lediglich nur rein rechtlich die Normen zur Existenz wie jede andere Partei auch. Allerdings bleibt dies der einzige Augenmerk, der dieser Partei einen *normalen* Anstrich verleiht. Wie bereits im Kapitel „4.1.1 Die Rechtsextremistische Szene“ dargelegt wurde, stehen die Ziele der Partei im eklatanten Gegensatz zu den Werten der Deutschen Verfassung und Gesellschaft. Der Thüringer Verfassungsschutzbericht 2010 hat dies deutlich gemacht. Deswegen ist es umso verwunderlicher, dass diese rechtsgesinnte Vereinigung weiterhin in wenigen Kreisen als eine vollwertige, demokratische Partei angesehen wird. Es ist



zwar unumgänglich, dass bei einem erfolgreichen Einzug in ein Kreis-, Stadt- oder Gemeindeparlament mit den Mandatsträgern in einer entsprechenden Form umgegangen wird. Man muss sich jedoch jederzeit im Klaren sein, dass dieses Handeln stets Konsequenzen hervorruft. Wenn mit diesem Thema nicht sensibel genug umgegangen wird, schleichen sich Verhaltensweisen ein, die eine zunehmende Normalisierung der Partei fördert und damit auch die Akzeptanz ihrer Ziele, selbst wenn sie gegen freiheitliche, demokratische und menschliche Werte verstoßen. Dabei geht es nicht darum, eine Schuldfrage aufzuwerfen. Es muss lediglich eine gewisse Sensibilisierung im Umgang mit dieser Partei und ihren Mandatsträgern erreicht werden. Wenn keine ausreichende Distanz geschaffen werden kann, fördert dies ebenso deren Ansehen und dem Normalisierungsprozess in der Bevölkerung. Diese ist bereits von sozialer Ungerechtigkeit (Lohnunterschied zwischen den Bundesländern), dem immer größer werdenden Haushaltsloch der Gemeinde und dem Rückgang der Bevölkerung (um nur wenige Probleme anzusprechen) geprägt. Hinzu kommen die zum Teil schwachen gesellschaftlichen Strukturen (vor allem mangelt es an Angeboten für die jungen Generationen), die in der Gesamtheit auf offene Ohren stoßen können. Bereits jetzt befinden Kinder und Jugendliche rechte Gruppierungen als akzeptabel oder gut, auch ohne dazu zu gehören. Andere wiederum zählen sich bereits zu einer dieser Gruppen dazu.

Auf der anderen Seite fördern gerade die gesellschaftlichen Strukturen der Gemeinden und die Verbundenheit der Bewohner zu ihrer Heimat den Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft, was eine größere Resistenz gegenüber rechtsextremem Gedankengut zur Folge hat. Das kann aber nur Erfolg haben, wenn zum einen die festen Strukturen keine Möglichkeiten haben, aufgelöst zu werden und zum anderen, wenn mit Problemen auf Bundes-, Landes- oder Kreisebene richtig umgegangen wird und das nicht in rechte Stammtischphilosophie umschwingt. Dafür braucht es aber eine gesunde Diskussionskultur, die nur an öffentlichen Orten und Versammlungsräumen stattfinden kann. Fehlen diese Orte, ist die Gefahr groß, dass der Bürger sich in das Private zurückzieht und damit ein gesunder Austausch von Gedanken nicht stattfinden kann. Dass damit großes Potenzial verloren geht, beweisen die durchaus realistischen Einschätzungen der Befragten für die Probleme in den Gemeinden.



4.5 Ethnologische Betrachtungen

4.5.1 Kirchweihen und Kirmessen – Gradmesser für die Funktionstüchtigkeit ländlicher Gemeinschaften

Kirchweihen und Kirmessen haben in der Region eine lange Tradition in Thüringen. Ein ganzes Jahr wird meist von der ganzen Gemeinde je nach Größe des Ortes auf dieses Datum hingearbeitet. Jeder erfüllt eine Aufgabe in den Vorbereitungen und der Umsetzung und ist ein Teil des Ganzen. Somit spiegeln sich besonders hier die Heimatverbundenheit und der Gemeinschaftssinn, der in dieser Gemeinde vorherrscht, wider. Hinzu wird ein Engagement deutlich, dass auf den Willen hinweist, aktiv die Gegenwart und die Zukunft des Ortes (mit) zu gestalten.

Ursprünglich bezeichnete eine Kirchweih oder Kirmes die zu einer Einweihung einer Kirche gelesene Messe und die im Anschluss daran stattfindenden Kirchweihfeste. Sie finden am Namenstag des Kirchenheiligen, nach dem das Gotteshaus benannt wurde, statt. An diesem Tag soll eine besonders enge Verbindung zwischen den Gläubigen und dem Heiligen bestehen. Im Umfeld dieser Kirmessen kommt es zu Festlichkeiten mit Gauklern, Spielleute und Schaustellern, so dass sich die religiöse Handlung mit weltlicher Festivität verbindet. Bei den hier untersuchten Kirmessen und Kirchweihen vermischen sich diese verschiedenen Elemente. Zum Teil werden sie in der (Re-)Konstruktion von Tradition miteinander verbunden⁴³. Im Text werden beide Bezeichnungen gleichbedeutend verwendet.

Je nach Größe der Gemeinde und der Geschichte des Ortes können die heutigen Kirchweihen kaum unterschiedlicher strukturiert sein. Insbesondere familiäre Strukturen und bestimmte Gruppen (Alter, Stand) kennzeichnen diese Art von Veranstaltungen. Es lassen sich zwei verschiedene Ansätze im Landkreis ausmachen:

- Traditionelle Kirchweihen bieten den Besuchern ein familienorientiertes und/oder generationsübergreifendes Programm. In den kleinen Gemeinden sind die Kirchweihen Ausdruck der lokalen Tradition und sind mit den

⁴³ Vgl.: Sacha-Roger Szabo; [Rausch und Rummel: Attraktionen auf Jahrmärkten und in](#) 2006. Social Science S25f.



sogenannten Plangesellschaften oder Organisationsgruppen fester und respektierter Bestandteil des Gemeinwesens. Sie richten sich in der Regel an die Mehrheit der Bewohner des jeweiligen Ortes.

- Bei den weniger traditionellen Veranstaltungen bildet das Musikprogramm den Anziehungspunkt. Die Kirmesgesellschaften, Vereine und Initiativen interpretieren das Veranstaltungsmuster der Kirmessen weitläufig, wetteifern mit anderen Orten, legen sie stärker jugendkulturell aus oder nutzen die Veranstaltungsform, um lokale Traditionen oder das Gemeinwesen wieder zu beleben oder aufzuwerten.

Die folgende Analyse von Kirchweihen und Kirmessen beruhen auf gezielter Beobachtung und werden durch Aussagen in den qualitativen Interviews gestützt. Um ein Bild von den dörflichen oder städtischen Gemeinschaften zu zeichnen, wurde ein standardisierter Beobachtungsbogen entwickelt. Im Erhebungszeitraum Juli bis September 2011 wurden meist am Samstagabend insgesamt 5 Kirchweihen und ein Kirchenjubiläum in Haselbach, Jagdshof, Neuhaus am Rennweg sowie Heubisch untersucht. Weiterhin wurden Aussagen von deutungsmächtigen Akteuren zu Kirmessen aufgenommen, insbesondere das Interview SON 41.

Alters- und Gruppenstruktur

Auf der an die klassische Kirmes angelehnte Veranstaltungen waren alle Generationen und Geschlechter gleichmäßig verteilt vertreten. Somit bilden die besuchten Kirmessen immer einen Identifikationspunkt für die Einwohner aller Generationen, was die Geschlossenheit und die familiäre Beziehungen innerhalb des Ortes aufweist. Die Kirmessen bildeten ebenso einen Anziehungspunkt für Weggezogene, welche die Feiern als Anlass für einen Besuch nehmen. Dabei erfolgt auch ein Austausch über die Karriere und Zukunftsperspektiven.

Die Kirmes in Jagdshof mit einem Musikprogramm von Indie und Rock bildet hierbei die Ausnahme. Die Struktur erinnert eher an einen organisierten Tanzabend und das Programm mit der Band „Bad Punchline“ als auch die Vorband richten sich hauptsächlich an ein Publikum im Alter von 14 bis 30 Jahren. Die jungen Organisatoren der Veranstaltung in Jagdshof versuchen eher ihre Jugendkultur auszuleben, als an eine Tradition anzuknüpfen. Insofern ist es kaum verwunderlich, dass Kinder nicht und Personen mit 35 Jahren oder aufwärts kaum zugegen waren.



Auf allen Festen lag die Stärke der Gruppen bei 4 bis 8 Personen, in Haselbach und Neuhaus am Rennweg auch bei 8 bis 15. Zu beobachten waren dabei Familien, Familienverbände, Gruppen von Gleichaltrigen und Vereinsmitglieder, wie z. B. Spielmannszüge, Kirmesgesellschaften oder aber Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und/oder Feuerwehrvereins.

Die Gruppen in den kleineren Gemeinden bestanden meist aus Ortsansässigen oder Personen mit Verwandtschaftsstrukturen, welche sich meist vertraut begrüßten und miteinander kommunizierten. Bei diesen familiär orientierten Festen war die typische Familienhierarchie existent sowie die entsprechend der Aufgabenverteilung bedingten Entscheidungsebenen, wobei diese jedoch im Hintergrund blieben.

Bei mehreren Kirmessen war innerhalb der Jugendgruppen ein Kräfteressen, wie z. B. Wettkämpfe mit extremen Alkoholgenuss oder Luftgewehrschiessen am Stand, zu beobachten. Generell war auf allen Kirmessen ein starker Alkoholkonsum teilweise schon der Jugendlichen vorherrschend. Die soziale Kontrolle durch die Familie reichte in den meisten Fällen nicht aus oder war sehr gering.

Die Stadt Neuhaus besitzt als teilfunktionales Mittelzentrum eine hohe Anziehungskraft. Insofern zieht die „Igelshieber Kirmes“ mehr Menschen aus der Kleinstadt und der Umgebung an. Tagsüber waren alle Generationen vertreten, während in den späten Abendstunden junge Menschen zwischen 16 bis 35 den größten Teil ausmachten. Hier herrschten auch geschlossene gleichaltrige Gruppen von 8 bis 15 Personen vor. Des Weiteren kamen hier starke Gruppenhierarchien zum Ausdruck:

- Es wurden Grenzen ausgereizt (Diskussionen mit dem Sozialarbeiter und dem Sicherheitsdienst) und
- außerhalb des Festzeltes waren „rechte Kümmerer“ festzustellen, welche die Jugendlichen, die aufgrund der Altersbeschränkung nicht in das Festzelt durften, in Gespräche verwickelten oder mal ein Bier spendierten.

Diese starken hierarchischen Strukturen waren nur in Neuhaus am Rennweg feststellbar.



Zuordnung zu politischen Jugendgruppen

Die Größe der Gemeinde bestimmt meist auch den Umfang der Kirmes sowie die Strukturen der Organisation, Durchführung und das Zielpublikum. In den kleineren Gemeinden wie Haselbach und Heubisch herrschen vor allem familiäre Strukturen in der Organisation als auch im Zielpublikum vor. Das bedeutet, dass dieses Angebot nur in einem begrenzten Maße von Außenstehenden genutzt wird. Dadurch bilden sich hier die auf dem Fest entstehenden Gruppen meist eher aus dem sozialen Umfeld der Gemeinde heraus, womit eine politisch orientierte Gruppenbildung kaum vorhanden ist. Hinzu kommt, dass durch die vielfältige Bekanntschaftsstruktur innerhalb eines Ortes sich die anwesenden Gruppen stark vermischen. Die einheimischen Besucher bilden dadurch eine feste Gruppe, die eine gewisse Front gegen unbeliebte politisch orientierte Gruppen von auswärts bilden. Allerdings scheint dies zunehmend kein Grund mehr zu sein, dass solche Feste von politisch orientierten Gruppen gemieden werden, was der vermehrte Einsatz von Sicherheitspersonal verdeutlicht.

Neuhaus im Gegensatz dazu ist eine größere Kirmes, die das Publikum auch aus der Umgebung anzieht. Damit lässt die Größe auch eine gewisse Anonymität zu, womit familiäre Strukturen in den Hintergrund rücken. Es bilden sich vor allem Gruppen mit gleichem Alter oder mit Bekanntschaftsmerkmalen, wie z. B. Gruppen aus dem gleichen Verein oder dem gleichen Ort. Hier ist die Wahrscheinlichkeit, dass Gruppen sich untereinander vermischen, weit geringer. Die Größe und Anonymität der Veranstaltung sowie ihr Anzugspunkt erlaubt es Gruppen, einfacher und unbemerkt teilzunehmen, womit sie auch anfälliger für politisch orientierte Gruppen ist. So bilden sie eine gewisse Attraktivität für extremistisch orientierte Fraktionen.

Eine Zuordnung zu politischen Jugendgruppen war vor allem in Neuhaus am Rennweg möglich, da hier Zeichen (z. B. ein Sonnenrad) offen getragen wurden.

Gruppenverhalten

Der zunehmende Einsatz von Sicherheitsdiensten weist auf ein vermehrtes Auftreten bei den Kirmessen von problematischen Besuchern hin. Dies wird auch durch Aussagen in den durchgeführten Interviews bestätigt. Selbst in den kleinen Orten wird immer öfters auf Security zurückgegriffen. Dies liegt allerdings weniger in einer Gewaltaffinität innerhalb der Kirmesgesellschaft und ihren Stammesbesuchern. Wenn körperliche Auseinandersetzungen in diesen Gruppen vorhanden sind, dann hängt das meist nur mit dem gesteigerten Alkoholkonsum und mit dem allgemeinen



Konfliktpotential inner- und außerhalb von Gruppen zusammen. Vor allem in kleineren Gemeinden bilden die familiären Strukturen der Kirmessen und Kirmesvereine eine gewisse Selbstkontrolle, die mit Gewalttätigkeiten umzugehen weiß.

Das größere Problem ist das zunehmende Auftreten von rechtsextremistischen Gruppen. In den Interviews wurde klargestellt, dass der Sicherheitsdienst hauptsächlich zum Schutz vor solchen Besuchern dient. Die Angst scheint nicht unbegründet zu sein, da auf der Kirmes in Neuhaus von Besuchern offen Zeichen getragen wurden, die die Gäste eindeutig dem rechten Spektrum zuordnen ließen. Diese fielen zwar nicht durch Gewalttaten auf, allerdings bilden sie ein Bedrohungspotential. Das wird durch verschiedene Aussagen in den Interviews bestätigt. Deswegen kommt es auch zu diesem vermehrten Einsatz von Sicherheitspersonal. Dies trifft auch bei den kleineren Kirmessen zu.

Drei Punkte lassen sich aus diesen Szenarien ableiten. Zum einen werden rechtsgerichtete Gruppen als Bedrohung angesehen. Dies fördert ein Angstpotential, welches den Einsatz von Sicherheitsdiensten nach sich zieht. Damit bilden sich Angsträume, welche die Identität der Kirchweihfeste gefährden. Die Identität bzw. die Bedeutung der Kirmessen für die Gemeinden bildet eine wichtige Grundlage für das Zusammengehörigkeitsgefühl und der Heimatverbundenheit. Der einst sichere Hort (die Kirmes) wird aber zunehmend als Angstraum wahrgenommen, worunter auch das Entwicklungspotential in den verschiedenen Ebenen der Gemeinde leidet.

Zum anderen entsteht eine Art Besitzanspruch der rechten Gruppen an den Volksfesten. Sie sehen sich als Teil der Gesellschaft und wollen dementsprechend behandelt werden. Ihr Auftreten symbolisiert diese Zugehörigkeit, womit wir zum dritten Punkt kommen. Das Auftreten solcher Gruppen stellt die Organisatoren vor einen Konflikt. Der Einlass und die Teilnahme von rechtsgesinnten Personen stellt eine gewisse Duldung deren Einstellungen dar. Die öffentliche Zurschaustellung von Symbolen ist hierbei Beweis genug. Mit dieser Duldung schaffen sie aber diesen Gruppen die Möglichkeit, an Gesellschaftsaktivitäten teilzunehmen, was zu einer Normalisierung ihrer Existenz führt. Nach dem Motto „*Sie sind halt da*“ ist der Grad zwischen Duldung und Akzeptanz sehr schmal und wird zunehmend überschritten. Somit erreichen diese Gruppierungen den ersten Punkt der Raumordnungsgewinne: Sie werden als ein *normaler* Teil des Sozialraumes wahrgenommen.



Fazit

Kirmessen und Kirchweihen sind wesentlicher Bestandteil und Ausdruck der Gemeinwesen. Sie tragen eine traditionell und gemeinschaftlich verwurzelte Identität im Sozialraumgefüge und ist für alle Altersklassen bedeutend.

Insofern bilden die Adaptionsversuche jeglicher Art von rechtsextremen Gruppierungen eine aktive Einflussnahme der Gemeinden.

Die kleineren Kirmessen können dem dominierenden und/oder aggressiven Verhalten wenig entgegen setzen, da die Gruppen von außerhalb kommen, die Identität der rechten Gruppen unbekannt ist und damit der Handlungsansatz der sozialen Kontrolle nicht greift. Es scheint, dass dieses Muster seitens der Rechtsextremen bewusst angewandt wird, da sie so nicht auf der persönlichen bzw. verwandtschaftlichen Ebene angesprochen werden können und ihre Angst vor Zurechtweisung verlieren.

Vor allem auf größeren Festlichkeiten sind gute Möglichkeiten gegeben, eine gewisse Akzeptanz (auch wenn nur ungewollt) in der Bevölkerung zu erreichen und damit einen weiteren Schritt im Normalisierungsprozess zu schaffen. Vor allem bei kleineren Kirmessen entsteht so ein Angstraum in diesen stabilen Sozialräumen, der durch den Einsatz von Sicherheitspersonal bestätigt wird. Somit wird die Bedeutung der Kirchweihfeste mit all ihren Traditionen und Ritualen durch dieses Angstpotential bestimmt.

Insofern verlieren die Kirmessen ihren offenen und toleranten Charakter, da die Bürger als Gegenmaßnahme Security einstellen, um sich, ihre Veranstaltung und ihre Gäste vor eventuellen Übergriffen schützen zu können.



4.5.2 Rechtsextreme Parteien im Stadtrat Lauscha und im Kreistag

Bei den Thüringer Landtagswahlen 2009 erreichte die NPD 16 Prozent der Stimmen. Dabei handelt es sich allerdings um den Anteil der Stimmen bei den männlichen Wählern bis 24 Jahren. Der Stimmanteil bei den Erstwählern lag bei 9 Prozent. Dennoch schaffte es die Partei nicht in den Landtag.

Sie scheiterte - alle Stimmen aller Altersgruppen zusammengerechnet - an der 5-Prozent-Hürde. Anders sieht es auf Kommunalebene aus. Da dort die 5-Prozent-Hürde weggefallen ist, zogen in Thüringen rechtsextreme Parteien bei den letzten Kommunalwahlen in verschiedene Stadtparlamente und Kreistagen ein.

Trotz der niedrigen politischen Entscheidungsebene stellen die Wahlerfolge für die rechtsextremen Parteien einen besonderen Erfolg dar. Denn die Arbeit in den Kommunen und Gemeinden, sprich an der Basis der Wähler, gibt ihnen die Chance, sich als eine demokratische und wählbare Partei zu etablieren. Wie wichtig der Thüringer NPD dieser Erfolg ist, bestätigte sie auf einem ihrer Parteitage. Da verwies sie auf das benachbarte Sachsen, wo die NPD auf Kommunalebene ähnliche Fortschritte errungen hat und bereits in den sächsischen Landtag eingezogen ist.

Auch dort standen vor dem Einzug in das Landesparlament wichtige Erfolge auf Kommunalebene. Mit den kommunalpolitischen Wahlerfolgen hat die NPD – zwar auf niedrigem Niveau – privilegierten Zugang zu kommunalpolitischen Informationen, zu beschränkten materiellen Ressourcen und kann sich als Interessenvertreter der Bürger darstellen.⁴⁴ Dennoch bleibt das Verhältnis der NPD zur Demokratie auf einer instrumentellen Ebene. Schließlich gehört zur strategischen Zielstellung dazu, Themen der *Mitte* aufzugreifen und diese in den Wahlkämpfen und der Arbeit in den Parlamenten in den Vordergrund zu rücken. Darunter befinden sich umwelt-, bildungs-, oder arbeitsmarktpolitische Probleme. Die rechtsextreme Ideologie bleibt dabei im Hintergrund und wird nie mit entsprechenden Anträgen in den Gremien verbunden.

Bei den letzten Kommunalwahlen 2009 erreichte die NPD in den allen Wahlbezirken des Landkreises Sonneberg 4,1 Prozent der Stimmen.

Damit setzten **3.171 Bürger** auf ihrem Stimmzettel ihr Kreuz bei der rechtsextremen Partei.

⁴⁴ <http://www.unz.de/nc/aktuell/thema/detail/zurueck/thema/artikel/zuerst-die-kommunen-die-strategische-ausrichtung-der-npd> (eingesehen am 31.Aug2011 um 20:10Uh)



Somit ist sie nun mit zwei Mandatsträgern im Kreistag vertreten. Die Stimmverteilung im Landkreis schwankte dabei extrem. So erreichte die NPD in Goldisthal 10,8 Prozent (82 Stimmen) und in Scheibe-Alsbach 7,3 Prozent (74 Stimmen), während in Föritz 4,6 Prozent und in Sonneberg nur 3,5 Prozent der Wähler die rechtsextreme Partei ankreuzten. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass in Föritz 225 und in Sonneberg 829 Personen die NPD wählten. Prozentual gesehen liegt der Anteil der NPD-Wähler in den ländlich geprägten Gebieten wesentlich höher als im urbanen Stadtgebiet.

Stadtrat Lauscha

Im Stadtrat Lauscha sitzen seit 2009 zwei Vertreter der DVU. Das sind Uwe Bätz-Dölle und Manuel Frank. Da die Fusion von DVU und NPD rechtlich noch nicht vollzogen ist, vertreten beide im Moment noch die DVU. Beide Parteien arbeiten allerdings schon regional wie überregional zusammen. Das belegt auch Bätz-Dölle, der nicht für die DVU, aber für die NPD im Kreistag des Landkreises Sonneberg sitzt. Der Stadtrat von Lauscha kann für diese Studie als ein Beispiel dafür genommen werden, wie gut die langfristige Strategie und direkte Vorgehensweise der NPD funktionieren, sich als Partei der *Mitte* auszugeben – nämlich letztendlich auch mit Erfolg.

Bei den parallel mit der Wahl für den Kreistag abgehaltenen Stadtratswahlen im Juni 2009 trat die DVU mit 7 Personen zur Stadtratswahl an. Hier die Einzelergebnisse der Kandidaten auf der NPD-Stadtratswahlliste:

Listen-Platz	Name	Stimmen
1	Bätz-Dölle, Uwe	400
2	Franke, Manuel	57
3	Größinger, Clemens	56
4	Voigt, Mike	12
5	Kuba, Ronny	26
6	Six, Constance	9
7	Wurmehl, Patrick	1
	Wählerstimmen gesamt:	561

Tabelle: Wahlergebnis für die NPD bei den Kommunalwahlen 2009



Die DVU erhielt insgesamt 11,8 Prozent der Stimmen und hat damit 2 Sitze im Stadtrat. Der wohl Prominenteste der Liste ist der Lauschaer Uwe Bätz-Dölle, welcher gleichzeitig Vorsitzender des DVU-Kreisverbandes ist.

Der zweite gewählte Kandidat ist Manuel Franke. Er erhielt 57 Stimmen, welches für den Einzug in den Stadtrat von Lauscha genügte. Franke ist zudem Wehrleiter bei der Freiwilligen Feuerwehr Ernstthal.

Der Stadtrat Lauscha setzt sich wie folgt zusammen:

Parteien und Wählergemeinschaften	% 2009	Sitze	% 2004	Sitze	% 1999	Sitze
CDU	22,9	4	16,6	3	39,5	6
AfL (Alternative f. Lauscha)	20,8	3	43,7	7	/	/
Die LINKE/Freie Wähler	19,4	3	19,6	3	22,4	4
SPD	18,4	3+1	11,9	2+1	31,2	5+1
DVU	11,8	2	8,3	1	6,9	1
DBL (Demokratische Bürgerliste)	6,8	1	/	/	/	/

Aus rein rechnerischen Gründen – also auf Basis der Stimmenanteile – sind die DVU-Stadtratsmitglieder nicht im entscheidenden Haupt- und Bauausschuss vertreten.

Dennoch scheint Uwe Bätz-Dölle in Lauscha als Person fest etabliert zu sein. Er ist seit 1999 im Stadtrat und konnte bei den Bürgermeisterwahlen 2006 18,7% der Stimmen für sich vereinnahmen.

Sein Parteikollege Manuel Franke schaffte 2009 den Sprung in den Stadtrat. Zwar stammen nur wenige Anträge und Anfragen von den beiden Rechtsextremen, trotzdem zeigen sie Präsenz durch ihre konstante Teilnahme an den Sitzungen und Beiträgen zu politischen Themen. Die Anträge und Anfragen zeichnen sich nicht durch eine spezifische politische Orientierung aus. „Es handelt sich um kommunalpolitische sachbezogene Themen“⁴⁵ sowie Fragen zum Räumdienst, zur Wasser- und Abwasserproblematik und zur Sanierung des Schwimmbades. Sie vermitteln damit eine gewisse soziale Verantwortung und Verlässlichkeit. So wurden

⁴⁵ Nazis im Parlament – Sonneberg, <http://www.nip-thueringen.de/sud/sonneberg>, eingesehen am 15.11.11 um 15:07 Uhr



beispielsweise in der Stadtratssitzung vom 12. September 2011 stärkere Kontrollen des Parkverbotes an Bushaltestellen angetragen mit dem Hinweis, dass ältere Mitbürger oder Kinder sonst auf die Straße müssten, um den Bus zu erreichen. Hinzu kommt, dass des Öfteren (ehemalige) Kameradschaftsmitglieder an den Stadtratssitzungen teilnehmen, ohne negativ aufzufallen.

Beide Vertreter geben sich bei allen Themen bürgernah und treten als „Vermittler“ zwischen den anderen Stadtratsmitgliedern und öffentlichen Fragen ein. Sie „übersetzen“ regelrecht die Reden der anderen Mitglieder und übermitteln sie mit einem Augenzwinkern an die Bürger im Saal.

Die rechtsextreme Ideologie der DVU bzw. der Mitglieder rückt damit in den Hintergrund und wird öffentlich kaum wahrgenommen. Gleichzeitig werden aber die bürgerlichen Parteien schleichend diffamiert und die Glaubwürdigkeit der Demokratie ausgehöhlt.

Im Gemeinwesen hat Manuel Franke eine nicht zu unterschätzende Rolle. Er vertritt nicht nur die DVU im Stadtrat Lauscha, er ist zudem Wehrführer der Feuerwehr in Ernstthal. Damit hält er zwei Positionen inne, die eine Vorbildfunktion besitzen.

Hinzu kommt der Einfluss auf die der Feuerwehr anvertrauten Kinder und Jugendliche beim Brand- und Katastrophenschutz. Damit erfüllt Franke die Strategie der Thüringer NPD. Deren Landesvorsitzende Frank Schwerdt hatte noch vor wenigen Jahren die Vorgehensweise erklärt: „Wir schicken unsere Leute in die Freiwilligen Feuerwehren, um dort die Arbeit zu machen, die Feuerwehren machen“⁴⁶. Damit genießt Franke eine angesehene Stellung in der Gemeinde, die eine gewisse Unterstützung in der Bevölkerung braucht. Das war wohl auch letztendlich für seinen Einzug in das Stadtparlament ausschlaggebend.

Uwe Bäß-Dölle hat sich ebenfalls einen nicht unwesentlichen Einfluss in der Gemeinde erarbeitet. Das resultiert hauptsächlich - in Verbindung mit der freien Kameradschaft - aus seinen außerparlamentarischen Aktivitäten, die auch unter Bürgern Anklang finden. So engagierte sich Bäß-Dölle unter anderem bei der Denkmalpflege, Hol- und Bringdiensten für Senioren, Hausaufgabenhilfe für Kinder, Sammelaktionen für Bestattungskosten sowie bei Thekendiensten in Vereinen.

Jürgen Gansel, NPD-Parteitheoretiker, bringt dieses Verhalten auf den Punkt: „In Mitteldeutschland findet eine geräuschlose völkische Graswurzelrevolution statt. Mit einem moderaten Ton, zivilem Auftreten und alltagsnahen Themen gelingt es

⁴⁶ <http://www.mobit.org/Artikel/2009/FW120509.htm>, eingesehen am 15.11.11 um 17:33 Uhr



Nationalisten, vielerorts zum integralen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens zu werden, während sich die Systemkräfte dem Volk immer mehr entfremden."⁴⁷ Damit gelingt es der NPD besonders in Lauscha den öffentlichen Raum zu besetzen und der Partei einen etablierten und demokratischen Anstrich zu geben. Auch im Stadtrat selbst herrscht solch eine Atmosphäre vor. „Die Mandatsträger der extremen Rechten werden weder aufgrund ihrer inhaltlichen Arbeit als problematisch angesehen, noch wird ihnen eine strategische Vorgehensweise unterstellt. Dementsprechend existieren keine spezifischen Vorkehrungen der demokratischen Fraktionen wie etwa gemeinsame Vereinbarungen für den arbeitsbezogenen und zwischenmenschlichen Umgang im Stadtparlament, wie etwa in anderen Thüringer kommunalpolitischen Vertretungen. Der DVU – und durch den Parteizusammenschluss auch der NPD - ist es hier mittlerweile gelungen, als eine ganz normale Partei im Parteienspektrum betrachtet zu werden.“⁴⁸

Damit ist die von der NPD propagierte und strategisch verfolgte kommunale Verankerung in Lauscha weit fortgeschritten. Die eigentlich offenkundige rechtsextreme Gesinnung Baz-Dölles zeigt sich in dem von ihm und dem Kameradschaftsanführer Mike Steiner publizierten DVU-Anzeiger „Der Pappenheimer“. Auch zu den Thüringer Landtagswahlen wird seine rechte Gesinnung deutlich. Auf dem Bürgerportal Abgeordnetenwatch.de⁴⁹ wurde er nach Einsparungsmöglichkeiten gefragt, die er bei einem erfolgreichen Einzug in das Thüringer Parlament vertreten würde. Er vertritt unter anderem, dass die Fördermittel für die Integration von Ausländern gestrichen werden, dass das Landesamt für Verfassungsschutz, welches die Gefahren für unsere Demokratie vor allem von rechts aufzeigt und bekämpft, abgeschafft wird und dass steuergeldfinanzierte Programme gegen „rechts“ eingestellt werden. Er meint damit Programme, die die Menschen- und Demokratiefeindlichkeit der rechtsextremen Szene als Inhalt haben.

Ganz vergessen ist im Umgang mit der DVU und NPD sowie ihren Mandatsträgern, dass beide Parteien eine Ideologie als Fundament besitzen, die von Matthias Heyder, Spitzenkandidat der NPD in Sachsen-Anhalt, für die letzten Landtagswahlen wie folgt auf den Punkt gebracht werden: „Das Ziel ist und bleibt die Systemüberwindung. Der Weg dahin führt über gefestigte Strukturen in- und außerhalb der Parlamente.“⁵⁰ Die NPD steht für einen völkischen Kollektivismus und

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Nazis im Parlament – Sonneberg, <http://www.nip-thueringen.de/sud/sonneberg>, eingesehen am 15.11.11 um 15:07 Uhr

⁴⁹ <http://www.abgeordnetenwatch.de/suche-223-0-2---aw-----einnahmesituation.html>, eingesehen am 15.11.11 um 15:16 Uhr

⁵⁰ Matthias Heyder am 15. April 2009 in einer Presseerklärung der NPD Sachsen-Anhalt



weist eine fremdenfeindliche sowie antisemitische Gesinnung auf. Ziel ist eine „ethnisch homogene Volksgemeinschaft“, die sich durch „gemeinsame Abstammung, Sprache, geschichtliche Erfahrungen und Wertvorstellungen“ definiere. Dies ist zugleich die Grundlage für die – anstelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – angestrebte „Volksherrschaft“. Die pauschale Überbewertung der aufgrund ethnischer Zugehörigkeit definierten „Volksgemeinschaft“ beschneidet die vom Grundgesetz garantierte Freiheit, sich persönlich zu entfalten. Die Rechte und Interessen des Einzelnen werden eingeschränkt⁵¹. Somit stehen sich Demokratie und ihre Vorstellungen wie dem Gleichheitsgrundsatz vor dem Gesetz oder den Menschenrechten mit der grundlegenden Unantastbarkeit der Würde aller Menschen dem Rechtsextremismus mit seiner Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen gegenüber und sind miteinander unvereinbar.

Fazit

Die Rechtsextremen scheinen sich in Lauscha gesellschaftlich und politisch bei einem Teil der Gesellschaft verankert zu haben. Hier kann man genau das beobachten, was die NPD Thüringen als Ziel ausgegeben hat:

Durch die Etablierung auf kommunaler Ebene wächst auch die Zustimmung auf Landes- und in Zukunft auch auf Bundesebene. DVU und NPD haben es geschafft, das Image der „Kümmerer“ aufzubauen und über ein normales Auftreten Sympathie und Akzeptanz in Lauscha zu erwerben und die Hemmschwelle vor der Wahl von NPD-Funktionären in lokale Ämter zu senken.

18,7 Prozent - das ist knapp ein Fünftel aller Stimmen, die Uwe Bäß-Dölle bei den Bürgermeisterwahlen 2006 in Lauscha erreicht hat! Das ist nicht nur erschreckend, sondern das ist auch der erfolgreiche Anfang der langfristigen Strategie der NPD, in Thüringen an Einfluss zu gewinnen. Als Ziel steht: vor Ort und letztendlich auch im Bund wieder für „richtige“ Verhältnisse zu sorgen. Was das bedeutet, haben noch viele Deutsche miterlebt, das größte Leid des vergangenen Jahrhunderts.

Da hilft am Ende auch nicht die resignierende Feststellung des Bürgermeisters: „Ich muss mit der Mannschaft spielen, die der Wähler aufstellt.“⁵² Denn es kommt nicht

⁵¹ Verfassungsschutzbericht Thüringen 2010, S. 24

⁵² <http://www.mobit.org/Artikel/2009/FW120509.htm>, eingesehen am 15.11.11 um 17:33 Uhr



darauf an, dass mit der Mannschaft gespielt werden muss, sondern wie mit der Mannschaft gespielt wird.

Es bleibt zu hoffen, dass im Kreistag, in dem Bänz-Dölle als NPD-Vertreter sitzt, sich nicht ähnliche „Normalisierungstendenzen“ einstellen. Die gewählten Volksvertreter müssen sich darüber bewusst sein, dass sie seitens der Politik von den Bürgern geforderte Zivilcourage vorleben sollten und damit Vorbild für die Bürger des Landkreises sind.



5. Zusammenfassung der Ergebnisse

5.1 Potentiale und Ressourcen des Landkreises

Das größte Potenzial des Landkreises liegt bei den Einwohnern selbst.

Wie festzustellen ist in den Interviews, fühlen sich die meisten mit der Heimat verbunden und empfinden sie als liebens- und lebenswert, obwohl wirtschaftliche und soziale Probleme die Region strapazieren. Trotz der hohen Belastungen sind viele Bürger bereit, sich für ihre Gemeinde zu engagieren, um den Status Quo aufrecht zu erhalten oder gar zu erweitern. Davon profitieren die Sport- und Kulturvereine sowie die Kirmesgesellschaften und damit das Gemeindeleben.

Dafür gilt es den Bürgern Respekt zu zollen, sie ernst zu nehmen und zu unterstützen.

Aus diesem Grund gilt es, mehr Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen und die verbliebenen Kommunikationsorte, welche für einen konstruktiven Diskurs notwendig sind, aufrecht zu erhalten und zu erweitern. Denn diese sind wichtig, damit sich die Gesellschaft austauschen und entwickeln kann. Auf diese Art kann eine neue regionale Identität und eine Motivation geschaffen werden, um die Bürgergesellschaft aktiv zu gestalten.

Selbst viele, die zwecks besserer Zukunftsperspektiven/Karriere/Arbeit weggezogen sind, sind noch durch Familie und Heimatgefühl mit der Region verwurzelt. In regelmäßigen Abständen kommen sie wieder, um Freunde und Familie zu besuchen, zu schauen, ob sich für sie neue Perspektiven ergeben und sich auch in die Gestaltung der Gemeinde einzubringen. Deshalb ist die Mitbestimmung und die Mitwirkung der Bürger an Entscheidungen der Gemeinden unabdingbar, um die schlummernden Potentiale und Ressourcen der Bürger für eine aktive Gestaltung der Gemeinschaft nutzen zu können.

Hinderlich ist dabei die zunehmende prekäre Finanzlage der Gemeinden. Diese hängt eng zusammen mit der wirtschaftlichen Entwicklung und den Auswirkungen des demographischen Wandels. Somit nimmt der mögliche Gestaltungsspielraum der Gemeinden immer weiter ab.

Das Augenmerk muss deshalb einerseits auf zwischenmenschlichen Werten, wie z. B. der respektvolle und solidarische Umgang miteinander, liegen. Denn genau hier fängt die Gemeinschaft und somit das Fundament einer Gemeinde an. Somit bildet der Zusammenhalt zwischen den Bürgern und mit ihrer Heimat das größte Potential, es muss nur gefördert werden. Diese Möglichkeiten kommen nicht nur dem Kampf



gegen Intoleranz und Menschenfeindlichkeit zu Gute, sondern auch der Vielseitigkeit, der regionalen Identität sowie der Lebens- und Liebenswertigkeit der Gemeinde.

Andererseits ist dafür ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen der Politik und den Bürgern wichtig. Das wird dadurch gefördert, indem der Bürger in seinen Wünschen und Bedürfnissen ernst genommen und an Entscheidungsfindungen beteiligt wird. Diese Beteiligung an Entscheidungsfindungsprozessen fördert nicht nur die Nähe zur Demokratie, sondern schafft ein verbessertes Zusammengehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl. Damit wird auch dem Rückzug ins Private sowie der Teilnahmslosigkeit entgegen gewirkt. Aus einer starken Gemeinschaft erwächst auch ein größeres Bewusstsein für Menschenwürde, Gleichheit und Gerechtigkeit, welche die drei elementaren Grundlagen für ein friedliches, tolerantes und weltoffenes Miteinander sind, für ein gemeinschaftlich starkes Miteinander, das Intoleranz gegenüber einer anderen Hautfarbe entgegentritt sowie Hass und Gewalt ablehnt.

5.2 Konzeptionelle Ebene

Ein Ergebnis der Studie sollen Ansätze für das Handlungskonzept für Demokratie und Toleranz sein. Diese Handlungsempfehlungen haben lediglich einen Anregungscharakter für Diskussionen. Die wahren Experten für die Situation vor Ort sind Sie!

Externe Beobachter können lediglich den Bürgern einen gesellschaftlichen Spiegel vorhalten, dessen Bild mit ortsfremden Augen gezeichnet wurde.

Die nachfolgenden Ideen sind Vorschläge und sollen die Diskussion vor Ort befruchten, damit der Landkreis lebens- und liebenswert bleibt.

Aus unserer Sicht ist es notwendig:

- **Entwicklungskonzepte** und/oder Leitbilder **für den Landkreis** zu entwickeln, welche den **demographischen Wandel aktiv gestalten**. Durch die Entwicklung von Zielstellungen kann das bürgerschaftliche, das verwaltungstechnische und politische Engagement zielgerichtet den Prozess gestalten
- die bestehenden **zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken**, um ihre Rolle für ein demokratisches Gemeinwesen, aber auch gegen Unterwanderungsversuche von Extremen zu sensibilisieren



- die aus der hohen Heimatverbundenheit resultierenden **schlummernden Potentiale** und Ressourcen sind für das Gemeinwesen zu **erschließen**. Dazu sind größere **Partizipationsmöglichkeiten** an politischen Entscheidungsfindungen, Orte für eine **demokratische Diskussionskultur**, aber auch **Mitwirkungsmöglichkeiten** an freiwilligen Leistungen der Gemeinden einzuräumen. Dies sind wesentliche Voraussetzungen um eine aktive Bürgergesellschaft dauerhaft zu installieren.
- eine **aktive inhaltliche Auseinandersetzung** mit den Parteiprogrammen und **Strategien der Extremen** sowie die **Entwicklung** entsprechender **Gegenstrategien** zu gewährleisten. Denn oftmals sind Entscheidungsträger in Vereinen, Verwaltung und Politik zu wenig sensibilisiert zu den Zielstellungen extremistischer Parteien und Kameradschaften.
- einen Handlungsansatz aller demokratischen Parteien zum Umgang mit den rechtsextremen Parteien in Parlamenten zu erarbeiten. Dabei sollte die grundlegende Leitlinie sein: Keine Zusammenarbeit mit DVU- und/oder NPD-Vertretern - auch dann, wenn sie scheinbar normale Parlamentsarbeit betreiben oder sich als Mehrheitsbeschaffer anbieten. Nur so sind Anerkennungs- und Normalisierungseffekte zu vermeiden. Der Konsens sollte auch öffentlich vertreten werden.

5.3 Handlungsorientierte Ebene

Die Studie zeigt deutlich, wie weit der Normalisierungsprozess von rechtsextremen Einstellungen im Landkreis Sonneberg fortgeschritten ist. Ein wesentlicher Anhaltspunkt dafür ist der Umgang mit den politischen Vertretern des rechtsextremen Spektrums in den Stadträten und Kreistagen, **wo** kaum hinter das Scheinbild des sozialen und bürgerlichen Engagements der NPD- bzw. DVU-Vertretern geblickt wird. Deren parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit findet sogar auf eine gewisse Weise Zustimmung bei den Mitgliedern der demokratischen Parteien. Ebenso entsteht der Eindruck, dass die NPD zunehmend als eine *normal wählbare* Partei angesehen wird und in der Mitte der Gesellschaft anzukommen scheint. Das zeigen die letzten Ergebnisse der Landtags- und Kommunalwahlen, **wo** in einigen Wahlbezirken die Vertreter von NPD und DVU zweistellige Wahlergebnisse erringen konnten. Besonders erschreckend ist, dass in Lauscha jeder fünfte Wähler bei der letzten Bürgermeisterwahl seine Stimme einem rechtsextremen Kandidaten gegeben



hat. Um diesen Normalisierungsprozess aber aufhalten oder gar eindämmen zu können, braucht es Handlungsansätze auf verschiedenen Ebenen, die für Umgang mit menschen- und demokratiefeindlichen Gesinnungen sensibilisiert.

Die folgenden in 5.3.1 und 5.3.2 beschriebenen Handlungsansätze sind Vorschläge, wie dem rechtsextremistischen Normalisierungsprozess entgegen getreten werden kann.

5.3.1 Die politische Ebene

Die demokratischen Parteien in den Parlamenten müssen eine gemeinsame Strategie für den Umgang mit rechtsextremistischen Abgeordneten erarbeiten.

Dabei muss immer das Kalkül der rechtsextremen Parteien im Blickpunkt behalten werden, nämlich der Versuch, von ihrer Ideologie der demokratie- und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit abzulenken und mit einer bürgernahen und sozialen parlamentarischen Arbeit in den Kommunen und Länder diese zu überspielen. Dennoch muss der NPD im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes des Grundgesetzes alle demokratischen und rechtsstaatlichen Rechte zugestanden werden. Trotzdem ist es möglich, in diesem Rahmen der Partei entgegen zu treten:

- deutliche Bekennung zu den parlamentarischen Rechten für Vertreter rechtsextremistischer Parteien in jeder Sitzung bei ebenso klarer Ablehnung der demokratie- und menschenverachtenden Grundeinstellung ihrer Partei
- Verzicht auf über das parlamentarische Protokoll hinausgehende Handlungen – der Handschlag zur Begrüßung gehört beispielsweise nicht zur politischen Arbeit, auch wenn er als eine Art Anstand angesehen wird
- geschlossene Ablehnung von Anträgen aus dem rechtsextremistischen Lager – wenn der Inhalt dennoch Sinn macht und für die Gemeinde einen Fortschritt darstellt, kann er in einer neuen Form ebenfalls geschlossen von den demokratischen Parteien neu eingebracht werden (was sich hier wie pubertäres Taktieren anhört, ist eine deutliche Ablehnung der demokratischen Parteien von einer (Zusammen-) Arbeit mit rechtsextremistischen Parteien)



- umfangreiche Vermittlung von in den Parlamenten getroffenen Entscheidungen an die Bürger – ist ein wichtiger Bestandteil des Teilhabens der Bürger an Entscheidungsfindungsprozessen und fördert das Vertrauensverhältnis zwischen Politik und Gesellschaft
- politisches Taktieren unter Berücksichtigung von Stimmen aus dem rechtsextremistischen Lager ist zu unterlassen – zwar ist eine Entscheidungsfindung mit Zustimmung der NPD in einer Demokratie nicht auszuschließen, allerdings gefährdet die Duldung einer solchen Strategie jede Bemühung, den rechtsextremistischen Parteien Einhalt zu gebieten
- Zulassung von Reden und Diskussionsbeiträgen von rechtsextremistischen Mandatsträgern im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes des Grundgesetzes – bei gleichzeitiger kritischen Kommentierung und Offenlegung der rechtsextremen Strategie (Normalisierungsprozess)
- jeder ideologisch geprägter Inhalt bedarf einer demokratischen Antwort und darf nicht stillschweigend zur Seite gelegt werden

Die parlamentarische Arbeit als politischer Souverän hat Vorbildfunktion für die Gesellschaft. Das heißt, dass der Umgang der politischen Eliten mit demokratie- und menschenfeindlichen Elementen bei den Bürgern wahrgenommen und bewertet wird. Somit beeinflusst das Verhalten der politischen Eliten/deutungsmächtigen Akteuren das Verhalten der Gesellschaft.

Das heißt, wenn die Strategie der rechtsextremistischen Parteien in den Parlamenten aufgeht und eine Normalisierung der NPD in den Parlamenten erfolgt, bestätigt sich die Strategie der NPD: die demokratie- und menschenfeindliche NPD wird zunehmend als eine *normal wählbare Alternative* zu den demokratischen Parteien angesehen.

5.3.2 Die gesellschaftliche Ebene

Die Interviews zeigten, dass das Thema Rechtsextremismus eine Belastung darstellt. Vor Ort sind nur wenige Handlungsansätze feststellbar.

Um rechtsextremen Tendenzen in einer Region erfolgreich entgegenwirken zu können, bedarf es großer allseitiger Aufmerksamkeit, der Einsicht in die problembehafteten Menschenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft rechtsextremer Ideologien, einen Ansatz auf mehreren Ebenen, der effektiven Vernetzung und des Engagements der ansässigen Bürger/innen aus allen Altersstufen.



Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass sich eine demokratische Kultur, die sich bewusst und engagiert gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit und der Verletzung von Menschenrechten positioniert, im kommunalen Kontext verankert werden muss. Diese Verankerung kann den Ausgangspunkt für ein den ganzen Landkreis umspannendes Programm bilden. Das bedeutet, dass eine mehrere Ebenen übergreifende Maßnahme alle sozialen, politischen und kulturellen Institutionen der Region miteinander vernetzt. Erreichen lässt sich dies durch ein für den Landkreis entwickeltes Leitbild, das wie eine Glocke auf den Landkreis aufgesetzt wird und von allen Einrichtungen übernommen und in der eigenen Identität eingearbeitet wird. Dieses Leitmotiv, das freie und demokratische Werte beinhaltet, bildet somit die Grundlage für ein gemeinschaftliches, den gesamten Landkreis umspannendes Vorgehen gegen rechtsextremistische Gesinnungen. Außerdem signalisiert solch ein Leitbild nach außen, dass hier in der Heimat Hass, Gewalt, Totalitarismus und Menschenverachtung keinen Platz finden.

Durch diesen lokalen Aktionsplan, welcher gleichermaßen Schulen, Parlamente, Vereine und Kirchen einbezieht, sind unter aktiver Beteiligung der Bürger langfristige Strategien zu entwickeln, wie mit der rechtsextremistischen Gefahr und den Provokateuren umgegangen wird. Dazu zählt:

- die Sensibilisierung der Bürger, die Rechtsextremismus bisher kaum wahrgenommen haben
- eine möglichst breite Verständigung über die realen Problemsituationen
- die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich schon länger für Demokratie und Menschenrechte engagieren
- *Erhaltung bestehender und/oder Unterstützung selbstinitiiertter soziokultureller Treffpunkte, an denen eine demokratische Streitkultur gepflegt wird. Ein Ort, an dem sich die Bürger der Region als demokratische Gemeinschaft verstehen und letztendlich im Sinne des Gemeinwesens alle am selben Strang ziehen*
- Verbesserung der Teilhabe der Bürger an Entscheidungsfindungsprozessen - beispielsweise durch eine Verbesserung der Informationspolitik seitens der Parlamente über ausstehende Entscheidungen, durch Bildung von Diskussionsforen (Bürgerhaushalte, Jugendbeiräte)
- Aufklärung über die demokratie- und menschenverachtenden Ideologien hinter den rechtsextremistischen Parteien, dass sie eben nicht *normal* und *wählbar* seien



- Sensibilisierung von kommunalen Persönlichkeiten mit Vorbildfunktion sowie Vertretern aus Tourismus und Wirtschaft für die rechtsextremistische Problemsituation und im Umgang mit Provokateuren
- verstärkte demokratische Aktivitäten in den sozialen Brennpunkten
- Kinder und Jugendliche werden durch Bildung, (Erlebnis-)Pädagogik, Kultur und Sport für Interkulturalität, Vielfalt, Geschichtsbewusstsein und gegen Rechtsextremismus sensibilisiert
- themenbezogene Weiterbildung für Pädagogen, Vereinsvorstände, Verwaltungen, Sensibilisierung der Lehrer gegenüber rechtsextremistischen Gesinnungen

Die Gründe für diese Handlungsansätze sind vielschichtig. Schon die Entwicklung eines Leitmotivs für den Landkreis kann ein aktiver Bestandteil für alle politischen, sozialen und kulturellen Institutionen sein. So kann in einem Art Wettbewerb an den Schulen, Vereinen, Gesellschaften und an allen anderen kulturellen Einrichtungen gemeinsam an solch einem Leitbild gearbeitet werden, um die Ergebnisse am Ende zur Wahl zu stellen. Dies fördert außerdem das Zusammengehörigkeitsgefühl, da gemeinsam an diesem wichtigen Projekt gearbeitet wird.

Speziell unter Jugendlichen und jungen Menschen ist die Gefahr, sich von rechtsextremistischen Einstellungen verleiten zu lassen, besonders groß. Deswegen ist es wichtig, dass Freizeitmöglichkeiten wie beispielsweise Jugendclubs sowie Spiel- und Sportplätze erhalten bleiben. Gerade bei Trostlosigkeit und Einseitigkeit setzen rechtsextremistische Angebote für Jugendliche an. Deswegen lohnen sich bereits im Vorfeld diese Ausgaben. Es sei hier an das Kapitel 4.5.2 erinnert, in welchem auf die hohen Zahlen von vor allem jungen NPD-Wählern hingewiesen wurde.

Deswegen kommt auch Schulen eine besondere Bedeutung zu. Vor allem Schüler müssen für rechtsextremistische Ansätze in der eigenen (Jugend-)Kultur sensibilisiert werden. Denn gerade junge Menschen, die mitten in ihrer Entwicklung stehen, schaffen sich in diesem Zeitraum ihres Lebens ein Bewusstsein für Werte, Moral und Gerechtigkeit. Was hier geprägt wird, begleitet sie ein ganzes Leben lang. Deswegen müssen vor allem die Schulen im Mittelpunkt des Programms für eine demokratische, freie und friedliche Welt stehen. Um das Ziel zu erreichen, können die verschiedensten Programme oder Veranstaltungen dienen, angefangen von reinen Informationsveranstaltungen in Form von Vorträgen über von Schülern selbst



gestalteten Events wie Ausstellungen oder Diskussionsrunden bis hin zu Bildungsreisen an von der Geschichte geprägten Orte. Besonders wichtig ist dabei eine kompetente Begleitung der Schüler, was eine gezielte Weiterbildung und Schulung der Lehrer bedarf. Denn auch für sie ist es notwendig, dass sie für rechtsextremistische Tendenzen und Problemsituationen sensibilisiert werden und in einer geeigneten Form auf Provokateure reagieren können.

Um eine Unterwanderung durch Rechtsextremisten in den Vereinen, Clubs und Gesellschaften zu verhindern, bedarf es auch hier einer Sensibilisierung. Vor allem die deutungsmächtigen Akteure in den Institutionen gilt es dafür zu erreichen. Auch hier ist es unumgänglich, dass ihnen die Möglichkeit gegeben wird, demokratiefeindliche Gefahren erkennen und auf solche eingehen zu können. Denn genau dieses Unterwandern gehört zur Strategie der NPD, um besser in der Mitte der Gesellschaft anzukommen. Zusätzlich muss diese Sensibilisierung auch dafür dienen, dass in den Institutionen und bei sportlichen sowie kulturellen Veranstaltungen in einem richtigen Maße auf Provokateure und rechtsextremistischen Gruppen eingegangen und reagiert wird.

Menschen in sozialen Brennpunkten sind ebenso vom rechtsextremistischen Einfluss gefährdet. Deswegen müssen sie einen Schwerpunkt demokratischer Aktivitäten bilden. Das trifft vor allem auch auf die demokratischen Parteien und den politischen Entscheidungsinstanzen zu, deren Präsenz vor Ort wichtig ist. Dabei braucht es eine enge Verzahnung der Stadtteilorganisationen und der Stadtratsfraktionen. Ziel muss es sein, als politische Ansprechpartner – nicht nur in den sozialen Brennpunkten, dort aber vor allem – vor Ort wahrgenommen zu werden, indem konkrete Probleme vor Ort erkannt und wenn nötig von demokratischer Seite auf die politische Agenda der Stadt gehoben werden. Hier gilt das Motto, nicht nur das Nötige zu tun, sondern das Mögliche.



6. Schlussbemerkungen

Das Motto lautet – *Gemeinsam*. Wie in dieser Studie festzustellen ist, existiert die rechtsextremistische Gefahr inmitten unserer Gesellschaft. Die Strategie der NPD, sich in der Mitte etablieren zu wollen, geht zunehmend auf. Parteimitglieder erringen immer mehr Plätze in den Parlamenten auf kommunaler Ebene und auch in den Kreistagen. Hinzu kommt, dass es die Vertreter der Partei inzwischen geschafft haben, in zwei Landtagen einzuziehen. Schon diese Erfolge gefährden unsere demokratische Kultur. Deswegen braucht es auch ein **gemeinsames** Handeln.

Einzelne Aktionen wie Konzerte gegen Rechts, Aufklärungsveranstaltungen in den Schulen oder auf dem Marktplatz bilden sicherlich eine gute Basis. Allerdings können sie keine Breitenwirkung erzielen, da sie meist nur punktuell und ohne eine übergeordnete Strategie ansetzen. Und genau hier setzt die Idee eines den ganzen Landkreis umfassenden Leitbildes an. Dabei wird nicht nur gezielt, sondern eben einheitlich das Problem der Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit angegangen.

Auch wenn es schwer ist, die Entwicklung des rechtsextremistischen Milieus vorauszusagen, kann mit Sicherheit **keine Entwarnung** gegeben werden. Es braucht mehr denn je eine Mobilisierung aller demokratischen Kräfte, um nicht nur dem Vorrücken des Rechtsextremismus entgegen treten zu können, sondern ihn auch stetig zurückzudrängen. Denn nur in einer demokratischen Welt lassen sich Freiheit, Offenheit, Vielseitigkeit, eine individuelle Identität und Gleichheit ausleben.

Die Bürger im Landkreis Sonneberg sind sehr engagiert, um ihre Heimat auch weiterhin liebens- und lebenswert zu gestalten. Dabei schlummert in ihnen ein enormes Potenzial, das richtig gefördert, die Region auch gegen die Gefahren aus dem rechtsextremistischen Milieu stärkt. Schon jetzt werden dort Werte wie Freiheit, Gleichheit und Freundschaftlichkeit gegenüber den verschiedenen Kulturen hoch gehalten. Nur müssen sie auch gegen die Unterwanderungsstrategien der NPD geschützt und sensibilisiert werden.

„Nur wenn es der demokratischen Gesellschaft gelingt, ein konkurrenzfähiges Maß an Orientierung, Lebensqualität, Solidarität und Spaß anzubieten, kann rechtsextremen Gruppierungen auf Dauer der Boden entzogen werden. Die Reflexion von Orientierungs- und Angebotsdefiziten und die aktive Gestaltung einer demokratischen Stadtkultur dürfen deshalb nicht in einer gesellschaftlichen Nische stattfinden, sondern sie müssen möglichst alle demokratisch gesinnten



gesellschaftlichen Gruppen einbeziehen und durch Bereitstellung materieller und immaterieller Ressourcen unterstützt werden.“ (Strobl/ Lobermeier 2010, 310)

Die hier vorgelegte Studie versteht sich als Teil eines solchen ganzheitlichen Ansatzes zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Potentials im Landkreis Sonneberg.



Literaturverzeichnis

Decker O., Weißmann M., Kiess J., Brähler E., Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung 2010

Edinger M., Gerstenhauer D., Schmitt K., POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN - Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen - Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2010, Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2011

Elverich G., Glaser M., Schlimbach T., Schnitzer A., Rechtsextreme Musik – Ihre Funktion für jugendliche Hörer/innen und Antworten der pädagogischen Praxis, 2009

Farin K., Weidenklaff I., Studie zum Thema Jugend- und Jugendkulturen in Thüringen. Unveröffentlichte Skripten einer Tagung. 1999.

Grau A., Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Gewalt. In: Heitmeyer W., Deutsche Zustände, Folge 8, 2010

Grau A., Wandschneider S., Marth J. ; Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus; In: Heitmeyer W., Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden, Bielefeld, 2010

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Nazis im Parlament, Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen, Erfurt 2011

Lipset S. M., Der ‚Faschismus‘, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Nolte E. (Hrsg.): Theorien über den Faschismus, Köln 1984

Paul W., Zuerst die Kommunen – Die NPD in Thüringer Kommunalparlamenten, in: Nazis im Parlament Thüringen, Heinrich-Böll-Stiftung, 2011

Sedlacek, Peter, Demografischer Wandel in Thüringen – gestern und morgen, LzpB Thüringen, 2011

Virchow F., Hat die NPD eine Strategie der Machtergreifung? In: Virchow, F., Dornbusch C., (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. 2008

Wagner B., Neuer Rechtsextremismus und „kulturelle Subversion“. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4, 2008

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld; Vom Forschungsprojekt zum Forschungsprogramm „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, Bielefeld 2010

Landratsamt Sonneberg; Amt für Kreisentwicklung, Kreiskarte-Wirtschaft-Tourismus; München, 2010

Verfassungsschutzbericht 2010; Thür. Innenministerium; Freistaat Thüringen 2011

Bundesagentur für Arbeit; Arbeitsmarktdaten für kreisfreie Städte und Landkreise; Thür.; Juni 2011



Quellen

<http://www.abgeordnetenwatch.de/suche-223-0-2---aw-----einnahmesituation.html>

http://www.coburg.de/Portaldata/2/Resources/dokumente/00-wifoeg/Coburg_Daten_Fakten_2009_10.pdf (Wirtschaftsraum Coburg. Daten und Fakten. Ausgabe 2009/2010)

http://www.static.shell.com/static/deu/downloads/aboutshell/our_commitment/shell_youth_study/2010/youth_study_2010_press_release_140910.pdf (Shell-Jugendstudie2010)

<http://www.nip-thueringen.de/sud/sonneberg> (Studie Nazis im Parlament)

<http://www.thueringen.de/imperia/md/content/homepage/politisch/thueringenmonitor-2011-gesamtdokument-final3.pdf> (Thüringen-Monitor2011)

<http://www.unz.de/nc/aktuell/thema/detail/zurueck/thema/artikel/zuerst-die-kommunen-die-strategische-ausrichtung-der-npd>

<http://www.mobit.org/Artikel/2009/FW120509.htm>



Anlagen

Situations- und Ressourcenanalyse für den Lokalen Aktionsplan des Landkreis Sonneberg



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Anlage 1

Interviewleitfaden für die qualitativen Interviews

Einleitung

Die Bürgergesellschaft des Landkreis Sonneberg entwickelt im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ einen Lokalen Aktionsplan zur Stärkung der Demokratie. In diesem Kontext ist es notwendig, sozialräumliche Analysen zu den Themen zivilgesellschaftliche Strukturen, Wert- und Kulturvorstellungen sowie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit/ Rechtsextremismus zu tätigen. Aus diesem Grund werden mit deutungsmächtigen Akteuren und/oder sogenannten Meinungsführern qualitative Interviews durchgeführt.

In anonymisierter Form werden die Ergebnisse der Erhebung veröffentlicht.

Fragestellung 1:

Rechtsextreme besetzen oftmals die von der Bürgergesellschaft aufgegebenen Räume, schrumpfende Gemeinden etc. und machen sich Unmut und Ängste der Bürger und Bürgerinnen zunutze. Daher interessiert uns, wie lebendig die bürgerschaftlichen Strukturen sind bzw. wie die Grundstimmung im Ort ist.

- >> Haben Sie bereits ein Haus gebaut, einen Baum gepflanzt und ein Kinder gezeugt?
- >> Leben Sie gerne hier? Warum?
- >> Beschreiben Sie ihre Gemeinde, was für Vereine, Feste,existieren?

Fragestellung 2:

Mittels Wortergreifungsstrategie mischen sich Extreme mit populistischen Parolen in aktuelle Diskussionen ein und machen einzelne Gruppen oder den Staat für Unzulänglichkeiten verantwortlich.

- >> Was muss Ihrer Meinung nach in den nächsten 2 Jahren am dringenden in Ihrer Gemeinde verbessert werden? (Was stört Sie am meisten?)
- >> Wie könnte die Gemeinde Ihre Idee realisieren und finanzieren?
- >> Was thematisieren andere Gruppen? Welche sind das?



Fragestellung 3:

- >> Man sagt, damit sich eine Gesellschaft entwickeln kann, ist ein konstruktiver Diskurs notwendig. Dafür sind öffentliche Orte und Plätze notwendig, um sich austauschen zu können. Gibt es solche Orte (Dorfbrunnen, Dorflinde, Vereinszimmer)?
- >> Wie würden Sie die Diskussionskultur dort beschreiben?

Fragestellung 4

Jede Szene benötigt eigene Erlebnisräume, welche für den Zusammenhalt und den Fortbestand wichtig sind.

- >> Gibt es in der Gemeinde oder im Landkreis ideologisch geprägte Orte, Szeneläden, Kneipen oder Konzertsäle, welche den Extremen zuzuordnen sind?
- >> Kennen Sie solche und würden Sie dorthin gehen?

Fragestellung 5:

Gesellschaftliche Eliten und deutungsmächtige Akteure sind Vorbilder aber auch Meinungsführer in den Kommunen.

- >> Wer sind in im Wesentlichen die deutungsmächtigen Akteure in ihrer Gemeinde?
- >> Wie positionieren sich diese gegenüber den Rechtsextremen?
- >> Auf welche Art und Weise bringen sich rechte Akteure in den Gemeinden ein, um sich in der Bevölkerung ins Gespräch zu bringen?

Fragestellung 6:

Rechte Akteure versuchen populistische Parolen und demokratiefeindliche Einstellungen zu implementieren, indem sie ihre Slogans simplifizieren und mit der Bürgermeinung verbinden.

- >> Sind Ihnen in der letzten Zeit populistische oder demokratiefeindliche Parolen begegnet? Wie schätzen sie das Ausmaß dieser Einstellungen (Bsp.: Abwertung schwache Gruppen) ein?

Fragestellung 7:



Mit dem Maße der Normalisierung der rechtsextremen Akteure im Alltag ist meist eine Zunahme demokratiefeindlicher und menschenfeindlicher Einstellungen feststellbar.

- >> Wie reagieren ihre Mitmenschen auf schwulesbische Pärchen in der Öffentlichkeit?
- >> Lässt sich in Ihrer Gemeinde/Landkreis eine zunehmende Akzeptanz rechter Einstellungen verzeichnen? Wenn ja, beschreiben sie solche Anzeichen.

Fragestellung 8:

- >> Gibt es öffentliche Räume, in denen Rechtsextreme das soziale Klima dominieren und die von Andersdenkenden, Ausländer(innen) etc. gemieden werden?
- >> Existieren im Landkreis, Plätze, Gemeinden oder Städte sogenannte Angsträume? Wenn ja, wo befinden sie sich? Beschreiben Sie bitte deren Wesenmerkmale!

Fragestellung 9:

Neben den gesellschaftlichen Eliten spielen die Medien eine nicht unwesentliche Rolle bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

- >> Wie gehen die lokalen Medien mit Thema Ausländerfeindlichkeit, rechte Gewalt um?

Fragestellung 10:

Wie setzt sich die Bürgergesellschaft/Vereine/Parteien/Institutionen mit dem Thema Rechtsextremismus auseinander? Welche Ansätze bestehen?

- >> Kennen Sie Angebote oder Projekte gegen Extremismus oder gesellschaftliche Ausgrenzung bekannt?
- >> Was machen Sie gegen rechtsextreme Aktivitäten?



Anlage 2

Beobachtungsbogen NPD/DVU Mandatsträger

Es handelt sich um eine verdeckte, nicht-teilnehmende, strukturierte, natürliche Fremdbeobachtung.

Fragestellung: Es gilt die NPD Mandatsträger im Stadtrat Lauscha und im Kreistag zu erfassen. Dabei geht es um das Auftreten der Mandatsträger und die Reaktionen der anderen Mitglieder.

Die Beobachtungseinheit ist die Stadtratssitzung am 13.09.2011 um 18.00 Uhr in Lauscha. Beobachtungsobjekte sind die jeweiligen Akteure der Sitzungen.

Der Beobachtungszeitraum richtet sich nach der Länge der Sitzungen.

Datum:

Stadtratssitzung Lauscha

Beobachter:

Anwesende Mitglieder:

AfL

Winfried Wicklein (Fraktionsvorsitzender)
Wolfgang Petzold
Peter Müller-Schmoß

SPD

Lore Mikolajczyk (Fraktionsvorsitzende)
Herma Lotze
Jens Greiner-Hiero
Norbert Zitzmann (Bürgermeister / Stadtratsvorsitz)

CDU

Alexander Dorst (Fraktionsvorsitzender)
Ingrid Seeleemann
Carola Dorst
Dieter Gazda

Die LINKE/Freie Wähler/DBL

Theo Böhm (Fraktionsvorsitzender)
Andrea Köhler
Helmut Greiner-Petter (1. Beigeordneter)
Bernd Löblich



DVU

Uwe Bätz-Dölle

Manuel Franke

1. Wie werden die Mandatsträger der DVU begrüßt?

1-----2-----3-----4
Ignorieren Unbestimmt Handschlag Freundschaftlich

2. Wenn 3 und 4, wer begrüßt die DVU-Mitglieder so?

3. Wie treten die DVU-Mitglieder auf?

1-----2-----3-----4
Rhetorisch unsicher Professionell nicht erkennbar

4. Wie viele Beiträge kommen von der DVU?

Nummer	Normalisierungs- bemühungen	Ideologische Provokation	DVU Bedrohungsszenarie n	DVU Opferinszenierung
--------	--------------------------------	-----------------------------	--------------------------------	--------------------------

1
2
3
4
5
6
7
8



5. Themen der Beiträge:

5.1. Kommunalpolitische Themen:

5.2. soziale Themen:

5.3. umweltpolitische Themen:

6. Strategien der NDP Mandatsträger:

6.1 Versuchen sie Bürgernähe zu vermitteln?

6.2 Stellen sie sich als parteiunabhängige Kontrollinstanz dar?

**6.3 Sind die Anfragen/Anträge fundiert oder sind es eher
Schaufensteranträge?**

6.4 Beiträge zu Gebietsreformen? (Identitätsverlust)



7. Ideologische Provokationen

7.1 Rassistische Themen

7.2 Nationalistische Themen

7.3. Geschichtsrevisionistische Themen

8. Reaktion der anderen Parteien auf die Beiträge der DVU?

1-----2-----3-----4-----5
Ignorieren Formale Abwehr Zustimmung Inhaltliche Anlehnung Enthaltung

9. Wenn 3, welche Parteien?



Anlage 3

Standardisierter Beobachtungsbogen für die Kirmessen/Kirchweihen im Landkreis Sonneberg

Es handelt sich um eine verdeckte, nicht-teilnehmende, strukturierte und natürliche Fremdbeobachtung.

Fragestellung: Es gilt antidemokratische und/oder gewaltaffine Gruppen auf den Kirchweihfesten im Landkreis auszumachen.

Die Beobachtungseinheit ist der jeweilige Tag der Kirchweihen.
Beobachtungsobjekte sind Kirchweiheteilnehmer.

Der Beobachtungszeitraum richtet sich nach relevanten/irrelevanten Ereignissen.

Beobachter:	Ort:
Datum:	Zeit:

Geschätzte Anzahl der Teilnehmer der Kirchweih:

Geschätztes Durchschnittsalter:

<u>Strukturen</u>			
1. Alter			
1-----2-----3-----4			
Unter 18	18-25	25-40	40 und älter
2. Gruppenstärke			
1-----2-----3-----4			
2-3	4-8	8-15	über 15



3. Soziologische Merkmale der Gruppe

3.1. Geschlecht

1-----2-----3 -----4-----5

Männer Frauen mehr Männer mehr Frauen Gleichverteilung

3.2. Hierarchie

1-----2-----3

Keine Hierarchie Hierarchie klare Rollenverteilung

3.3. Gruppenmerkmale

1-----2-----3

Familie Peer Group nicht erkennbar

4. Äußere Erscheinungsmerkmale

1-----2-----3

Keine Rechte Linke

4.1. Besondere Zeichen

1-----2-----3

Keine rechte linke

Wenn ja, welche?

5. Gruppenverhalten

5.1. Offene/Geschlossene Gruppe



1-----2

Offene Gruppe

Geschlossene Gruppe

5.2. Gewaltaffinität

1-----2-----3-----4

Kein dominantes Auftreten verbal gegen Menschen körperlich Gewalt gegen Sachen,

wenn ja, richtet sich die Gewaltaffinität gegen bestimmte Gruppen? Welche?

5.3. Alkoholkonsum

1-----2-----3-----4

Keiner

geringer

starker

nicht einschätzbar

5.4. Offene antidemokratische Äußerungen

1-----2

Ja

Nein

Wenn ja, welche?



Äußere Wahrnehmung

6. Fühlen sich die anderen Teilnehmer durch das Verhalten der Gruppe eingeschränkt?

1-----2

Ja Nein

6.1. Wie äußert sich die Einschränkung?

1-----2-----3-----4

Gar nicht meiden der Gruppe Veranstalter informieren offener Widerstand

6.2. Wie verhalten sich die Teilnehmer gegenüber der Gruppe?

1-----2-----3-----4

Ignorieren Meiden Zustimmung Zurechtweisung

5 -----6-----7-----8

Gewaltaffin Veranstalter informieren Diskussion Polizei

